



Landtag von Baden-Württemberg

27. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 15. Februar 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Mittagspause: 11:51 bis 14:00 Uhr

Schluss: 16:17 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1461	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1491
		Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	1492
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (StHG 2012) – Drucksachen 15/1220, 15/1221	1461	Beschluss	1495
Abg. Klaus Herrmann CDU	1461	4. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald – für Mensch und Natur – Drucksache 15/904	
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	1464, 1482		
Abg. Klaus Maier SPD	1466	b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald – Drucksache 15/658	1495
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1470	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	1495, 1502
Abg. Nicole Razavi CDU	1473	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	1496, 1505
Abg. Wolfgang Drexler SPD	1474	Abg. Thomas Reusch-Frey SPD	1497
Minister Dr. Nils Schmid	1475	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1497
Beschluss	1485	Minister Alexander Bonde	1500
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes – Drucksache 15/1011	1488	Beschluss	1506
Beschluss	1488	5. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land – Drucksache 15/532	1506
3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern – Drucksache 15/891 (geänderte Fassung)	1488	Abg. Gabi Rolland SPD	1506
Abg. Volker Schebesta CDU	1488, 1494	Abg. Wolfgang Reuther CDU	1507
Abg. Sandra Boser GRÜNE	1489	Abg. Alexander Schoch GRÜNE	1508
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	1490	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	1509
		Minister Franz Untersteller	1510

6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg – Drucksache 15/865	1512
Abg. Hans-Peter Storz SPD	1512, 1519
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	1513
Abg. Reinhold Pix GRÜNE	1514
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1516
Minister Alexander Bonde	1517
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. Januar 2012 – Konstanz, Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 4642, Gemarkung Konstanz – Drucksachen 15/1123, 15/1147	1520
Beschluss	1520
Nächste Sitzung	1520

Protokoll

über die 27. Sitzung vom 15. Februar 2012

Beginn: 9:03 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Mack, Herr Abg. Rüeck und Herr Abg. Wacker.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ab 13:00 Uhr Herr Staatssekretär Walter.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012) – Drucksachen 15/1220, 15/1221

Meine Damen und Herren, für die Dritte Beratung des Haushalts 2012 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Herrmann für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute abschließend den ersten Haushalt eines grün-roten Regierungsbündnisses.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Bravo!)

Wenn man sich diesen Haushalt und die dazugehörige mittelfristige Finanzplanung anschaut, sieht man: Das ist kein Ruhmesblatt, sondern das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Es ist die Grundlage, um künftige Generationen in unverantwortlicher Weise zu belasten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Der „Schulden-Herrmann“! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er hat sich verrechnet!)

Ich will das nun mit Fakten begründen.

Zunächst eine Vorbemerkung: In den Haushaltsberatungen lief es wie früher, nur mit umgekehrten Rollen: Die Anträge der Regierungsfaktionen wurden angenommen, die Anträge der Opposition wurden abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Uns hat das nicht überrascht. Allerdings hatten Sie nach der Wahl gesagt, es würde jetzt anders laufen. Die Praxis sieht anders aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann stellen Sie doch gescheite Anträge! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn Sie so schlechte Anträge stellen!)

Nun zum Haushalt: Ich möchte zunächst einmal das Märchen entkräften, Sie hätten eine marode finanzpolitische Situation übernommen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben wir!)

Wir haben in den Jahren 2008 und 2009 ein Konjunkturprogramm aufgelegt. Wir haben das zum Teil mit Schulden finanziert, und wir haben es zum Teil mit Geld finanziert, mit dem wir Schulden zurückzahlen wollten. Wir haben vorgesehen, dies in den Jahren 2012 bis 2014 zum Teil zu refinanzieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Durch dieses Konjunkturprogramm kamen wir besser aus der Krise als andere Bundesländer. Unsere Programme haben gewirkt. Unsere Wirtschaft steht heute gut da. Das ist gut für den Haushalt, und das ist insbesondere gut für die Menschen im Land, die nirgendwo sonst so leicht Arbeit finden wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie können nun aus dem Vollen schöpfen. Sie haben ein Land der Spitzenplätze übernommen, ein Musterland nicht nur in finanzpolitischer Hinsicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ach wo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schön wär's!)

Wir haben in der Vergangenheit strukturelle Maßnahmen durchgeführt, die heute im Haushalt wirken. Wir haben eine Verwaltungsreform gemacht mit der Verlagerung zahlreicher Sonderbehörden auf die Landkreise. Das entlastet heute den Landeshaushalt jedes Jahr um 130 Millionen €. Wir haben vor der Verwaltungsreform das Personal auf den mittleren Ebenen, bei den Regierungspräsidien, um ein Drittel reduziert, und die Aufgaben werden weiterhin gut erfüllt. Wir haben die 41-Stunden-Woche für Beamte eingeführt und damit auch die Beamten zur strukturellen Bereinigung des Haushalts herangezogen. Wir haben Stellenabbauprogramme in den Ministeri-

(Klaus Herrmann)

en verwirklicht. Wir haben also strukturelle Maßnahmen ergriffen, die in diesem und in jedem nächsten Haushaltsjahr den Haushalt um über eine halbe Milliarde Euro entlasten. Darauf können Sie aufbauen.

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht nun der Haushalt aus? Wir hatten nach der mittelfristigen Finanzplanung unserer Regierung im Jahr 2012 34 Milliarden € Gesamteinnahmen. Sie haben jetzt 39 Milliarden € Gesamteinnahmen zur Verfügung, allein 4 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung, 3 Milliarden € brutto mehr als im letzten Nachtragshaushalt. Sie haben 1 Milliarde € Überschuss aus dem letzten Jahr, also 5 Milliarden € mehr zur Verfügung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Es ist richtig: Wir haben damals in der Finanzplanung eine Deckungslücke von 2,3 Milliarden € gehabt. Es ist auch richtig: Wir hatten damals 700 Millionen € Neuverschuldung eingeplant. Richtig ist auch, dass Sie eine halbe Milliarde Euro mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Das sind also insgesamt 3,5 Milliarden €, die zu decken waren. Damit sind aber noch immer 1,5 Milliarden € übrig. Wo ist dieses Geld geblieben?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Das kann ich Ihnen ganz genau sagen, wenn ich in den Haushalt schaue: Sie haben im Haushaltsentwurf 2012 zunächst zahlreiche Wünsche erfüllt. Sie haben Mehrausgaben für Altlasten, für Nachhaltigkeit, für Energiepolitik, für die Schulsozialarbeit, für Arbeitsmarktprogramme, für die Forschung eingestellt. Frau Bauer hat stolz verkündet, dass allein im Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst 373 Millionen € mehr enthalten sind. Sie haben die Studiengebühren abgeschafft. Sie haben kostspielige Bildungsexperimente eingeführt. Sie haben neue Stellen in Ministerien bewilligt. Sie haben mehr Geld für die Gebäudesanierung ausgebracht.

Allerdings: Einiges davon ist durchaus sinnvoll.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Claus Schmiedel SPD: Einiges? Alles! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Wir haben ja auch einigem zugestimmt. Aber als Sie einen Strich darunter gezogen haben, haben Sie gemerkt, dass all die Wünsche und Forderungen, die Sie erfüllt haben, so viel Geld kosten, dass Ihnen 360 Millionen € fehlen. Dann haben Sie die Ministerien aufgefordert, zu streichen. Zuerst hat man massiv draufgesattelt, und dann hat man gesagt: „Jetzt müssen wir leider irgendwo streichen.“

Um das Ganze zu vertuschen, haben Sie das Märchen von den haushaltswirtschaftlichen Versäumnissen der Vergangenheit erfunden. Sie haben stolz verkündet, dass Sie den Haushalt 2012 ohne Aufnahme neuer Schulden aufstellen. Nur: Alles, was in Ihrem sogenannten Kassensturz enthalten war, war vorher bekannt. Neu war nur, dass Sie das Ganze jetzt übersichtlich zusammengestellt haben.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Keine neuen Schulden in diesem Jahr aufzunehmen entspricht einer Notwendigkeit, die sich aus der Landeshaushaltsordnung ergibt. Hätten Sie Schulden aufgenommen, wäre der Haushalt gesetzwidrig. In § 18 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung steht nämlich:

Eine über den am 31. Dezember 2007 erreichten Betrag hinausgehende Kreditaufnahme ist nur zulässig

1. bei einem Rückgang der Steuereinnahmen des Landes um mindestens 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr oder

2. bei Naturkatastrophen oder vergleichbar schwerwiegenden Situationen.

All das liegt nicht vor. Es entspricht also nur Recht und Gesetz, dass Sie keine neuen Schulden aufnehmen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Bei so hohen zusätzlichen Steuereinnahmen ist das auch keine besondere Leistung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Doch nun ein Blick in die Zukunft. Ich habe mir die Reden an den drei Plenartagen in der letzten Woche sehr genau angehört. Das war ein Strauß an zusätzlichen Forderungen: Herr Minister Untersteller beklagte die Personalknappheit in seinem Ministerium. Zum Programm „Klimaschutz-Plus“ sagte er: „Die Haushaltslage lässt es momentan nicht zu, mehr Geld zu investieren.“ Also kommt künftig mehr.

Herr Schwarz wollte mehr Geld für den Straßenbau. Herr Bayer sagte: „Eine Senkung des Klassenteilers ist derzeit nicht finanzierbar.“ Künftig ist sie also wohl möglich. Die Frau Kultusministerin verkündete zahlreiche kostspielige bildungspolitische Projekte. Herr Staatssekretär Walter wollte mehr Geld für die Kunst. Herr Sckerl wollte mehr Geld für die Polizei. Herr Haller wollte mehr Investitionen in den Straßenbau. Frau Altpeter sagte, nach einer Aufbauarbeit im Jahr 2012 komme in den nächsten Jahren eine Phase des Ausbaus und der Vertiefung – künftig also auch mehr Geld. Herr Renkonen wollte mehr für den öffentlichen Nahverkehr und damit für den Busverkehr im ländlichen Raum.

Alle Redner der Regierungsfractionen haben mehr Geld versprochen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht einmal Ihre eigenen Reihen sind begeistert!)

Ich könnte die Liste jetzt beliebig fortsetzen. Nur: All die von Ihnen gewünschten zusätzlichen Punkte sind in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten. Das finanzielle Risiko, vor dem wir bei der Polizeireform stehen, die in Bayern in ähnlicher Form 100 Millionen € gekostet hat,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

ist darin auch nicht enthalten.

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt deutlich: Wir haben steigende Einnahmen. Aber Sie haben schon im

(Klaus Herrmann)

nächsten Jahr einen sogenannten haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf in Höhe von 2,5 Milliarden €, und das dann in jedem Jahr, meine Damen und Herren. Sie haben jetzt strukturelle Maßnahmen getroffen, die den Haushaltsausgleich und die Nullneuerschuldung in künftigen Jahren fast unmöglich machen.

Sie haben in der mittelfristigen Finanzplanung eine Personalkostensteigerung – linear und strukturell – von 1,8 % eingeplant. Die Gewerkschaften fordern 6 % mehr Lohn für den öffentlichen Dienst. Das wird in diesem Umfang sicherlich nicht kommen. Aber ein Prozentpunkt mehr, als Sie geplant haben, würde schon 160 Millionen € an Mehrausgaben bedeuten.

Zum Lehrerbereich steht in der mittelfristigen Finanzplanung, dass die k.w.-Vermerke, also die künftig wegfallenden Stellen, 2014 und 2015 vollzogen werden.

Wenn Sie das nicht tun, fallen im Jahr 2014 45 Millionen € mehr und im Jahr 2015 150 Millionen € mehr an.

In der vergangenen Woche hat die Kultusministerin jedoch das Gegenteil verkündet. Was gilt denn jetzt? Gilt das, was die Kultusministerin hier gesagt hat, oder gelten die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung, die außerordentlich große Lücken aufweist? Das ist eine unseriöse mittelfristige Finanzplanung, die Sie hier vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wenn man das alles berücksichtigt, ist klar, warum Sie unseren Antrag, Schulden in diesem Jahr zurückzuzahlen, ablehnen. Sie brauchen das Geld, um Wünsche zu erfüllen. Sie brauchen die Lizenz, Kredite bis zu einer Größenordnung von 1,5 Milliarden € aus Einnahmeresten der Vorjahre aufzunehmen. Sie wollen mögliche Mehreinnahmen, die aufgrund der Steuerschätzung von Mai und November dieses Jahres für 2012 kommen könnten, nicht zur Rückzahlung von Schulden verwenden. Sie brauchen das Geld, um Ihre übertriebenen und finanzpolitisch unrealistischen Wahlversprechen zu erfüllen. Das ist Ihnen wichtiger als eine solide, nachhaltige und an der Zukunft orientierte Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Über den Länderfinanzausgleich haben wir schon in der vergangenen Woche ausführlich debattiert. Wir hoffen, dass wir eine Änderung des Finanzausgleichs hin zu einem gerechteren System erreichen. Plötzlich schlägt der Ministerpräsident sogar vor, den Länderfinanzausgleich ganz abzuschaffen. Dass das für das Land Baden-Württemberg zu einer gerechteren Verteilung führen würde, bezweifeln wir.

Ich kann Sie nur auffordern: Verhandeln Sie, und klagen Sie gegebenenfalls, wenn Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, damit das Geld, das hier im Land erwirtschaftet wird, auch hier im Land bleiben kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist dringend notwendig, dass wir jetzt die Chance ergreifen, eine Schuldenbremse in der Landesverfassung festzuschreiben. Sie sprachen von Versäum-

nissen in der Vergangenheit. Es gibt ein Versäumnis unserer Regierung, das ich gern eingestehen möchte, nämlich das Versäumnis, dass wir die Schuldenbremse nicht sofort nach Abschluss der Föderalismuskommission II in die Landesverfassung übernommen haben. Das wäre notwendig gewesen.

In Zeiten guter Steuereinnahmen aber, in einer Zeit, in der, wie im Jahr 2011, keine neuen Schulden aufgenommen worden sind, in einer Zeit, in der, wie im Jahr 2012, keine neuen Ermächtigungen zur Schuldenaufnahme eingegangen werden, ist es richtig und geboten, die Landesverfassung um eine Schuldenbremse zu ergänzen. Denn das Grundgesetz verpflichtet die Bundesländer ab dem 1. Januar 2011, also seit nunmehr einem Jahr, ihre Haushalte so aufzustellen, dass 2020 die Vorgabe erfüllt wird, im Haushalt grundsätzlich keine Kredite vorzusehen.

Meine Damen und Herren, zum vorliegenden Entschließungsantrag aller Fraktionen und zu unserem Ergänzungsantrag wird Frau Kollegin Razavi nachher noch Stellung nehmen.

Zusammenfassend kann man zu diesem Haushalt sagen: Die neue Regierung hat den langfristigen Konsolidierungspfad verlassen, den wir eingeschlagen haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh!)

Der erste sichtbare Erfolg war, dass in den Jahren 2008 und 2009, also vor der Krise, keine neuen Schulden aufgenommen wurden. Sie haben Lasten in die Zukunft verschoben. Sie haben 2 Milliarden € Steuereinnahmen netto mehr als im letzten Jahr und 4 Milliarden € mehr im Vergleich zur vorherigen mittelfristigen Finanzplanung. Sie haben die Mehreinnahmen für alle möglichen Dinge genutzt. Sie haben Sonderopfer der Beamten eingefordert, und Sie haben gleichzeitig die Chance nicht genutzt, Schulden in Höhe von einer Viertelmilliarde Euro zurückzuzahlen.

Sie wollen eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, nachdem Sie im Haushalt 2012 die Grundlage für Mehrausgaben in der Zukunft gelegt haben. Wir sind gespannt, was diese dem Landtag vorlegen wird. Es ist die Aufgabe der Regierung, die im Grundgesetz normierte haushaltspolitische Solidität in Baden-Württemberg zu wahren.

Meine Damen und Herren, Ihre Aussagen zum Haushalt kann man zusammenfassen mit der Bemerkung: Was gut ist, ist nicht neu. Was Sie uns als neu verkaufen wollen, ist nicht gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Haushalte werden – so sagt man gemeinhin – in guten Zeiten ruiniert. Der Haushaltsplan für 2012 legt dazu die Grundlage.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Leider!)

Die mittelfristige Finanzplanung macht dies deutlich; ich habe es an Fakten dargelegt. Deshalb gilt für uns der Dreiklang: 2012 werden Sie konsolidieren und sanieren. Ab 2013 werden Sie ruinieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Wir können deshalb diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Herrmann, eigentlich dachte ich, dass die Zeit der Märchen vorbei ist. Aber heute habe ich begriffen, dass diese Zeit bei Ihnen noch nicht vergangen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Kollegin, Kollegin!
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind aus Tausend-
undeiner Nacht! – Zuruf: Vorbildlich!)

In einem Punkt haben Sie recht, Herr Kollege Herrmann: Ihre Anträge mussten von uns leider fast komplett abgelehnt werden. Ich sage Ihnen auch, warum. Ich hätte mir gern eine andere Vorgehensweise gewünscht.

(Lachen des Abg. Paul Locherer CDU)

Zum ersten Antrag: Sie sagen, Sie seien gegen unsere Maßnahmen, gegen einen Beitrag der Beamten. Gleichzeitig fordern Sie die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos mit einem Einsparvolumen von 50 Millionen € allein für das Jahr 2012.

Zweiter Antrag: Schuldentilgung. Sie fordern eine Schuldentilgung in Höhe von 250 Millionen €. Sie wollen dafür – das ist die einzige Auskunft von Ihnen dazu – die Auflösung der Sanierungsrücklage. Sie haben noch immer nicht begriffen, dass Vermögenserhalt ebenfalls Schuldenabbau bedeutet. So viel zu diesen Anträgen.

Ein dritter und letzter Grund, weshalb wir Ihre Anträge abgelehnt haben: Sie haben Anträge zur Verbesserung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft gestellt. Dabei mussten Sie selbst feststellen, dass die Anträge inhaltlich falsch waren, und mussten die Anträge zurückziehen.

Wir haben einen anderen Stil versprochen, aber wir haben nicht versprochen, dass wir fehlerhaften Anträgen zustimmen. So viel zur Klarheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Teil meiner Rede: Wir beschließen heute mit der dritten Lesung den ersten grün-roten Haushaltsplan für Baden-Württemberg, den Staatshaushaltsplan für 2012, den ich für einen positiven Markstein in der Geschichte dieses Landtags halte

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber nur Sie! – Abg. Klaus Herrmann und Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje!)

– Sie werden mir noch zustimmen –, weil der Stil und die Umsetzung sich verändert haben und dieser Haushaltsplan für Wahrheit und Klarheit in der Haushalts- und Finanzpolitik steht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Besonders durch die Sanierungsrücklage!)

Der neue Kurs der Haushaltspolitik der grün-roten Landesregierung wird besonders in der Bildungspolitik, in der Energiepolitik und in der Verkehrspolitik deutlich. Aber auch die

veränderte Grundhaltung dieser Landesregierung beim Thema Finanzföderalismus zeigt einen anderen Weg auf. Es ist ein Weg des politischen Realismus statt einer Politik der großen Sprüche, wie wir sie bei der CDU und der FDP/DVP erlebt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und Ihre Sprüche? – Abg. Peter Hauk CDU: Schwacher Beifall!)

Wir machen Schluss mit der Politik der großen Sprüche und der leeren Versprechungen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das hat man in der letzten Woche gehört!)

Wir werden nicht fortsetzen, was in 58 Jahren CDU-Regierung zur politischen Unkultur geworden ist,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mein Gott!)

sondern den Weg von Klarheit und Wahrheit einschlagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Erstes Beispiel: Straßenbau. Der Ministerpräsident hat in der zweiten Lesung Folgendes gesagt:

Wenn mir Bundesverkehrsminister Ramsauer mehr Geld gibt, dann baue ich auch mehr Straßen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist kein Umgang! Wenig respektvoll!)

Sie, Frau Kollegin Razavi, haben diese Äußerung des Ministerpräsidenten als fadenscheinig bezeichnet. Fadenscheinig war das, was Sie den Menschen in diesem Land beim Straßenbau immer wieder versprochen haben, obwohl Sie genau wussten, dass es nur für einen Bruchteil der geplanten Vorhaben eine Finanzierung gab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Fadenscheinig waren Generalverkehrspläne, die nur aus leeren Versprechungen bestanden. Ich darf aus der Denkschrift 2009 des Rechnungshofs, Beitrag Nummer 7, zitieren:

Die Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans bleibt beim Bau von Landesstraßen weit hinter den Planungen zurück. Von den 1 300 Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs sind erst 37 % realisiert. Am Ende der Laufzeit des aktuellen Generalverkehrsplans im Jahre 2012 werden mehr als 600 Baumaßnahmen nicht verwirklicht sein.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha! Das wäre mal interessant!)

Das ist die politische Realität, Frau Razavi. Sie sind jahrzehntelang mit Mogelpackungen hausieren gegangen. Keine Spur von Wahrheit, keine Spur von Klarheit beim Straßenbau! 37 % realisiert – ein Drittel –, zwei Drittel große Sprüche. Und Sie reden hier von „fadenscheinig“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Muhterem Aras)

Umso erfreulicher ist der gemeinsame Entschließungsantrag aller Fraktionen, den wir heute noch beschließen werden, mit dem wir die Bundesregierung auffordern, die Investitionsmittel für den Bundesfernstraßenbau sowie für die Schienenwege und Wasserstraßen in Baden-Württemberg bedarfsgerecht zu erhöhen. Nur dann können wir den baulichen Rückstand in der Verkehrsinfrastruktur Stück für Stück abbauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Versprechungen statt Verlässlichkeit – dies hatte übrigens bei der CDU Methode und war keineswegs nur auf den Straßenbau beschränkt. Ein weiteres Beispiel dafür ist die propagierte Absenkung des Klassenteilers, groß verkündet als Qualitäts-offensive. Nur die Finanzierung war nicht von guter Qualität; sie wurde nämlich in der mittelfristigen Finanzplanung nicht fortgesetzt. Wahrheit und Klarheit zogen auch hier wieder einmal den Kürzeren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich bin unserem Verkehrsminister Hermann sehr dankbar, dass er in den letzten Wochen Wahrheit und Klarheit in den Straßenbau gebracht hat.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Dazu gehörte Mut. Denn viele Menschen draußen wussten gar nicht, wie sie über Jahrzehnte von der CDU hinters Licht geführt worden sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt reicht es aber! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie werden gegen Ende immer frecher!)

Wir werden diesen Weg der Wahrheit und Klarheit weitergehen, beim Verkehr wie in allen anderen Politikbereichen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Beschäftigten des Landes offen sagen, was finanziell machbar ist.

Punkt 2 für diesen neuen Weg der Wahrheit und Klarheit ist der Pakt mit den Kommunen. Das zusätzliche Aufkommen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer wird den Kommunen für die Kinderbetreuung, für die Schulsozialarbeit und für die Sprachförderung zur Verfügung stehen. Der Pakt mit den Kommunen stellt die notwendige Finanzierung der Kinderbetreuung auf eine verlässliche und langfristig tragfähige Grundlage: keine neuen Schulden, keine Tricks, keine Schattenhaushalte, keine Verschiebebahnhöfe. Damit haben die Kommunen im Land endlich einen verlässlichen Partner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Verlässlichkeit der Vereinbarungen, Tragfähigkeit der Finanzierung: Dies verstehen wir unter Wahrheit und Klarheit in der Haushaltspolitik. Die Menschen in diesem Land haben verstanden. Sie haben verstanden, dass der Staat nicht mehr ausgeben kann, als er einnimmt, und sie haben verstanden, dass es auf Dauer keine öffentlichen Leistungen ohne entsprechende Einnahmen geben kann. Dies bringt eine neue Qualität und Realität in die öffentliche Diskussion über Steuern und Finanzen in Deutschland und Europa, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Ära der Verschuldungspolitik ist vorbei, und die Ära der unseriösen Steuersenkungsversprechen ist es Gott sei Dank auch. Wahrheit und Klarheit, das ist nicht immer angenehm und einfach, besonders dann nicht, wenn es um die eigenen Beschäftigten, um die eigene Firma geht.

Beispiel 3 für diesen neuen Weg ist der Beitrag der Beamten. Wer den Landeshaushalt nachhaltig konsolidieren will, kann keinen Bereich schonen. Deshalb ist klar, dass auch die Beamten ihren Beitrag dazu leisten müssen.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Das muss man aber vorher sagen!)

Immerhin betragen die Personalkosten 40 % des Landeshaushalts.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was hat Ihre Fraktion vor einem Jahr gesagt?)

Das Volumen dieses Sparbeitrags ist mit 130 Millionen €, davon 100 Millionen € einmalig, angemessen, und die Maßnahmen sind sozial abgestuft und ausgewogen.

Herr Hauk, Sie lehnen unsere moderaten Maßnahmen ab. Gleichzeitig beantragen Sie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit Ihrem Antrag 12/5 – das habe ich vorhin schon gesagt – die Wiedereinführung des Lebensarbeitszeitkontos mit einem Einsparpotenzial von 50 Millionen € allein für diesen Haushalt.

Außerdem erinnere ich Sie, Herr Hauk, an dieser Stelle an die Absenkung des 13. Monatsgehalts bei den Pensionären auf 30 %. Kaum sind Sie in der Opposition, haben Sie das sofort vergessen. Da werden Sie scheinbar zum Fürsprecher der Beamten. Ein Schelm, wer dabei an Opportunismus denkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir standen und stehen zu unseren hoch motivierten und engagierten Beamten und zu unseren Maßnahmen – Wahrheit und Klarheit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Vor allem zu den Regierungspräsidenten!)

Falsche Versprechungen zu machen trägt nicht zu Wahrheit und Klarheit bei. In diesen turbulenten Zeiten rate ich allen – zumal in einem weltwirtschaftlich verflochtenen Land wie Baden-Württemberg –, sich nicht auf verbindliche Voraussagen einzulassen.

(Zuruf von der CDU: Von Ihnen vor allem!)

Niemand kann heute vorhersagen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen!)

was kommen wird, welche Risiken eintreten und wie die Staatsfinanzen in einigen Jahren aussehen werden.

Falsche Versprechungen zu machen

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt kommt Tausendeine Nacht!)

oder Garantien zu geben wäre leichtfertig. Kaufmännische Vorsicht und nicht die Kristallkugel ist die Grundlage grüner

(Muhterem Aras)

Finanzpolitik. Dies sagen wir auch den Beschäftigten des Landes und bleiben mit den Beschäftigten im Dialog.

(Abg. Peter Hauk CDU: Kürzen aber schon einmal!)

Das Prinzip „Wahrheit und Klarheit“ kommt auch beim Länderfinanzausgleich häufig zu kurz. Die Debatten sinken schnell auf Stammtischniveau.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor allem wenn man jeden Tag eine neue Ansage macht!)

Wahrheit und Tatsache ist, dass die Mehrheit der Länder Nehmerländer sind. Dies heißt, jede Reform muss darauf aufbauen, dass alle etwas gewinnen können. Dies ist möglich, wenn die Anreize für eigene Einnahmen wachsen und diese zusätzlichen Einnahmen zum großen Teil beim jeweiligen Land verbleiben. Dann haben alle – Nehmerländer wie Geberländer – einen Vorteil und einen Anreiz, das System zu ändern – was bisher nicht der Fall ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sagt denn der Finanzminister dazu?)

Das heißt, dass wir dann einen Teil, den größeren Teil des horizontalen Ausgleichs durch einen vertikalen Ausgleich ersetzen müssen. Der Ministerpräsident hat dazu in den vergangenen Tagen eine Diskussion angestoßen. Das ist eine erste Grundlage für eine Art

(Abg. Peter Hauk CDU: Können Sie den Standpunkt des Finanzministers auch erläutern?)

Win-win-Veränderung für Geber- wie Nehmerländer.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie einmal etwas zum Finanzminister!)

– Das kann der Finanzminister selbst sicher am besten machen. – Es ist eine Diskussionsgrundlage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen einmal wissen, was die Regierung will! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Hauk, jetzt spricht hier das Parlament! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind doch das Parlament! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bin ja nicht die Regierung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der Haushalt ist doch ein Regierungsentwurf! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wahrheit und Klarheit, Konzepte und Gesprächsbereitschaft – das, Herr Hauk und Herr Herrmann, ist ein anderes staatspolitisches Niveau als Ihre Neiddebatten, großen Sprüche und Klageandrohungen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist ja absurd!)

Wahrheit und Klarheit, Konzepte und Gesprächsbereitschaft – das ist die Grundlage für eine nachhaltige Finanzpolitik in turbulenten Zeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der vorliegende Haushaltsentwurf folgt dieser Maxime. Wir stimmen ihm deshalb natürlich zu.

Am Schluss möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So, wie Sie gesprochen haben, lehnen sie den ab!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Maier.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir sind heute nach langen, ausführlichen und manchmal auch hitzigen Debatten im Ausschuss und im Plenum kurz vor der Verabschiedung des Staatshaushaltsplans 2012. Es ist der erste reguläre Haushaltsplan der grün-roten Regierung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der letzte ohne Schulden!)

Ich wende mich zuerst an unseren Koalitionspartner und danke für die konstruktive Zusammenarbeit, die Bearbeitung der vielen Anträge, die Koordination unserer politischen Ziele, die Sachvorträge und das Abstimmungsverhalten. Alles, meine Damen und Herren, lief ab wie ein Uhrwerk. Wir haben ein deutliches Zeichen gesetzt. Das heißt: Die grün-rote Koalition funktioniert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Selbstbejubelung!)

Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss habe ich bei der Beratung jedes Einzelplans das jeweilige Ministerium gebeten, dem Parlament eine Liste der Stellen vorzulegen, die befristet sind. Dort, wo es sinnvoll ist, werden wir sie in feste Stellen umwandeln. Das ist kostenneutral. Wir schaffen so gute Arbeitsplätze und sind im Land ein Vorbild für gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich zu den Kernpunkten des Haushalts. Wichtigster Kernpunkt ist, dass wir im Haushalt 2012 keine Netto-neuverschuldung brauchen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das wäre auch rechtswidrig!)

Wir erreichen das nach dem Haushalt 2011 zum zweiten Mal. Damit gelingt ein wichtiger Konsolidierungserfolg. Und, meine Damen und Herren, es wird sogar getilgt.

In Zeiten der Konjunkturprogramme – LIP und ZIP –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was für eine Leistung!)

hat man Schulden gemacht, um die Beschäftigung zu sichern – das war richtig und sinnvoll –, aber wir sind jetzt dabei, diese Schulden – das sind insgesamt 405 Millionen € – in den

(Klaus Maier)

Jahren 2012, 2013 und 2014 mit jeweils 135 Millionen € zurückzahlen. Sagt da jemand: Es wird nicht getilgt? Wir tragen die Schulden ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Den Haushalt können wir – das ist richtig – mit hohen Steuereinnahmen ausgleichen: 29 Milliarden € sind es in diesem Jahr und damit fast 3 Milliarden € mehr als im Vorjahr. Betrachtet man den Zeitraum von 2010 bis 2013, so ist sogar mit einem Mehraufkommen von insgesamt 5 Milliarden € zu rechnen. Das ist also ein ganz ordentlicher Betrag. Wir sagen auch Dank an die Steuerzahler.

Aber es sind Bruttobeträge. Netto sieht es nicht mehr so gut aus. Die nachlaufenden Zahlungen im Finanzausgleich und natürlich auch der Länderfinanzausgleich lassen den Betrag stark schrumpfen. Es bleiben noch 2,3 Milliarden € übrig. Das reicht, um einen Großteil der Finanzierungslücke, die wir vererbt bekommen haben, zu schließen. Aber wir müssen sparen. 380 Millionen € mussten durch Sparmaßnahmen in den Ministerien und mussten beim Personal erbracht werden.

Das ist jetzt ein Hauptproblem: Die Personalausgaben – Herr Herrmann hat vorgerechnet, welche Aktionen gemacht worden sind; aber das hat gar keinen Wert gehabt – sind weitergelaufen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat keinen Wert? Also! Unglaublich!)

Die haben sich kumuliert. Das ist das Problem in diesem Haushalt 2012, und das ist auch das Problem der Finanzierungslücken, die wir in der Finanzplanung haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wenn wir all Ihren Personalvorschlägen gefolgt wären, hätten wir heute noch 1 Milliarde € mehr ausgegeben!)

Wir werden jeden Euro Steuereinnahmen dringend brauchen, um eine Neuverschuldung für 2012 und die Folgejahre zu vermeiden. Wir haben keinen Verteilungsspielraum. Das sage ich ganz deutlich. Wir haben vor allem auch keinen Spielraum für irgendwelche Steuersenkungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Regierung hat auch Mut bewiesen. Sie hat Sparmaßnahmen eingeleitet. Der Beitrag der Ministerien beträgt etwa 250 Millionen € und der Beitrag des Personals 130 Millionen €. Beim Personal wurde dies durch die Verschiebung einer Besoldungserhöhung – durch ein Mittel, das die jetzige Opposition früher, zu ihren Regierungszeiten, ständig angewendet hat – und ferner durch die Kostendämpfungspauschale und die Anpassung des freiwilligen Beitrags für die Wahlleistungen erreicht. Dafür war es höchste Zeit. Im Jahr 2004 war dieser freiwillige Beitrag für die Wahlleistungen eingeführt worden. Danach ist nichts mehr verändert worden. Hier haben wir 30 Millionen € nachhaltig wieder eingespart.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es gab großen Ärger. Wir haben diesen Ärger ausgehalten. Das, was die CDU mit ihrem Antrag gebracht hat – das kann man sagen –, ist nur populistisch: einfach zurückziehen und

auf die Steuern verweisen. Da hat es in den Ministerien schon ganz andere „Giftlisten“ gegeben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: CDU-giftig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es lag auch ein alle Ministerien betreffender Antrag vor, die neuen Stellen, die wir mit dem Vierten Nachtrag 2011 geschaffen haben, zu streichen. Die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind jedoch eingestellt worden; sie werden gebraucht, und sie arbeiten gut. Dieser Antrag zielt nicht in die richtige Richtung.

Solider macht es die Regierung. Die neuen Stellen, die im Rahmen der Regierungsneubildung geschaffen wurden, sollen dauerhaft den Haushalt strukturell nicht belasten. Es gibt dafür ein Stellenabbauprogramm, durch das bis zum Jahr 2016 insgesamt 147 Stellen abgebaut werden.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Dazu kommen noch das Dienstreisemanagement und das alte 1 480-Stellen-Einsparprogramm. Sie sehen also, meine Damen und Herren: Diese Regierung mehrt die Stellen nicht, sondern baut Stellen ab. Wenn Sie in den Staatshaushaltsplan schauen, sehen Sie, dass das Land Baden-Württemberg mit 207 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt 715 Stellen weniger hat als im Vorjahr.

Auch im Haushalt 2012 ist die Sanierungsrücklage wieder ein wichtiges Instrument. Wir wollen damit das Landesvermögen erhalten. Es werden 144 Millionen € entnommen, und zwar 15 Millionen € für den Hochwasserschutz, 50 Millionen € für den Erhalt der Landesstraßen, 29 Millionen € für weitere Maßnahmen bei Verkehr und Schiene sowie 50 Millionen € für Landesgebäude.

Das Finanzministerium hat ganz genau nachgewiesen, wie die Rücklage verwendet wird. Die Maßnahmen werden im Haushalt abgebildet. Der Vorwurf, wir würden Schattenhaushalte bilden, geht ins Leere. Wer diese Rücklagen auflösen will, der muss auch sagen, wie er diese Sanierungsmaßnahmen finanziert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dazu kommt noch ein energetisches Sanierungsprogramm für die Gebäude des Landes. Wir werden aus dem Grundstock Vorschüsse entnehmen, um sie für die Sanierung einzusetzen, und mit den bei der Unterhaltung dieser Gebäude eingesparten Mitteln den Grundstock wieder auffüllen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In der Regel beginnt das zwölf Jahre danach!)

Das ist ein sehr intelligentes, gutes Programm.

Die Regierung und die Koalition haben natürlich auch politische Schwerpunkte gesetzt, politische Neuerungen gebracht, die man in diesem Haushalt wiederfindet. Herr Herrmann, Sie haben soeben ausgeführt: „Was neu ist, ist nicht gut.“ So etwa lautete ein Satz in Ihrer Rede: „Was neu ist, ist nicht gut.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt!)

(Klaus Maier)

Ich zähle einmal auf, was neu ist:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was von Ihnen neu ist!)

Kleinkindbetreuung,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Alte Kamellen!)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sprachförderung im Kindergarten, Schulsozialarbeit, Ganztagschulen,

(Abg. Klaus Herrmann und Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht neu!)

Lehrerdeputate belassen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht neu!)

Verlängerung bei den Pädagogischen Assistenten, Erhöhung der Krankheitsvertretungsreserve,

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU: Alles nicht neu! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Neu ist, dass Sie eine Steuererhöhung gemacht haben!)

bessere Förderung der Privatschulen, die Gemeinschaftsschulen gehen an den Start,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist neu, und das ist schlecht!)

Polizeianwärterinnen und -anwärter werden eingestellt. Wir schaffen 400 neue Stellen bei der Polizei. Wir schaffen 100 neue Stellen im Bereich der Steuerverwaltung. Meine Damen und Herren, das alles ist neu und aus Ihrer Sicht nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Landesregierung ist auch ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir haben die Kürzung der Vorwegentnahmen wahrgemacht. Dies ist jetzt im Gesetz verankert. Wir werden auch die Zuschüsse zur Schülerbeförderung entdecken und hier mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Das Gleiche gilt für die Wohnraumförderung. Sie wird umfangreicher, sozialer und nachhaltiger.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sieht man ganz deutlich beim Verkauf der LBBW-Wohnungen!)

Ein finanzieller Kraftakt ist auch die Abschaffung der Studiengebühren und die damit verbundene vollständige Kompensation der Ausfälle für die Hochschulen. Die Studentenwerke erhalten ebenfalls mehr Mittel.

Der Haushalt 2012 räumt mit einem Märchen auf, und zwar dem Märchen von der Vernachlässigung des ländlichen Raums durch die grün-rote Landesregierung. Der Naturschutz wird gestärkt,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Natürlich!)

der Verbraucherschutz wird gestärkt, die Lebensmittelsicherheit wird erhöht. Im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und im Breitbandprogramm werden mehr Gelder als unter der vorherigen Regierung bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen steht 2012 ein größeres Haushaltsvolumen zur Verfügung, als es im Durchschnitt der vergangenen Jahre bestand.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Verkehrsminister hat den Straßenbau nicht gestoppt. Er hat die Wahrheit gesagt und den Bürgern reinen Wein eingeschenkt,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Guter Mann! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das holt euch alles ein!)

und zwar dahin gehend, dass der Straßenbau völlig unterfinanziert ist, dass Mittel gebraucht werden, dass erst das, was angefangen wurde, beendet werden muss, bevor es an anderer Stelle weitergehen kann.

Ich glaube, es geht in die richtige Richtung, wenn wir zusammen eine Resolution erlassen: mehr Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau nach Baden-Württemberg. Da besteht nämlich ein Problem.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum applaudiert jetzt nicht die CDU?)

Die Energiewende wird umgesetzt. Baden-Württemberg soll zu einem Musterland für gute Arbeit gemacht werden. Zu dem eingangs Gesagten kommen noch ein Tarifreugesetz und ein Landesarbeitsmarktprogramm hinzu. Damit schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch eine Lanze für das Integrationsministerium brechen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat es auch nötig!)

„Integration sichert Zukunft!“, das ist die Überschrift über dem aktuellen Newsletter des Deutschen Industrie- und Handelskammertags. Es wird ausgeführt, dass nicht nur Unternehmen handeln müssen, sondern auch die Politik zu handeln hat. Gefordert werden eine erleichterte bedarfs- und qualitätsbezogene Zuwanderung, eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, und gefordert wird, dass Politik und Gesellschaft eine bessere Willkommenskultur aufbauen, um aus Deutschland ein attraktiveres Einwanderungsland zu machen, damit Wachstumschancen und Zukunftsfähigkeit erhalten werden.

An dieser großen Aufgabe arbeitet unser Integrationsministerium. Frau Ministerin, Sie und Ihre Mitarbeiterinnen werden dringend für diese Zukunftsaufgabe gebraucht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Klaus Maier)

Der Haushalt 2012 ist nur eine Etappe auf dem Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Weitere Schritte sind notwendig. Wir müssen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten, und den Weg dahin werden wir mit einer langfristigen Finanzplanung bis 2020 aufzeigen. Dazu gehört Sparen, dazu gehört natürlich auch Sanieren. Die Sanierungsrücklage ist ein erster Schritt. Wir müssen uns weitere Gedanken machen, wie man den Sanierungsstau abbaut. Wir müssen die Pensionslasten im Blick behalten, und wir müssen in einer Haushaltsstrukturkommission konkrete Vorschläge für die Konsolidierung erarbeiten und dem Parlament vorlegen.

Als Werkzeug wäre Haushaltscontrolling zu nennen, ein Instrument, über das kontrolliert wird, damit der Bürokratieaufbau nicht zu groß wird, sondern dass im Gegenteil Bürokratie abgebaut wird. Beim Thema „Schuldenbremse in der Landesverfassung“ und in diesem Zusammenhang bei der Einhaltung der in der LHO enthaltenen Regelung brauchen wir gute Vorarbeit. Wir werden diese Vorarbeit leisten. Wir brauchen natürlich auch Zusammenarbeit und entsprechende Mehrheiten im Parlament.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Vor allem gute Steuereinnahmen brauchen Sie!)

Meine Damen und Herren, wir würden diesen Zielen sehr viel näher kommen, wenn es nicht das ärgerliche Thema Länderfinanzausgleich gäbe. Der Ministerpräsident hat recht, wenn er das jetzige System als einfach verkehrt bezeichnet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Bescheuert“!)

Verkehrt ist es, wenn man bei einem durchschnittlichen Steueraufkommen vor dem Finanzausgleich über dem Durchschnitt der deutschen Länder liegt und nach den Ausgleichsleistungen unter dem Durchschnitt der deutschen Länder. Das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das ist aber keine Erfindung von Grün und Rot; erfunden und ratifiziert haben diese Gesetze in diesem Haus sicherlich nicht wir, sondern CDU-Regierungen und -Ministerpräsidenten.

Wir können natürlich jetzt das Lied von der Klage anstimmen und eine Klage als allerbeste Lösung anpreisen. Ich halte das nicht für gut. Gerichtsverfahren haben immer ihre Risiken, vor allem bei so komplizierten Systemen wie dem Länderfinanzausgleich. Da kann es an der Stellschraube Gemeindefinanzen auch zum Nachteil des Landes Baden-Württemberg ausgehen. Bei einer Klage muss ein Gesetz vom Gericht aufgehoben oder bestätigt werden. Wenn es aufgehoben wird, müssen wir wieder ein neues Gesetz kreieren, und da steht es immer 4 : 12 zwischen den Ländern, die einzahlen – dazu zählt unser Land –, und den Ländern, die nehmen. Die Chancen sind also nicht gut.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war doch sonst auch so!)

Besser ist, man spricht miteinander. Diese Diskussion ist in Gang gekommen. Es liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, und ich glaube, hier kommen wir weiter.

Ich habe die Debatten zum letzten Staatshaushaltsplan gelesen; das war im März 2010. Lieber Herr Herrmann, da haben

Sie den starken Mann gemacht und einer Klage das Wort gesprochen

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das machen wir noch immer!)

und erklärt, wie man jetzt gegen den Länderfinanzausgleich losgeht. Ein Jahr lang ist überhaupt nichts passiert; da waren Sie noch an der Regierung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ist doch gar nicht wahr! Wir haben uns doch im Januar letzten Jahres mit allen Ministerpräsidenten getroffen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dann kam der Wahlkampf. Dann hat man die Klage als Wahlkampfmittel genutzt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich!)

Jetzt, meine Damen und Herren, sprechen Bayern und Hessen immer von einer Klage, aber niemand reicht die Klage ein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie müssen alles lesen!)

Warum wird nicht geklagt? Das ist die Frage.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich appelliere einfach an alle Beteiligten – da sind wir im Land auf einem guten Weg –, dieses Problem durch Verhandlungen und durch gute Vorschläge zu lösen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo sind denn die Vorschläge? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen Sie einmal einen Vorschlag!)

Meine Damen und Herren, mein Kollege Ingo Rust hat beim letzten Mal die verspätete Vorlage des Haushaltsplans kritisiert. Wir sind in diesem Jahr einen Monat besser in der Zeit als im Jahr 2010, erfüllen aber die Vorgaben der Verfassung nicht ganz –

(Zuruf von der CDU: „Nicht ganz“!)

durch die besonderen Umstände des Jahres 2011 mit Nachtragshaushaltsplänen, dem Wahlkampf, der Wahl und dem Regierungswechsel. Diese besonderen Umstände lassen hier sicherlich eine Ausnahme zu. Das Jahr 2012 wird für das Finanzministerium ein sehr arbeitsreiches Jahr. Gleich im Anschluss an die Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplans geht es an die Arbeit der Strukturkommission und an die Aufstellung des Doppelhaushalts 2013/2014. Das wird viel Arbeit, und ich danke im Namen meiner Fraktion allen, die an diesem Werk gearbeitet haben, ganz herzlich.

Das vorliegende Haushaltsgesetz zeigt: Es geht im Land Schritt für Schritt voran. Wir sind auf einem guten Weg, und ich signalisiere die Zustimmung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wäre ja auch mehr als verwunderlich, wenn Sie nicht zustimmen würden!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Insbesondere beim Kollegen Herrmann und bei der Kollegin Aras war schon von Märchen die Rede. In der Tat: Dieser Haushalt und die Rolle des Finanzministers erinnern an das Märchen vom „Hans im Glück“, der einen Goldklumpen geschenkt bekommt und dann anschließend so ungeschickt agiert, dass er am Ende mit leeren Händen dasteht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Genau so ist es mit „Nils im Glück“. Der Unterschied zwischen „Hans im Glück“ und „Nils im Glück“ ist nur der: Hans hat diesen Goldklumpen für eine Leistung erhalten, während der Finanzminister nichts dafür kann, dass es ihm diese Steuereinnahmen hineingeregnet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die Gemeinsamkeit ist allerdings, dass „Nils im Glück“

(Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

alles dafür tut, dass auch er am Ende mit leeren Händen dasteht; nur leider wird es dann nicht er allein sein, sondern wird es das gesamte Land sein. Denn wenn man sich anschaut, von welchem Niveau aus dieser Haushalt aufgestellt wird – von 29 Milliarden € voraussichtlichen Einnahmen im Jahr 2012 im Vergleich zu 26,7 Milliarden € in dem guten Jahr 2008, in dem wir übrigens ebenfalls einen neuverschuldungsfreien Haushalt vorgelegt haben; Sie müssen darüber hinaus noch den Grunderwerbsteuersatz erhöhen, was ein Volumen von mehr als 350 Millionen € ergibt –, dann wird schon deutlich, was dem Land Baden-Württemberg in der Zukunft blüht, wenn die Konjunktur sich abschwächt und die Steuereinnahmen einbrechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Denn – Kollege Herrmann hat es heute angesprochen; ich habe es bereits in der vergangenen Woche betont – in guten Zeiten wie diesen werden Haushalte ruiniert. In guten Zeiten wie diesen werden die Weichen dafür gestellt, dass sich die Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder galoppierend fortentwickelt, und genau das werden wir erleben.

Zu dieser Grunderwerbsteuersatzerhöhung – ich habe das schon mehrfach in diesem Haus betont, es wurde dann immer infrage gestellt – gibt es jetzt ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Das schreibt Ihnen ins Stammbuch, dass diese Erhöhung – Baden-Württemberg ist ja nicht das einzige Bundesland, das den Grunderwerbsteuersatz in diesem Maß erhöht – zu einem Mobilitätshindernis für die Fachkräfte wird, die wir in unserem Land haben wollen. Das ist ein wesentliches Hindernis, das Sie da für die Bekämpfung des Fachkräftemangels auftürmen. Abgesehen davon wird auch unsere mittelständische Wirtschaft – die meisten Unternehmen davon sind Personengesellschaften – durch diese Steuererhöhung belastet, meine Damen und Herren.

Sie haben einen Haushalt mit einem Volumen von insgesamt 38,9 Milliarden € aufgestellt. Das ist Rekord. Sie haben nichts getan für den Schuldenabbau. Sie haben nichts getan für die Abfederung der Pensionslasten, die in der Zukunft auf uns zukommen. Null Konsolidierung ist das Leitmotiv dieser Landesregierung in Haushaltsfragen.

Herr Ministerpräsident, wie man sieht, haben Sie sich schon auf den Empfang der Narren vorbereitet:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben die Arbeit einer Kommission, die künftig die Haushaltskonsolidierung übernehmen soll, auf den Haushalt 2013/2014 verschoben. Meine Damen und Herren, wir werden feststellen: Auch dann wird sich nichts Wesentliches tun. Auch dann werden Sie wieder ein Alibi dafür finden, dass Sie nichts unternehmen.

Denn Sie haben ja auch in der Vergangenheit schon nicht Wort gehalten. Sie haben in der Opposition mehrfach die Übernahme der Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung in die Verfassung angemahnt. Davon wollen Sie heute nichts mehr hören. In der vergangenen Woche haben Sie dann behauptet, die Opposition treffe Sie nicht mit ihrer Kritik. Herr Ministerpräsident, wenn man sich dann, wenn Kritik geübt wird, die Ohren zuhält, ist es kein Wunder, dass man von Kritik nicht getroffen wird. Denn Sie müssen schon deutlich machen, warum Sie jetzt plötzlich nicht mehr dafür sind, die Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung in die Verfassung zu übernehmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gar nicht wahr!)

Sie müssen ferner deutlich machen, warum Sie nicht bereit sind, etwas für die Untertunnelung der Pensionslasten zu tun. Sie müssen auch deutlich machen, warum Ihre mittelfristige Finanzplanung so aussieht, wie sie aussieht, und Sie müssen schließlich auch deutlich machen, warum Sie auch in diesem Haushalt nicht auf Kreditermächtigungen verzichten.

Dasselbe gilt für Ihren Kurs im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich: ein klassischer Zickzackkurs, meine Damen und Herren. Ich will nur einmal rekapitulieren, was wir da in den vergangenen Wochen und Monaten erleben durften. Zunächst war die Rede davon, man sei in Verhandlungen am Kamin in der Ministerpräsidentenrunde, sei da auf gutem Weg und werde die Opposition in absehbarer Zeit informieren. Dann haben wir durch Äußerungen insbesondere aus Berlin und aus Nordrhein-Westfalen plötzlich festgestellt, dass die Nehmerländer überhaupt nicht daran denken,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

auf irgendetwas zu verzichten. Dann haben Sie plötzlich Ihre Position zum ersten Mal korrigiert, Herr Ministerpräsident, und haben erklärt: Mit einer Perspektive von drei Jahren wollen wir jetzt in Verhandlungen eintreten. Am nächsten Tag hat sich dann herausgestellt: Auch diese Verhandlungen werden von den Nehmerländern nicht gewünscht. Dann haben Sie plötzlich festgestellt – ich zitiere –, das System sei „absolut bescheuert“ und dieses System müsse ganz weg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da hat er recht!)

Der Bund solle künftig für den Länderfinanzausgleich sorgen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Am nächsten Tag hat Sie dann Ihr Finanzminister zurückgepfiffen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kann der pfeifen?)

und hat erklärt, der Vorschlag mit dem Bund sei nicht zielführend. Dann haben Sie erklärt, das sei ja nur so ein Vorschlag gewesen und eigentlich nicht ganz ernst zu nehmen.

Meine Damen und Herren, auf diese Art und Weise bekommen wir mit Sicherheit keine Veränderung beim Länderfinanzausgleich hin.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: An Sprunghaftigkeit nicht zu überbieten!)

Mit einem solchen sprunghaften Wackelkurs machen wir uns höchstens bei denen lächerlich, bei denen wir etwas erreichen wollen. Die werden sagen: Baden-Württemberg ist ein zahnloser Tiger; da können wir mindestens bis 2019 sicher sein, dass nichts passiert.

Ich kann an dieser Stelle wieder nur eindringlich an Sie appellieren: Gehen Sie den Weg mit Bayern und Hessen zusammen. Gehen Sie den Weg der Klage. Denn das ist die einzige Möglichkeit, dass sich an diesem bescheuerten System, wie Sie es zu Recht nennen, etwas verändert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf: Richtig!)

Dort, wo Sie konsolidieren, ist es schwer nachvollziehbar, dass in Zeiten wie diesen die Beamten die einzige Gruppe sind, bei der gespart werden soll. Insbesondere ist das auch nicht glaubwürdig, denn bei den kleinen Beamten wird gespart, während Sie selbst die Zahl der Stellen bei den Hauptlingen massiv ausweiten. Jede Woche wird wieder ein neuer Fall bekannt,

(Zurufe der Abg. Thomas Blenke und Dieter Hillebrand CDU)

bei dem jemand auf irgendeiner Position vom Land Baden-Württemberg künftig alimentiert wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Regierungspräsident! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie weiten die Zahl der Stellen im Bereich der B-Besoldung aus, und die kleinen Beamten im Bereich der A-Besoldung, für die Sie eine Fürsorgepflicht haben, dürfen das ausbaden. Ihr Verhalten erinnert an einen Alkoholiker, der seinen Kindern ans Sparschwein geht, damit er neuen Schnaps kaufen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ingo Rust SPD: Das taugt noch nicht einmal für Fasching! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Im Übrigen sparen Sie auch noch zulasten des ländlichen Raums. Sie wollen eine Polizeireform durchführen, Sie wollen einen Nationalpark einrichten, den keiner will. Sie sparen

im Bereich des Straßenbaus, indem Sie den Haushaltsansatz von 105 Millionen € auf 100 Millionen € reduzieren. Gleichzeitig behaupten Sie, Sie hätten in diesem Bereich zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

„Wenn Herr Ramsauer mir mehr Geld gibt, baue ich mehr Straßen.“ Auch da wurde die Frage aus der vergangenen Woche, was das für den Landesstraßenbau bedeutet, noch immer nicht beantwortet. Gilt diese Aussage nur für den Bereich der Bundesautobahnen? Gilt sie nur für den Bereich des Bundesstraßenbaus, zu dem Sie sagen: „Herr Ramsauer soll bezahlen, und wenn es uns selbst nichts kostet, machen wir mit“? Oder gilt diese Aussage auch für den Bereich des Landesstraßenbaus und bedeutet, dass Sie bereit sind, da in künftigen Jahren vielleicht etwas mehr zu tun?

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Gilt weiterhin das hermannsche Verdikt: „Wir sanieren bestenfalls, Neubauten gibt es nicht“?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Oder sind Sie bereit, auch neue Landesstraßen zu bauen? Das sollten Sie, meine Damen und Herren, einmal sehr eindeutig bekunden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Völlig unklar bleibt auch Ihre Energiewende, meine Damen und Herren. Zur Energiewende fallen Ihnen immer nur drei Wörter ein: Windkraft, Windkraft, Windkraft. Das ist aber keine Energiewende.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ach!)

Sie behaupten, Sie würden die Ängste der Wirtschaft ernst nehmen. Da spricht beispielsweise die IHK Region Stuttgart eine andere Sprache.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja, ja!)

Es wird deutlich: Diese Energiewende wird im Land Baden-Württemberg zunehmend zu einem Standortproblem.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

– Ich bin nicht gegen diese Energiewende. Nur muss man deutlich machen, wie man sich diese Energiewende vorstellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zurufe der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE und Karl Zimmermann CDU)

Es genügt eben nicht, 50 % der Stromerzeugung in Baden-Württemberg vom Netz zu nehmen und dann zu erklären: „Wir schaffen es vielleicht, 10 % durch Strom aus Windkraft zu substituieren.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zu wenig! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wollen Sie die Windräder nicht? Finden Sie 1 % Windkraftanteil, wie jetzt, besser?)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie müssen schon deutlich machen, was Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren.

Da nützt es auch nichts, wenn Umweltminister Untersteller sagt, wir würden im Moment Strom nach Frankreich exportieren. Das mag schon sein, Herr Untersteller.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist so! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber wenn wir Atomstrom, den wir momentan noch produzieren, nach Frankreich exportieren,

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

hilft uns das bei unserer Energiewende relativ wenig.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie entkräften Ihr Argument! – Unruhe)

Vielmehr müssen Sie schon deutlich machen, wie Sie die Stromversorgung in Baden-Württemberg künftig sicherstellen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ähnlich ist der Zickzackkurs im Bereich der EnBW. Ich darf Sie, Herr Finanzminister, mit einer Äußerung aus der vergangenen Woche sinngemäß zitieren: Wer über die Veräußerung von Landesanteilen öffentlich redet, der gefährdet das Rating. Herr Minister Schmid, sagen Sie das Ihrem Ministerpräsidenten. Er ist es doch gewesen, der erklärt hat, er könne sich alles vorstellen, er könne sich auch vorstellen, an ausländische Finanzinvestoren zu veräußern, weil ja Geld nicht stinkt – „pecunia non olet“, so war das Zitat. Herr Minister, sagen Sie das Ihrem Ministerpräsidenten. Oder reden Sie in der Regierung nicht über diese Dinge?

Herr Ministerpräsident, es hilft relativ wenig, uns im Zusammenhang mit dem Haushalt vorzuwerfen: „Ihr fordert eine Rückzahlung der Schulden. Aber gleichzeitig wollt ihr, dass die Kapitalerhöhung bei der EnBW, die 400 Millionen € ausmacht, auch noch über den Haushalt finanziert wird; dann schaffen wir es gar nicht.“

Herr Ministerpräsident, glauben Sie im Ernst, dass es keine Schulden sind, wenn Sie über Neckarpri finanzieren? Glauben Sie im Ernst, daraus entstehen keine Belastungen? Es wird schon deutlich: Mit reiner Symbolpolitik und mit einem Zickzackkurs werden Sie dem Unternehmen nicht gerecht. Vielmehr wird das Image dieses Unternehmens von Ihnen weiter in den Keller geredet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Nun zum Bildungsbereich. Ihr Prestigeprojekt Einheitsschule geht zulasten der beruflichen Bildung. Im Bereich der beruflichen Bildung sind Sie in keiner Weise bereit und in der Lage, zu tun, was notwendig ist. Sie haben die richtigen Entwicklungen im Bereich des Klassenteilers wieder zurückgedreht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zurückgedreht?)

– Sie wollen die Entwicklung zurückdrehen, die wir eingeleitet haben.

Entscheidend ist, wie gut Bildung und Betreuung sind. Ihre ständigen ideologischen Schulstrukturdiskussionen sind der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie feiern sich für das, was Sie im Bereich der Privatschulförderung getan haben. Doch dabei werden Sie den Anforderungen Ihres eigenen Koalitionsvertrags, geschweige denn Ihrem Wahlprogramm in keiner Weise gerecht, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, in der vergangenen Woche haben Sie der Opposition vorgeworfen, sie habe keine Alternativen aufgezeigt

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben Sie auch nicht!)

und keine Sparvorschläge gemacht. Meine Damen und Herren, auf der Regierungsbank hat man entweder ein Hör- oder ein Konzentrationsproblem. Wir – sowohl die CDU-Fraktion als auch die Fraktion der FDP/DVP – haben sehr deutlich gemacht, was unsere Alternativen sind. Diese sind an der einen oder anderen Stelle durchaus unterschiedlich. Man kann aber nicht behaupten, dass es keine Alternativen gebe.

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir die neuen Stellen, die Sie geschaffen haben, nicht wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 7 Millionen €!)

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir gegen die Abschaffung der Studiengebühren sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 137 Millionen €!)

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir nicht für die Streckung, sondern für die Fortführung des Stellenabbauprogramms sind, das wir Ende 2010 beschlossen haben. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir für flexible Lebensarbeitszeitkonten sind. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir Ihre schwarze Kasse der Sanierungsrücklage nicht haben wollen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch ein Unsinn! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

mit der Sie im Endeffekt irgendwelche Wohltaten verteilen können, die dem Parlament verborgen bleiben.

Außerdem wollen wir Ihre Prestigeprojekte im Bildungsbereich nicht. Wir wollen – darin sind wir uns mit Ihnen durchaus einig – eine Pkw-Maut. Ich sage allerdings sehr deutlich, dass wir uns eine Vignette wünschen, aber kein elektronisches System, mit dessen Hilfe Bewegungsprofile erstellt werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Das ist der Datenschutz!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir haben sehr deutlich gemacht – dabei sind wir offensichtlich zumindest partiell der gleichen Meinung wie der Ministerpräsident, wenn auch nicht derselben Meinung wie der Finanzminister –, dass wir uns vorstellen können, EnBW-Landesanteile an Stadtwerke oder regionale Energieversorger zu veräußern.

Wir haben auch sehr deutlich gemacht, dass wir zumindest mittelfristig nach der Konsolidierungsphase, wobei Sie durch die Veräußerung des Wohnungsbestands der LBBW an die Patrizia AG möglicherweise einen Beitrag dazu geleistet haben – Im Übrigen hätte ich nicht gedacht, dass Sozialdemokraten, die Mitglied im entsprechenden Aufsichtsrat sind, dem zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich kann mir lebhaft vorstellen, was wir uns – wenn wir noch in der Regierung und Sie noch in der Opposition wären – hätten anhören dürfen, wie Sie dagegen gewettert hätten, den Wohnungsbestand einer solchen Heuschrecke auszuliefern und den Wohnungsbestand nicht im Land Baden-Württemberg zu belassen. Herr Schmiedel, ich kann mir vorstellen, wie Sie von dieser Stelle aus in unsere Richtung getobt hätten. Jetzt wird erklärt, das sei das Normalste der Welt, und es sei ganz klar, dass man dem zustimmen könne.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was kritisieren Sie denn eigentlich?)

– Ich kritisiere Ihre Doppelmoral, Herr Schmiedel. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn die Konsolidierung der EnBW abgeschlossen ist, können wir uns durchaus eine Veräußerung des Landesanteils vorstellen.

Wenn Sie dies alles zusammenzählen, meine Damen und Herren, dann können Sie vielleicht behaupten, unsere Vorschläge seien falsch. Sie können behaupten, unsere Vorschläge seien nicht die Ihren. Aber Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, Herr Ministerpräsident, die Opposition unterbreite zur Konsolidierung des Haushalts keine Vorschläge.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Fazit endet das Märchen vom „Hans im Glück“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Nils im Glück“!)

– vom „Nils im Glück“ – so, dass Nils im Moment noch Glück hat, aber am Ende ebenso wie der Hans alles verspielt haben wird. Dann heißt es am Ende eben nicht „Nils im Glück“, sondern „Baden-Württemberg im Pech“. Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragend! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Seitens der CDU-Fraktion wurde darum gebeten, dass Frau Kollegin Razavi noch vor den Spre-

chern der Regierung zum Antrag Drucksache 15/1262-1 zum Thema Bundesfernstraßenbau spricht. Der Minister ist damit einverstanden.

Bitte schön, Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben schon in der vergangenen Woche bei der Beratung des Haushalts des Verkehrsministeriums im Plenum intensiv über den Straßenbau debattiert. Trotzdem will ich noch ein paar Sätze dazu sagen.

Erstens: Frau Aras, mit Ihrem Credo zum Thema „Wahrheit und Klarheit“ bewegen Sie sich auf ziemlich dünnem Eis. Der Investitionsrahmenplan des Bundes ist eine grün-rote Erfindung; das habe ich bereits in der letzten Woche gesagt.

Zweitens: Sie verweigern bis heute die Priorisierung beim Generalverkehrsplan.

Drittens: Wir werden in den nächsten Tagen nachschauen, wie viele Anträge in den letzten Jahren und Jahrzehnten von den Grünen zur Aufstockung der Mittel beim Straßenbau eingebracht worden sind. Ich glaube, Frau Aras, da brechen Sie durchs dünne Eis.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dass wir uns heute einig sind, dass wir beim Thema Bundesfernstraßenbau dringenden Nachholbedarf haben und vom Bund mehr Geld brauchen, ist ein positives Signal. Noch besser ist, dass wir das in einem gemeinsamen Antrag formulieren. Das ist ein klares Signal an den Bund, dass Baden-Württemberg Nachholbedarf hat und dringend mehr Mittel für die Bundesfernstraßen und Autobahnen braucht.

Aber Papier ist geduldig. Diesen Worten müssen jetzt dringend Taten folgen. Es darf nicht bei einem bloßen Lippenbekenntnis der Landesregierung bleiben, weil die Regierungsfractionen mit diesem Antrag auch Verantwortung übernommen haben. Sie haben sich verpflichtet, alles zu tun, um beim Bund für mehr Mittel zu werben.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das erfordert beim Bund und vor allem bei den Grünen, liebe Frau Aras, ein komplettes Umdenken. Es reicht nicht aus und ist falsch, dass Sie, Herr Minister Hermann, bei den Bauprogrammgesprächen in Bonn bisher keine Maßnahmen angemeldet haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Berlin!)

Es ist eben falsch, dass Sie nur 2 Millionen € aus den über das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz bereitgestellten Mitteln für Baden-Württemberg eingefordert haben. Zum Glück haben wir 102 Millionen € bekommen. Und – das ist das Entscheidende – Sie müssen zunächst einmal bei Ihren grünen Kollegen in Berlin für diesen Meinungsumschwung werben, weil diese das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz komplett abgelehnt haben. Ich kann Ihnen versprechen: Wenn Ihnen das gelingt, haben Sie unsere volle Unterstützung.

Vom Bund zu fordern reicht nicht aus. Sie müssen auch aktiv werden. Die Forderung nach mehr Mitteln vom Bund reicht

(Nicole Razavi)

aber auch aus zwei weiteren Gründen nicht aus – deswegen haben wir einen zweiten Antrag eingebracht, einen Antrag der CDU und der FDP/DVP –: Wir alle wissen, dass für den Infrastrukturausbau insgesamt zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Jetzt haben wir genau zwei Möglichkeiten: Entweder wir sind bereit, insgesamt mehr Mittel in den Haushalt einzustellen – das würde auch bedeuten, an anderer Stelle zu kürzen, weil der Kuchen nur einmal zu verteilen ist –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Durch Wachstum!)

oder aber wir brauchen einen kompletten Systemwechsel. Das wiederum würde bedeuten: weg von der Haushaltsfinanzierung und der Abhängigkeit von der Höhe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel hin zu einer Nutzerfinanzierung. Das bedeutete aber auch, dass diese Mittel dann 1 : 1 in den Infrastrukturausbau fließen müssten.

Es gibt noch einen zweiten Grund, warum wir einen weiteren Antrag gestellt haben. Sie haben sich von neuen Planungen für neue Maßnahmen verabschiedet. Das halten wir grundsätzlich für falsch. Wir hätten in den vergangenen Jahren von den Konjunkturprogrammen des Bundes nicht profitieren können, hätten wir nicht Planungen in der Schublade gehabt. Das heißt, wenn Sie die Planungen einstellen, stehen wir in ein paar Jahren vor der völlig paradoxen Situation, dass wir Geld vom Bund bekommen könnten, es jedoch nicht abrufen können, weil wir keine Planungen haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es stellt niemand Planungen ein!)

– Dieses rollierende System, Herr Schwarz, hat sich in den vergangenen Jahren bewährt: bauen und gleichzeitig neue Maßnahmen planen. So waren wir in den letzten Jahren mit dem wenigen Geld, das wir hatten, erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er will wieder ein Bier mit dir trinken!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Der sitzt doch da oben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es wechselt manchmal, ohne dass Sie es mitbekommen!)

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Herr Abg. Binder.

Abg. Nicole Razavi CDU: Aber mich nicht wieder abscaanen.

Abg. Sascha Binder SPD: Nein. – Frau Kollegin Razavi, Sie erzählen immer,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nehmen Sie bitte die Hand aus der Hosentasche!)

das Land Baden-Württemberg plane nicht mehr. Nennen Sie mir einmal Maßnahmen im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, bei denen das Land Baden-Württemberg Ihre Planungen eingestellt hat.

Abg. Nicole Razavi CDU: Das kann ich Ihnen sagen. Das ist z. B. die B 31 in Konstanz, lieber Kollege.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch: Freiburg! – Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Da hat das Verkehrsministerium des Landes ohne Rücksprache mit dem Bund die Planungen schlicht und ergreifend eingestellt. Herr Binder, schauen Sie einfach einmal in Ihren eigenen Koalitionsvertrag. Darin steht ziemlich genau, was Sie vorhaben, und damit sind wir nicht einverstanden. Das wird dieses Land im Bereich Infrastruktur komplett ins Aus führen. Das sagen Ihnen auch die Menschen vor Ort. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu reden.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wir reden aber gerade!)

Sie werden in ein paar Jahren schon die Konsequenz Ihrer Politik zu spüren bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Zuruf von der SPD: Kollege Drexler wollte auch noch sprechen!)

Präsident Guido Wolf: Eine Intervention?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Dazu! Wortmeldung! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für die SPD-Fraktion spricht zu diesem Punkt noch Kollege Drexler.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das Vorhaben, von dem Sie, Frau Razavi, gesprochen haben, ist nicht im Vordringlichen Bedarf, sondern im Weiteren Bedarf eingeordnet – nur damit das klar ist.

Wir haben festgestellte Planungen mit einem Volumen von über 1 Milliarde €, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt sollen wir weiter planen. Der Rechnungshof sagt dauernd, wir sollten nicht so viel planen, wenn wir die Maßnahmen nicht abarbeiten würden. Deswegen ist Ziffer 2 Ihres Antrags völlig falsch. Ihr werden wir auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Seit Jahren versuchen Sie schon, im Verkehrsbereich eine Nutzerfinanzierung hinzubekommen. Sie sagen nicht, wie, weil Sie die Leute nicht verärgern wollen. Sie sagen nicht, was.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich. In Ihrem Antrag steht z. B. nicht, dass Sie gleichzeitig die Kfz-Steuer senken wollen, um die Nutzerbelastung zu reduzieren. Jetzt wollen Sie plötzlich nur eine Nutzerbelastung. Zuerst werden wir hier einmal unter Bezug auf die baden-württembergischen Interessen darüber diskutieren, was wir wollen. Da machen wir mit. Aber wir dürfen das Thema jetzt nicht nach Berlin schieben und sagen: „Überlegt euch einmal, was ihr macht.“ Wir müssen für unsere Bevölkerung schon selbst – wenn wir das wollen – eine nutzerorientierte Belastung vornehmen. Das wird im Landtag von Baden-Württemberg und nicht im Deutschen Bundestag gemacht. Deswegen lehnen wir auch dieses Begehren von Ihnen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Razavi?

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich, gern, noch Stunden.

(Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frauenverstehert! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Dietrich Birk)

– Entschuldigung, Herr Kollege Dr. Birk. Überlegen Sie sich erst einmal, was Sie sagen. Sie waren doch einmal Kulturstatssekretär.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Kollege, Ihr Anzug sitzt gut!)

– Ist okay.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe ihn noch nie so charmant erlebt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Razavi hat das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Drexler, wir schieben überhaupt nichts in Richtung Bund, im Gegenteil. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass wir, das Parlament, in Sachen Nutzerfinanzierung mit einer Zunge sprechen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie denn? Was denn?)

Anstatt zu kritisieren, machen Sie doch einmal einen Vorschlag. Soll doch die SPD einen Vorschlag machen, wie wir zu einer Nutzerfinanzierung kommen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir werden – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie regieren doch!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie uns doch, wie Sie zu mehr Geld im Infrastrukturbereich kommen wollen. Dazu fehlt jeder Vorschlag von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, falsch. Erstens: Wir wollen jetzt, dass von den vorhandenen Bundesmitteln mehr nach Baden-Württemberg fließt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zweitens: Wir haben uns immer gegen eine Mehrbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgesprochen. Deswegen haben wir immer gesagt: Ihre Vorschläge sind nicht stichhaltig. Denn die Verkehrsteilnehmer haben über die Kfz-Steuer und die Mineralölsteuer schon sehr viel Geld gezahlt.

Wir geben nicht das Geld aus. Wir sagen: Zuerst soll das Geld ausgegeben werden, das die Verkehrsteilnehmer auch tatsächlich zahlen. Da haben wir genügend Geld. Dass die Einnahmen aus der Kfz-Steuer und vor allem aus der Mineralölsteuer im Bund tatsächlich für andere Zwecke verwendet werden, ist nicht unser Bier. Wir hätten genügend Geld zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deswegen sagen wir: Der Bund soll umschichten. Das ist überhaupt das Erste. Wenn wir unsere Bevölkerung dann tat-

sächlich belasten, muss an anderer Stelle auch eine Entlastung stattfinden. In Ihrem Antrag ist sie nicht vorgesehen. Insofern ist das Anliegen des Antrags falsch. Wir können dem ADAC ja erzählen, was Sie hier beantragen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das tun wir! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das machen wir schon selbst!)

In Ihren Antrag müsste eine Formulierung aufgenommen werden, die auf der anderen Seite eine Entlastung vorsieht. Wo ist denn die Entlastung,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Sie dauernd im Munde führen? Davon steht nichts in dem Antrag. Jetzt sind Sie alle ruhig.

(Heiterkeit)

Deswegen lehnen wir Ihr Anliegen ab,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben noch weitere Plenarsitzungen!)

weil es nicht ausgegoren ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Erst sagen Sie, wir hätten jahrelang so etwas gefordert, und jetzt ist es nicht ausgegoren! Was ist denn jetzt los?)

Es steckt keine Idee dahinter. Sie schieben nur ein Problem pauschal an den Bund ab. Wir müssen hier selbst eine Regelung treffen.

Seit der Zeit von Herrn Mappus stellen Sie, Herr Kollege, dauernd dieselbe Forderung auf, haben sie aber nie umgesetzt. Jetzt benutzen Sie uns, um den gleichen Mist nach Berlin zu transportieren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist es jetzt ausgegoren, oder was?)

Deswegen werden wir Sie stellen und fragen: Wie sieht die Nutzungsgebühr bei Ihnen aus? Das müssen Sie einmal sagen, bevor das Thema nach Berlin muss. Ihr Vorschlag muss auf den Tisch. Dann diskutieren wir darüber.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Auf den Tisch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind allmählich am Ende der Haushaltsberatungen angelangt.

(Zuruf von der CDU: Sie sind am Ende! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr seid am Ende!)

Ich will die Gelegenheit nutzen, um mich an alle Beteiligten zu wenden und ihnen für die Beratungen dieses ersten von der grün-roten Landesregierung in eigener Regie vorgelegten Haushalts ganz herzlich zu danken.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Mein besonderer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, die weit über das Normalmaß hinaus gearbeitet und den Haushalt über Monate hinweg vorbereitet und vorstrukturiert haben.

Ich will mich aber auch für die sachliche Diskussion im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft des Landtags unter der souveränen Führung der Vorsitzenden Frau Gönner bedanken. Ich freue mich sehr, dass es zumindest in diesem Rahmen möglich war, den Haushalt sachkundig und mit der gebotenen Souveränität zu beraten, auch wenn manche Wiedergänger aus alten Regierungszeiten wieder zu den Einzelplänen, für die sie früher verantwortlich waren, das Wort ergriffen haben. Die Wahlniederlage schmerzt eben doch noch.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wahrscheinlich schmerzt es Sie! Sie sind der eigentliche Verlierer gewesen! Juniorpartner! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Hingegen sage ich eines auch ganz deutlich: Auch die Dritte Beratung des Haushalts 2012 ist keine Gelegenheit für Märchenerzähler, lieber Herr Rülke. Wenn wir schon über „Hans im Glück“ reden, dann sollten wir das doch dem Kinderlied überlassen, denn es endet mit dem wahren Spruch: Wahre Liebe ist Goldes wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ogottogott! Schon wieder! Gestern war Valentinstag! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenden wir uns nicht den Märchen der Opposition, sondern der harten Realität des Landeshaushalts 2012 zu. Die Kernbotschaft dieses Haushalts ist: Nach 2011 schaffen wir auch im Jahr 2012 einen Haushalt ohne neue Schulden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist keine Kunst!)

Aus Ihren Reden sprach doch – auch heute wieder – der blanke Neid. Denn es sind CDU/CSU und FDP, die es im Bund trotz sprudelnder Steuereinnahmen nicht geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vorzulegen,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Tanja Gönner CDU)

und dies, obwohl der Bundeshaushalt deutlich dynamischer ist, da die sogenannten automatischen Stabilisatoren beim Bundeshaushalt kräftiger in beide Richtungen wirken. Jetzt, da es gut läuft, profitiert der Bundeshaushalt nicht nur von steigenden Steuereinnahmen, sondern auch von rückläufigen Sozialausgaben. Trotzdem haben es die ehrgeizigen Sanierer von CDU/CSU und FDP nicht geschafft, im Bund einen ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vorzulegen. Wir schaffen das und sind stolz darauf, dass wir bisher – 2011, 2012 – in Baden-Württemberg keine neuen Schulden machen mussten,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Tilgen könnten Sie! Zurücklegen! Keinen Cent!)

und dies, obwohl die Erblast, die Sie hinterlassen haben, schwer wiegt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Solide Haushalte!)

Wir haben beim Kassensturz festgestellt: Es gibt ungedeckte Pensionsverpflichtungen von über 68 Milliarden €, einen Sanierungsstau bei Landesstraßen, Hochschulgebäuden und anderen Gebäuden des Landes in Höhe von über 3 Milliarden €, nicht durchfinanzierte Vorhaben insbesondere im Bildungsbereich – ich nenne die sogenannte Qualitätsoffensive Bildung –, beim Hochwasserschutz, bei der Ausstattung der Polizei bis hinein in den Bereich der Kunst. Das sind Versprechungen, die einem Finanzvolumen von vielen Millionen Euro entsprechen, die nicht in Ihrem Haushalt und in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung hinterlegt waren. Deshalb müssen wir jetzt nicht nur eifrig sparen, um noch Deckungslücken zu schließen, die 2012 zu schließen waren, sondern wir knabbern noch immer an der Erblast der Vergangenheit. Wir müssen die Lücken schließen, den Lückenbüßer für das machen, was Sie versäumt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Erbe hätten Sie gar nicht antreten müssen!)

Sie haben uns für die Jahre 2012 bis 2014 zusätzlich die Rückzahlung der Konjunkturprogramme hinterlassen, ein Erbe, für das wir ebenfalls in diesem Haushaltsjahr und im nächsten Haushaltsjahr in dreistelliger Millionensumme aufkommen müssen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich bitte um Ruhe.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Aber eines, was Sie über Jahre getan haben, werden wir nicht tun: Wir plündern nicht den Grundstock des Landes. Wir plündern nicht die L-Bank, um Lücken im Haushalt zu schließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie entnehmen nur! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben aus dem Kassensturz auch die Konsequenzen gezogen, indem wir gesagt haben: Wir müssen beides in den Blick nehmen, sowohl die Kreditmarktverschuldung des Landes als auch die verdeckte Verschuldung insbesondere durch die Vernachlässigung des Landesvermögens. Deshalb haben wir aus Steuermehreinnahmen nicht nur die für das Jahr 2011 geplante Verschuldung zurückgeführt, indem wir die Nullneverschuldung erreicht haben, sondern wir haben auch eine Rücklage angelegt, um damit zu beginnen, den Sanierungsbedarf insbesondere im Bereich der Hochschulgebäude, der Landesstraßen und des Hochwasserschutzes Schritt für Schritt abzarbeiten.

Wenn Sie dann sagen, lieber Herr Rülke, die Rücklage sei eine schwarze Kasse, dann haben Sie die Ausschussberatungen schlicht und ergreifend nicht mehr im Kopf. Denn die CDU hat diesen Vorwurf inzwischen zurückgenommen, weil sie im Haushaltsplan nachgelesen hat, dass die Einnahmen aus der Sanierungsrücklage, also die Mittel, die wir 2012 verwenden,

(Minister Dr. Nils Schmid)

im Haushalt veranschlagt werden. Das ist nachvollziehbar – als Einnahmetitel. Die Entnahme aus der Sanierungsrücklage für das Jahr 2012 ist im Haushalt veranschlagt.

(Abg. Klaus Maier SPD: Ja, genau!)

Das gilt sogar für jedes einzelne Projekt – beispielsweise im staatlichen Hochbau –, das aus der Sanierungsrücklage finanziert wird. Es sind also Sie, die Parlamentarier und Parlamentarierinnen, die über die Verwendung der Sanierungsrücklage entscheiden. Sie haben das letzte Wort. Bei der Rücklage handelt es sich nicht um eine schwarze Kasse, sondern sie ist im Haushalt vollumfänglich abgebildet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Einnahmen des Landes stark angestiegen sind. Das ist richtig. An Steuereinnahmen des Landes sind im Jahr 2012 – brutto, nicht netto, Herr Rülke – 29 Milliarden € zu verzeichnen. Das sind 5 Milliarden € mehr als noch 2009.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aber jetzt blicken wir noch einmal auf das letzte Jahr vor der Wirtschaftskrise zurück, auf das Jahr 2008. Da wurden für 2012 Bruttosteuerermehreinnahmen von nur 2,3 Milliarden € erwartet – netto 1,7 Milliarden €. Jetzt kommt der entscheidende Punkt, der uns zu schaffen macht: Im gleichen Zeitraum von 2008 bis 2012 sind die Personalausgaben um 2,1 Milliarden € gestiegen. Das heißt, Nettosteuerermehreinnahmen von 1,7 Milliarden € stehen um 2,1 Milliarden € gestiegene Personalausgaben gegenüber. Es gibt noch immer ein Minus, und das ist das, was den Landeshaushalt plagt, das ist das, was uns 2012 und in den Folgejahren zu schaffen macht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und dann stellen Sie noch zusätzlich Hunderte von Beamten ein, bei dieser Erkenntnis?)

Rund 600 Millionen € mehr Personalausgaben sind in der Haushaltsstruktur angelegt, wie wir sie vorgefunden haben. Das ist die Herausforderung. Da können Sie nicht nur einfach sagen: Es sind mehr Steuereinnahmen da, und deshalb ist alles goldig. Nein, wir haben strukturelle Personalausgabensteigerungen, die uns 2012 dazu zwingen, die Beamtenschaft des Landes um einen Beitrag zu bitten, und die uns auch in den Folgejahren dazu zwingen werden, die Personalausgaben in den Landeshaushalten zu durchforsten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Einseitige Belastung einer Bevölkerungsgruppe!)

– Wenn Sie sagen, das sei ein einseitiges Sparopfer,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jawohl! Nicht am Aufschwung beteiligt!)

dann sieht man Ihnen die Krokodilstränen förmlich an der Wange herunterlaufen, lieber Herr Herrmann; denn es war Ihre Regierung, die die Tarifierung allein in diesem Jahrtausend viermal verzögert hat. 2000, 2001, 2004 und 2008 haben Sie die Tarifierung verzögert.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: In schlechten Zeiten, jawohl!)

Insofern ist es jetzt einfach, in der Opposition ein Sparopfer der Beamten zu beklagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ich will noch eines klarstellen, weil die CDU bis in die Dritte Beratung des Haushalts hinein leider nicht nachlässt, die Streichung der Übertragung von Kreditermächtigungen zu fordern.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Richtig!)

Die Übertragung von Einnahmeresten ist seit 1955 ständige Haushaltspraxis.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Sitzmann hat gesagt: 2011 und 2012 keine neuen Schulden!)

Sie beruht auf der Regelung von § 25 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung, die lautet – ich zitiere –:

Der Überschuss oder der Fehlbetrag ist der Unterschied zwischen den tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahmen) und den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgaben) zuzüglich des Unterschieds zwischen den ... in das kommende Jahr zu übertragenden Einnahme- und Ausgaberesten.

Wir halten uns streng an diese Vorschrift.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Frage ist doch, ob Sie es nutzen wollen!)

Denn die Übertragung dieser Einnahmereste – auch in Form der Kreditermächtigungen – dient der Abdeckung von Ausgaberesten, die wir auch übernommen haben.

Übrigens haben Sie in Ihrer Regierungszeit die Ausgabereste massiv ansteigen lassen, sodass wir heute Ausgabereste von weit über 1 Milliarde € haben. Selbstverständlich brauchen wir dann auch eine rechnermäßige Deckung über die Übertragung von Einnahmeresten. Daran ist nichts Verwerfliches.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie nehmen halt Schulden auf!)

Das ist haushaltsrechtlich korrekt. Deshalb bitte ich Sie, diesen Vorwurf zurückzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Groh CDU: Kreditaufnahme! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie nehmen Schulden auf! Frau Sitzmann hat gesagt: 2011 und 2012 keine neuen Schulden! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herrmann?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Minister, ich frage Sie: Warum haben Sie denn nicht den Überschuss von über 1 Milliarde € aus dem letzten Jahr als Einnahmerest genommen, um damit die Ausgabereste zu decken?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Kollege Herrmann, wir haben im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ausgiebig darüber diskutiert. Wir haben die Mittel direkt in den Haushalt eingestellt. Das ist genauso zulässig wie die Übertragung.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zulässig ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Zulässig, ja!)

Wir brauchen das selbstverständlich zur Deckung des Haushalts – das ist doch klar –, sonst müssten wir neue Schulden machen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist eigentlich Ihr Anspruch?)

Es ist doch logisch, dass wir Steuermehreinnahmen dazu verwenden, keine neuen Schulden aufzunehmen. Das ist doch das, was wir in dieser Situation machen müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Keine neuen Schulden aufnehmen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie muss ein Haushalt aussehen, damit Sie Schulden zurückzahlen?)

Der Haushalt 2012 trägt die Handschrift der Landesregierung. Das Neue ist gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es ist gut, dass die über 3 300 rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für die Unterrichtsversorgung erhalten bleiben,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

dass wir beispielsweise 200 feste Stellen für die Krankheitsvertretung an den Schulen ab dem nächsten Schuljahr schaffen. Es ist gut, dass diese Stellen für alle Schularten zur Verfügung stehen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Denn entgegen Ihrer Märchenstunde werden für die Gemeinschaftsschule gerade einmal 60 zusätzliche Stellen benötigt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 1,7 %! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei 32 Schulen!)

Bei 3 300 Stellen, die allen Schularten im Land zugutekommen, können Sie doch nicht ernsthaft behaupten, die Gemeinschaftsschule würde die gesamte Unterrichtsversorgung kanibalisieren. Das ist schlicht und ergreifend unwahr.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die 3 000 Stellen hätten alle Regierungen belassen! Das ist doch nur ein Einstieg! Sie wollen doch nur Gemeinschaftsschulen!)

Das Neue ist gut, wenn wir die Mittel für die Kommunen zur Betreuung der Kinder unter drei Jahren um ca. 300 Millionen € aufstocken. Das Neue ist gut, wenn der Zugang zu Hochschulen in Baden-Württemberg endlich nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Das Neue ist gut, wenn es ein Landesarbeitsmarktprogramm für die benachteiligten Arbeitslosen gibt. Das Neue ist gut, wenn die Polizei eine bessere Technikausstattung bekommt. Das Neue ist gut, wenn wir mehr für die Energiewende tun. Das Neue ist gut, wenn wir

die Mittel für den sozialen Wohnungsbau erhöhen. Und das Neue ist gut, wenn Verbraucherschutz und Naturschutz nicht mehr das fünfte Rad am Wagen, sondern endlich auch Schwerpunkte der Landesregierung sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben zu Recht immer wieder den Satz beschworen, dass in guten Zeiten die öffentlichen Haushalte ruiniert werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie jetzt!)

Ich sage Ihnen eines: Wenn ich mir die Qualität Ihrer Finanzierungsvorschläge für den Haushalt anschau, kann ich in der Tat feststellen: Wenn Sie die Verantwortung trügen, dann würden Sie in guten Zeiten den Haushalt weiter ruinieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie wollen ein Lebensarbeitszeitkonto einführen und stellen dafür 50 Millionen € als Gegenfinanzierung ein. Aber wo ist die rechtliche Grundlage dafür? Sie haben es nicht einmal in Ihrer Regierungszeit geschafft, die rechtlichen Voraussetzungen für das Lebensarbeitszeitkonto einzuführen – in der Opposition schaffen Sie das erst recht nicht. Deshalb ist das eine Luftnummer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wissen auch aus der Diskussion in der Vergangenheit: Ein Lebensarbeitszeitkonto verschiebt nur Lasten in die Zukunft;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

denn es entsteht ein Rückzahlungsanspruch, der in den Folgejahren befriedigt werden muss. Sie müssen dann schon ehrlich sagen, wo die Einsparungen aus dem Lebensarbeitszeitkonto denn fällig würden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Eben!)

Nehmen wir die normale Verteilung über die Landesverwaltung hinweg, dann bedeuten 50 Millionen €, die durch das Lebensarbeitszeitkonto eingespart werden, dass etwa die Hälfte des Stellenabbaus im Bereich der Lehrerschaft stattfindet. Das bedeutet also noch einmal einen Aderlass von mehreren Hundert Lehrerstellen.

Gleichzeitig fordern Sie 600 zusätzliche Lehrerstellen zur Absenkung des Klassenteilers. Sie beklagen die strukturelle Belastung des Landeshaushalts,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten den Klassenteiler doch auf 25 absenken! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jahrelang wollten Sie 25!)

die durch die wenigen Neustellen, die wir beschlossen haben, eintreten würde – was gar nicht stimmt, denn wir führen sie wieder zurück. Dann treten die Apostel der Sparsamkeit auf und sagen mir nichts, dir nichts: Wir finanzieren erst einmal 600 zusätzliche Lehrerstellen, um den Klassenteiler weiter abzusenken.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Waren Sie eigentlich dagegen, den Klassenteiler abzusenken?)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Damit belasten Sie den Haushalt strukturell und werden es erst recht nicht schaffen, bis 2020 die Nullverschuldung zu erreichen. Einerseits zu fordern, man möge doch endlich einmal strukturell sparen, und andererseits dem Landeshaushalt zusätzliche Bürden aufzuerlegen, das passt nicht zusammen.

Sie müssen auch in Ihrer Bildungspolitik einmal Ordnung schaffen. Die einen sagen, es sei gar nicht so wichtig, den Klassenteiler abzusenken. Gleichzeitig stellen Sie einen Antrag im Landtag, den Klassenteiler weiter abzusenken. Klären Sie erst einmal in Ihrer eigenen Hütte, was die Bildungspolitik der CDU ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben auch die Klassenteilerwende geschafft!)

Dann jammern Sie über die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes. Dazu frage ich ganz einfach: Wo ist Ihr Vorschlag zur Gegenfinanzierung der 350 Millionen €, die wir zusätzlich in den Haushalt einstellen und die zum größten Teil den Kommunen zufließen, um die Kinderbetreuung auszubauen? Null Komma null Gegenfinanzierung. Stellen Sie sich endlich einmal Ihrer Verantwortung. Entweder Sie sagen, dass die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes richtig war, oder Sie legen hier und heute einen Vorschlag auf den Tisch, wie Sie 350 Millionen € gegenfinanzieren wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben sogar den grandiosen Vorschlag gemacht, man möge Altschulden tilgen. Das hört sich gut an.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Richtig!)

Aber schauen wir uns an, wer die Leidtragenden davon wären. Bei der von Ihnen beabsichtigten Altschuldentilgung würde die Sanierungsrücklage, die wir im Jahr 2012 noch gar nicht verwenden, aufgelöst mit der Folge, dass die verdeckte Verschuldung des Landes weiter ansteige. Sie würden die Sanierung von Hochschulgebäuden und Landesstraßen weiter verschleppen. Das heißt, die Schuldentilgung ginge zulasten der Sanierung und erhöhte damit die impliziten Schulden des Landeshaushalts.

Ihre andere Finanzierungsvariante ist die Wiedereinführung von Studiengebühren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Richtig!)

Ich sage Ihnen eines: Was ich nicht machen werde, ist, den Schuldenabbau einseitig zulasten von Studierenden dieses Landes durchzuführen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Generationengerechtigkeit!)

Die FDP/DVP beglückt uns immer mit ihrer Dauerplatte, man möge endlich Landesbeteiligungen privatisieren. Die LBBW wurde in den 15 Jahren Regierungszeit der FDP/DVP nicht privatisiert, sondern es wurden immer mehr private Banken von der LBBW aufgekauft. Insofern wissen wir, wie ernst dieses Unterfangen gemeint ist.

Sie wollen jetzt Landesanteile an der EnBW veräußern. Das wäre in der Tat gefährlich für das Rating der EnBW.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dasselbe hat der Ministerpräsident erzählt!)

– Lieber Herr Rülke, der Herr Ministerpräsident hat genau das nicht gesagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber wohl!)

Als Vertreter einer Wirtschaftspartei, auch wenn diese bei einem Stimmenanteil von nur noch 2 % hängt, lieber Herr Rülke,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: 1,2 %!)

sollten Sie schon den Unterschied zwischen der Veräußerung von Landesanteilen und der Finanzierung einer Kapitalerhöhung kennen. Das sind zwei grundverschiedene Ansätze. Ich bin mit dem Ministerpräsidenten völlig einig, dass dann, wenn eine Kapitalerhöhung bei der EnBW ansteht, die Eigentümer selbstverständlich prüfen sollten, ob ein dritter Investor, der auch ein industrielles Interesse und nicht nur ein kurzfristiges Finanzinteresse hat, bereit ist, einzusteigen. Für die jetzt anstehende Kapitalerhöhung hat sich diese Frage erledigt. Aber es ist eben ein himmelweiter Unterschied, ob man Landesanteile feilbietet, wie Sie es hier im Plenarsaal tun, oder ob man ein mögliches Wachstum der EnBW bei weiterer Kapitalerhöhung mithilfe Dritter stemmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesregierung freut sich über die große Einigkeit und Standhaftigkeit aller Fraktionen gegenüber dem Bund, was das Thema Verkehr angeht. Deshalb ist es schön, dass es diesen fraktionsübergreifenden Antrag gibt. Denn – wir haben das schon im Koalitionsvertrag festgestellt, und da gibt es auch keine Interpretationsspielräume – die Landesregierung ist davon überzeugt, dass die Verteilung der Bundesmittel auf die Bundesländer einem falschen Muster folgt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Schröder hat es doch verhindert!)

Wir brauchen belastungsorientierte Maßstäbe, um Bundesmittel in die Regionen der Republik zu leiten, in denen der größte Verkehrszuwachs prognostiziert wird. Das sind der Westen und der Süden und gebündelt dann der Südwesten der Republik. Deshalb fordern wir mehr Bundesmittel für unsere Bundesautobahnen und selbstverständlich auch für die Bundesstraßen hier im Land, die eine wichtige Funktion erfüllen, weil wir teilweise ein nicht so dichtes Autobahnnetz haben wie andere Teile der Republik.

Insofern freuen wir uns über die Rückendeckung. Minister Herrmann wurde durch das Votum des Parlaments für die schwierigen Verhandlungen mit dem Bund gestärkt. Die gesamte Landesregierung und – so hoffe ich – auch Sie in Ihren jeweiligen Bundestagsfraktionen werden sich dafür engagieren, dass Baden-Württemberg endlich das erhält, was dem Land für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zusteht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP: Mehr Engagement, mehr Leidenschaft! Anpacken! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Deshalb sollten wir diese Einigkeit jetzt auch nicht durch zweitrangige Fragen wie solchen zur Planung von Bundesverkehrsstraßenbau Maßnahmen im Gesamtvolumen von 900 Millionen € im Bau, und wir haben Maßnahmen im Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden € planreif. Insofern stellt sich schon die Frage, wie viel wir aktuell in die Planung investieren sollten; denn der Rechnungshof hat uns ja zu einer sparsamen Haushaltsführung angehalten. Ich glaube, an diesem Punkt sollten wir uns gerade auch im Land an dieser zweitklassigen Frage nicht in die Haare bekommen.

Wir wissen, dass eine nachhaltige Konsolidierung nur dann möglich ist, wenn auch der Länderfinanzausgleich reformiert wird. Das haben wir von Anfang an gesagt. Es gibt auch in diesem Haus seit Jahren eine große Einigkeit darüber, dass der Länderfinanzausgleich falsche Anreize setzt, und zwar für Geber- wie auch für Nehmerländer. Denn wenn man seine Einnahmesituation verbessert, verliert man – als Geber – aufgrund höherer Zahlungen in den Länderfinanzausgleich wieder Geld oder erhält man – als Nehmer – weniger Geld aus dem Länderfinanzausgleich. Beides ist anreizfeindlich, und deshalb ist dieses System in der Tat bescheuert und muss verändert werden.

Dazu gibt es verschiedene Modelle. Wer verhandeln will, wer in das Gespräch mit anderen politischen Kräften eintreten will – auch mit den anderen Bundesländern –, sollte diese Modelle auch offenlegen. Ein Modell hat der Ministerpräsident genannt: Das ist die völlige Abschaffung des Länderfinanzausgleichs. Darüber wird in der Wissenschaft schon sehr lange diskutiert, auch strittig, weil dann immer auch die Frage aufgeworfen wird, ob es den Föderalismus infrage stellt, wenn Bundesländer zu Kostgängern des Bundes werden. Aber ein solcher Schritt hätte eben auch eine große Vereinfachungswirkung, würde also die Last der Umverteilung auf den Bund verlagern.

Egal, wie man es angeht: In jedem Fall wäre eine Verfassungsänderung erforderlich.

Auch andere Modelle wurden in diesem Haus bereits einvernehmlich diskutiert,

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine Klage!)

beispielsweise das Einführen von Hebesatzrechten der Länder in Bezug auf die Einkommensteuer, eine mögliche Vermögensteuer oder die Erbschaftsteuer, jedenfalls in Bezug auf die Steuern, die dem Land zufließen. Das würde uns alle und insbesondere das Parlament stärken. Denn das Parlament würde dann den Hebesatz gegenüber der Bürgerschaft verantworten. Das würde dazu führen, dass wir aus Steuermehreinnahmen mehr für den Landeshaushalt erhalten könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Glocke des
Präsidenten)

Wir, die Landesregierung, sind unverändert der Auffassung – –

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, könnten Sie uns einmal die Position der Regierung erläutern, wie Sie in diese Verhandlungen eintreten wollen? Denn unstrittig ist – ich glaube, da sind wir einer Meinung –, dass Verhandlungen geführt werden müssen. Das ist Ihr Wille; denn Sie sind ja nicht zu einer Klage bereit. Aber wer Verhandlungen führen will, muss zunächst einmal Problemlösungen oder zumindest Modelle hierfür anbieten. In den letzten Tagen waren seitens der Regierung jedoch nur Dissonanzen zu hören.

(Zuruf: So ist es!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Es gibt keine Dissonanz in der Regierung. Aber Sie haben vollkommen recht, lieber Herr Hauk: Wer in Gespräche und Verhandlungen eintreten will, muss Reformmodelle parat haben und sollte nicht einfach nur auf die anderen einprügeln

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zum Beispiel!)

– zum Beispiel.

Insofern haben wir genau dies getan. Ich habe die Bandbreite der Modelle erläutert. Erfahrungsgemäß braucht man für eine Verhandlungslösung viele Spielräume. Man wird nicht mit einem Vorschlag alle Probleme lösen, sondern man wird in diesem Geben und Nehmen bei der notwendigen Kompromissfindung – das ist der Wesenskern von Demokratie auch zwischen Bundesländern – viel auf den Tisch legen müssen und dann austarieren müssen, ausloten müssen, welche Wege möglich sind.

Damit wir uns nicht missverstehen: Die Klage bleibt auf dem Tisch – als Ultima Ratio. Wir sind bloß der Überzeugung, dass die Klage allein keinen neuen Länderfinanzausgleich basteln wird, sondern das muss schon die Politik lösen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des
Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Hauk?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Herr Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, vielleicht können Sie noch einmal konkretisieren, wann und in welcher Form Sie in Verhandlungen eintreten wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wäre Blödsinn!
Doch nicht öffentlich!)

Wird das wieder in einem Kaminesgespräch bei irgendeiner Ministerpräsidentenkonferenz passieren, oder wollen Sie das Thema auch tatsächlich aktiv aufgreifen?

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Was wir sicher nicht tun werden, ist, dass wir die Verhandlungen über Interviews oder über gegenseitiges Gebrüll führen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Manche Äußerungen aus Bayern und leider auch manche Äußerungen aus Baden-Württemberg in der Vergangenheit, in der Mappus-Regierungszeit, haben die Gesprächsatmosphäre nicht befördert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Erblast! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann machen wir gar nichts! – Abg. Peter Hauk CDU: Was machen Sie denn dann? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir sollten bei diesem Thema, bei dem es um knallharte Landesinteressen, aber auch um das Miteinander der Bundesländer in einem Bundesstaat geht, schon überlegen, in welcher Tonlage wir diskutieren. Denn wer etwas bewegen will, muss durch Vernunft überzeugen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie nicht, was Sie nicht tun wollen, sondern sagen Sie, was Sie tun wollen! – Abg. Peter Hauk CDU: Was wollen Sie wann tun?)

Wir werden die Gespräche auf den verschiedenen Ebenen führen. Der Ministerpräsident hat das Thema in der Ministerpräsidentenkonferenz angemeldet. Wir werden es in der Finanzministerkonferenz selbstverständlich thematisieren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wann ist die? Einmal im Jahr, zweimal im Jahr?)

Wir werden diese Gespräche so führen, dass Ergebnisse herauskommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darüber freuen wir uns!)

Das heißt nicht, dass wir das Thema über Vorfestlegungen oder über schenkelklopfendes Auftreten, über das Hochhalten der eigenen, hundertprozentigen Unfehlbarkeit angehen, sondern das heißt, dass wir ernsthaft darüber reden: Welche Modelle gibt es, und wie schaffen wir es, bis 2019 einen neuen Finanzausgleich hinzubekommen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht schwätzen, machen!)

Wenn die Gesprächsbereitschaft der Länder eben nicht da ist, bleibt selbstverständlich der Gang zum Bundesverfassungsgericht offen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, wann wollen Sie das denn feststellen?)

Wir lassen uns da nicht öffentlich unter Zeitdruck setzen. Verhandlungen werden dadurch definiert, dass man erst einmal anfängt und dass wir bis 2019 einen neuen Finanzausgleich brauchen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So lange schwätzt ihr und zahlt!)

Wer meint, er könne vor 2019 große Veränderungen erreichen, der lügt sich etwas in die Tasche, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn man so herangeht!)

Uns wäre es – so haben wir das auch im Koalitionsvertrag festgelegt – am liebsten, wir würden uns über eine neue Reformkommission zwischen Bundestag und Bundesrat verständigen, um diese Themen auszubreiten und dann auch zu diskutieren. Mit Blick auf das Ende der Legislaturperiode des Bundestags muss man sich allerdings fragen, ob das in der jetzigen Legislaturperiode des Bundestags noch realistisch ist oder ob das dann ein neuer Bundestag angehen muss.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also die nächsten eineinhalb Jahre nicht!)

Das ist dann Sache einer solchen Reformkommission, die das richtige öffentliche Forum und auch das demokratisch legitimierte Forum wäre, weil es Vertreter von Bundestag und Bundesrat wären, die das Ganze dann aushandeln würden. Das wäre das richtige Forum. Wer meint, man müsse bloß wie ein Zicklein immer auf den Stuhl springen und sagen: „Reform des Länderfinanzausgleichs, Reform des Länderfinanzausgleichs“, und dann würde sich etwas ändern, der irrt sich total.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wessen die Leute auch allmählich überdrüssig sind, das sind die dauernden Klageankündigungen, denen dann keine Taten folgen. Deshalb gilt es, auch mit der Androhung einer Klage sehr sorgfältig umzugehen, weil sonst der Eindruck erweckt wird, da würden Leute die Backen aufblasen – bei Herrn Mappus z. B. war das ja sichtbar –, und dann würde nichts darauf folgen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass angesichts des Endes der Legislaturperiode im Deutschen Bundestag im September 2013 in den nächsten zwei Jahren nicht mit Verhandlungen zu rechnen ist?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Hauk, Sie haben mich bewusst falsch verstanden.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Entweder Sie haben nicht aufmerksam zugehört, oder Sie sind böswillig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Deswegen sage ich noch einmal – als Wiederholung –: Wir führen in der Ministerpräsidentenkonferenz, in der Finanzministerkonferenz die Gespräche zwischen den Ländern und würden uns wünschen – so haben wir es auch im Koalitionsvertrag festgelegt –, dass die Verhandlungen dann in eine Reformkommission münden – Föko III genannt –, in der Bundesrat und Bundestag zueinander finden. Wenn Bundestag und Bundesrat es sehr schnell einrichten können, werden wir sofort auch diesen formalisierten Verfahrensweg einschlagen. Aber wir sind schon jetzt dabei, diese Gespräche zu führen. Der Ministerpräsident hat auch genau dies bei seinem ersten Gespräch mit dem Südschienenpartner Seehofer vereinbart.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Insofern sage ich noch einmal: Wir sind aktiv. Wir wedeln aber nicht immer mit einer Klage, sondern uns geht es um Verbesserungen in der Substanz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Zum Schluss will ich noch auf die Herausforderungen der nächsten Haushaltsjahre eingehen und Ihnen sagen: Das ist erst der Anfang. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf, der enorm ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Euphemismus! Deckungslücken! Gewaltig! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Erblast!)

Ich habe auch dargestellt, worauf er zurückzuführen ist. Es geht aber darum, dass wir 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen – so, wie es die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse vorsieht. Es geht also auch hier erst einmal um die Substanz.

Ich lade Sie alle im Landtag ein, in den nächsten Wochen und Monaten strukturelle Einsparvorschläge zu entwickeln und darüber zu debattieren. Denn je mehr Ideen zusammenkommen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Keine Einheitsschule!)

desto besser.

Ich sage Ihnen aber ein Weiteres zu: Die Absicherung und Umsetzung der Schuldenbremse in der Landesverfassung oder in der Landshaushaltsordnung – bisher haben wir eine Regelung in der Landshaushaltsordnung – ist Gegenstand eines interfraktionellen Dialogs. Ich habe Sie, sehr verehrte Fraktionsvorsitzende, im Januar dieses Jahres dazu eingeladen und habe darauf hingewiesen, dass wir ein Gutachten zum Thema „Umsetzung der Schuldenbremse in baden-württembergisches Landesrecht“ in Auftrag geben. Das Gutachten wird Ende des Frühjahrs vorliegen. Wir werden es Ihnen zur Verfügung stellen.

Außerdem möchte ich Sie ausdrücklich einladen, dass wir im Parlament gemeinsam über die Frage reden: Wie kann die Anforderung des Grundgesetzes, in welcher Form auch immer,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, die Anforderung der LHO!)

in einer Verfassungsänderung oder in einer Änderung der LHO, umgesetzt werden? Über all das kann man dann en detail diskutieren. Ich lade Sie ausdrücklich dazu ein. Wir sollten dies aber auch auf einer gesicherten Grundlage tun. Denn es ist doch ein bisschen arg durchsichtig, dass Sie den Vorschlag, zu dessen Einbringung Sie in Regierungsverantwortung nicht die Kraft hatten, jetzt zu Oppositionszeiten in die Verfassung „lupfen“ wollen. Deshalb lade ich Sie auch hier zu einem substanziellen Dialogprozess ein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Erlauben Sie mir zum Schluss dann doch zu sagen, wie das mit „Hans im Glück“ endet. Ich zitiere:

„So glücklich wie ich“, rief er aus,

– Hans im Glück –

„gibt es keinen Menschen unter der Sonne.“

So steht ein glücklicher Finanzminister mit einer Nullneuerschuldung vor Ihnen.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hatte den gleichen Realitätsverlust, wie Sie ihn haben!)

Präsident Guido Wolf: In der zweiten Runde hat sich Frau Kollegin Aras noch einmal gemeldet.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE fährt das Rednerpult nach unten. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben nicht die Größe!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Solche Kommentare sprechen für sich –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ist okay!)

für Sie und Ihre Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollegin Razavi, wenn Sie sonst nichts zu tun haben, gehen Sie ruhig ins Archiv und suchen unsere Anträge. Davor habe ich überhaupt keine Angst; denn bei uns gilt im Gegensatz zu Ihnen der Grundsatz: Qualität vor Quantität, Klasse statt Masse.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben schon an diversen Stellen im Parlament im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik darüber diskutiert, dass wir mit dem Wunschdenken aufhören müssen. Wir müssen aufhören, die Politik an der Frage auszurichten: Welcher Abgeordnete hat im Wahlkreis was zu verteilen? Bisher ging es nicht um Sinnhaftigkeit und um Prioritäten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es geht um Menschen, die unter Verkehrsbelastungen leiden! Darüber reden Sie gar nicht!)

(Muhterem Aras)

Es ging nicht um Nachhaltigkeit oder um Sonstiges, sondern es ging ausschließlich darum, wer ein Wahlgeschenk verteilen darf.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Damit ist zum Glück endlich Schluss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir haben gesagt, dass wir natürlich erst die begonnenen Maßnahmen beenden müssen, bevor wir mit neuen Maßnahmen beginnen können. Alles andere ist unseriös.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist doch selbstverständlich! Das haben wir immer gemacht!)

– Bei Ihnen ist das nicht klar.

(Zurufe von der CDU, u. a.: So ein Blödsinn!)

Das Geld würde gar nicht reichen. Das wissen Sie ganz genau. Sie haben immer mit einem Bauabschnitt begonnen, haben sich aber nicht überlegt, was kommen wird und ob die Finanzen reichen. Das war Ihre Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Haben wir jemals eine Maßnahme nicht zu Ende geführt? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, die Märchenzeit hat viel zu lange gedauert, nämlich 58 Jahre.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Da ging es dem Land gut!)

In der vergangenen Woche habe ich anhand mehrerer Beispiele aufgezeigt, wie inkompetent die CDU im Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik war.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank! Sie sind jetzt da! Das macht mir Hoffnung!)

– Es freut mich, dass Sie glücklich sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt waren Sie einmal freundlich!)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Köberle?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Am Ende meiner Rede.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt lächelt sogar die CDU! – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt würden wir nur Zwischenrufe machen, weil keine Zwischenfragen zugelassen werden!)

Ich kann heute noch einmal drei Punkte aus der Rede der vergangenen Woche herausgreifen, weil das anscheinend noch

immer nicht angekommen ist. Manchmal hilft es, es mehrmals zu hören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! Wiederholung ist ein wichtiges Element der Pädagogik! Vertiefende Wiederholung!)

Erstens: Erhalt von Landesstraßen. Wer hatte erst 50 Millionen € in der Finanzplanung gehabt, liebe CDU? Wer hat diese Mittel kurz vor der Wahl um 50 Millionen € erhöht? Das waren doch Sie. Ist das kein Wahlgeschenk? Das ist doch keine seriöse Finanzpolitik.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine Notwendigkeit! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Warum besteht einen Monat vor der Wahl hierzu die Notwendigkeit? Gott sei Dank finden Wahlen nicht so häufig statt, sonst würde viel Unsinn passieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer hat die EU-Fördermittel, die bis 2013 vorgesehen sind, schon im Wahljahr 2011 ausgegeben? Dabei haben Sie ganz stolz behauptet, dies sei eine Punktlandung gewesen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Lieber Herr Kollege Hauk, ich würde sagen, das war eine Bruchlandung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wahrheit, Klarheit – das steht bei Ihnen nicht so groß im Raum. Wer hat im Jahr 2004 künftige Zinseinnahmen im Voraus verkauft, einmalig 550 Millionen € in den Haushalt hineingespült

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eingestellt!)

und so getan, als ob der Haushalt stimmen würde? Das war reine Haushaltskosmetik. Das hatte nichts mit seriöser Finanzpolitik zu tun.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was machen Sie jetzt?)

– Wir machen so etwas nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Doch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nie machen wir so etwas! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niemals!)

Allein dieses Instrument des Verkaufens zukünftiger Zinseinnahmen belastet unseren jetzigen Haushalt mit 79 Millionen €, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Was heißt „belastet“?)

So viel zur Nachhaltigkeit und zu Ihrer fehlenden Kompetenz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das belastet doch nicht!)

(Muhterem Aras)

Außerdem beschweren Sie sich, dass wir keine Schulden tilgen. Was für Deckungsbeiträge bringen Sie denn? Was für Vorschläge machen Sie denn? Der einzige Vorschlag, der Ihnen dazu eingefallen ist, ist die Auflösung der Investitionsrücklage von 264 Millionen €, die wir noch im Haushalt haben.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ich habe es in der vergangenen Woche bereits zitiert, zitiere es in dieser Woche aber gern noch einmal.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich zitiere aus der Begründung des im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beratenen Antrags 12/3, der von Ihnen eingebracht wurde:

Eine Investitionsrücklage ist für sich genommen grundsätzlich finanzpolitisch sehr zu begrüßen, zumal in der Vergangenheit die Investitionshöhe unter den Abschreibungswerten lag, also Vermögensverzehr stattfand.

Immerhin haben Sie nach einem Jahr in der Opposition diese Einsicht; das ist gut.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die haben wir schon im letzten Jahr gehabt! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ein unvollständiges Zitat, Frau Aras!)

Den Folgeschritt, die Konsequenz daraus zu ziehen, haben Sie noch nicht geschafft. Aber Sie haben ja noch ein paar Jahre Zeit, daraus zu lernen und die entsprechenden Anträge zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Einen Satz zu Herrn Rülke: Lieber Herr Rülke, dass die FDP eine Ein-Themen-Partei war und engstirnig ist, war mir bekannt. Aber dass auch Sie persönlich solch einen engen Horizont haben, das überrascht mich doch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kommen Sie einmal von Ihrem hohen Ross herunter! – Abg. Peter Hauk CDU: Langsam, langsam! Machen Sie einmal halblang! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So erreichen Sie uns nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie behaupten, dass die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes ein Mobilitätshemmnis darstelle. In welcher Welt leben Sie denn?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie einmal beim RWI nach! Die haben etwas mehr Ahnung als Sie!)

Wissen Sie, wonach die Menschen schauen? Die Menschen schauen: Welche Infrastruktur wird vorgehalten? Wie sind die Bildungschancen in einem Land? Wie sind die Aufstiegschancen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist keine vertiefende Wiederholung!)

Wie sind die Arbeitschancen? In welcher Umwelt leben wir? In welcher Solidargemeinschaft leben wir?

(Abg. Tanja Gönner CDU: Man muss es sich auch leisten können, Frau Aras!)

Das sind Fragen, mit denen man sich beschäftigt, aber nicht nur mit der Frage, ob der Grunderwerbsteuersatz um 1,5 Prozentpunkte gestiegen ist oder nicht. So viel zu Ihrem engen Horizont.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Super! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die Nachfrage des Herrn Kollegen Köberle. Bitte.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Liebe Frau Kollegin, können Sie, damit Sie Ihrem Anspruch nach Klarheit und Wahrheit auch gerecht werden, aufzählen, welche vom Land hart erkämpften Neubeginne bei Bundesstraßenbaumaßnahmen nicht zu Ende gebaut worden sind?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was?)

Eine zweite Frage:

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie haben noch eine Frage?)

Im Landesstraßenbauprogramm behaupten Sie, wir würden uns nicht an Prioritäten orientieren, sondern Wahlgeschenke an Kollegen machen. Ich darf Sie fragen: War die teuerste Landesstraßenbaumaßnahme, der Schriesheimer Tunnel mit einem Finanzvolumen von über 65 Millionen €, ein Wahlgeschenk an den Kollegen Sckerl?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen – Zurufe von den Grünen)

– Moment, die Frage kommt noch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Kollege Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Wäre es nach Ihrer Theorie nicht besser gewesen, wenn wir mit diesen 60 Millionen € mehr Landesmaßnahmen quer über das Land begonnen hätten, die im Durchschnitt etwa 2 Millionen € gekostet hätten?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lieber Kollege, ich kann Ihnen als nicht beendete Straßenbaumaßnahme z. B. die B 10 nennen. Ich bin keine Verkehrspolitikern.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber die befindet sich noch im Bau!)

(Muhterem Aras)

– Die B 10 befindet sich im Bau, ist aber noch nicht beendet. Sie ist nicht realisiert.

(Lachen bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch
CDU: Die ist echt goldig! – Gegenrufe von den Grünen – Unruhe)

– Ich habe nichts anderes gesagt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist ein Eigentor ohne gleichen, Frau Aras! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die Kollegin Aras hat das Wort. Bitte schön.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Dann – –

(Fortgesetzte Unruhe)

Präsident Guido Wolf: Die Frau Kollegin Aras hat das Wort!

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Dann zu der Frage, ob es sich bei der Maßnahme um ein Wahlgeschenk an meinen lieben und sehr geschätzten Kollegen Uli Sckerl handle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das klingt gefährlich!)

Erstens: Ich habe nicht gesagt, dass wir nach dem Gießkannenprinzip einfach die von Ihnen erwähnten 65 Millionen € – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben uns das vorgehalten!)

– Moment! Ausreden lassen, dann werden Sie die Antwort hören. – Prioritäten zu setzen bedeutet nicht, dass man die Mittel nach dem Gießkannenprinzip einfach quer über das Land verteilt.

(Abg. Karl Klein CDU: Wahlgeschenke!)

Das wäre genau das Gegenteil.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gleichmäßige Entwicklung!)

– Nein, Prioritäten zu setzen heißt, zu überprüfen, ob eine Straße auch Sinn macht, ob sie notwendig ist und welche Wirkung sie für die Menschen vor Ort hat. Danach entscheide ich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz sicher haben Sie die eine oder andere Priorität auch gesetzt. Aber Sie haben nicht nur das getan. Denn es ging sehr stark auch nach den Wahlkreisen und den Wahlgeschenken.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben unser Herz nicht erreicht!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! In der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse der Zweiten Beratung,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Drucksachen 15/1220 und 15/1221.

Wir stimmen zunächst über den Staatshaushaltsplan 2012 ab. Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Drucksache 15/1220.

(Minister Franz Untersteller sitzt noch auf der Regierungsbank. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Franz, runter! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie plündern ja die Regierungsbank!)

– Alles geklärt?

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass, wie es in früheren Jahren praktiziert wurde, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufgerufen und zur Abstimmung gestellt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Die Entschließungsanträge werde ich beim entsprechenden Einzelplan aufrufen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Einzelplan 05
Justizministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11
Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12
Allgemeine Finanzverwaltung

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13
Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1262-1, sowie den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1262-2.

Ich lasse zunächst über den interfraktionellen Entschließungsantrag Drucksache 15/1262-1 abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1262-2, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 15
Ministerium für Integration

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur *A b s t i m m u n g* über das Staatshaushaltsgesetz 2012. Abstimmungsgrundlage ist Drucksache 15/1221.

Ich rufe auf

§ 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist einstimmig zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

§ 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Ich schlage vor, in den Nummern 4 und 5 in Absatz 2 eine sprachliche Doppelung zu bereinigen, nämlich zu Beginn dieser Nummern die Worte „im Haushaltsjahr 2012“ zu streichen. Diese Worte stehen bereits am Anfang des Absatzes vor der Aufzählung.

Wer § 5 mit dieser redaktionellen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6 a

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 a ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 7 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 10

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 12 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 13 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 14 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 15

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 15 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Februar 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes – Drucksache 15/1011

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierung verzichtet auf eine Begründung. Die Fraktionen sind übereingekommen, bei der Ersten Beratung keine Aussprache zu führen.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1011 zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern – Drucksache 15/891 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die folgenden Redezeiten wurden vereinbart: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort zur Begründung des Antrags.

Abg. Volker Schebesta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Bildungsrepublik Deutschland“, das ist die Formulierung, der unseres Erachtens Schulpolitik gerecht werden muss. Sie steht in dem Papier der Bundes-CDU, aus dem Sie, Frau Ministerin, und die grün-roten Regierungsfractionen an anderer Stelle gern zitieren. Dieses Papier beinhaltet auch die Leitlinie, Qualität und Gerechtigkeit in den Schulen zu erreichen.

Heute wollen wir mit der Beratung über unseren Antrag den Blick auf die Gymnasien lenken, darauf, ob die Regierungspolitik von Grün-Rot bei den Gymnasien dieser Leitlinie gerecht wird. Wir haben in der CDU-Landtagsfraktion und den von der CDU geführten Landesregierungen immer Wert auf die Qualität des baden-württembergischen Abiturs und auf einen hohen Anspruch für dieses Abitur gelegt. Auch deshalb haben wir uns für Bildungsföderalismus eingesetzt, denn wir wollen keinen Mittelweg bei den unterschiedlichen Ansprüchen an die Abiturleistungen der einzelnen Bundesländer in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind dabei in Baden-Württemberg erfolgreich gewesen, weil wir einen hohen Anspruch hatten und die Schülerinnen und Schüler mit diesem hohen Anspruch gut auf ihr Studium, ihre Berufslaufbahn und ihr Leben insgesamt nach dem Abitur vorbereitet gewesen sind.

Bildungsföderalismus heißt aber auch, sich den Diskussionen über die Auswirkungen zu stellen. Was ist mit der Mobilität zwischen den einzelnen Bundesländern, die zugenommen hat? Was ist mit der Anschlussfähigkeit in unterschiedlichen Bil-

dungsgängen, die zum Abitur führen? Was ist mit der Transparenz von Schülerleistungen auf dem Weg zum Abitur? Wie sieht es mit dem Studienzugang aus? Müssen baden-württembergische Schülerinnen und Schüler mehr leisten, um die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum Studium zu haben? Alle Antworten auf diese Fragen dürfen nicht zu Abstrichen an den Anforderungen an das Abitur führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Frau Ministerin, sind wir uns bei dem ersten Schritt, um dies bundesweit zu erreichen, nämlich Bildungsstandards für das gymnasiale Abitur zu erreichen, mit Ihnen einig. Die SPD-geführten Kultusministerien mussten da lange angeschoben werden. Wir haben aber jetzt die Zielrichtung hin zur Schaffung von Bildungsstandards. Wir wollen dabei klare Anforderungen für verbindliche Standards auf hohem Niveau.

Aber Sie dürfen nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Denn wer sich an die Bildungsstandards hält, braucht vor Prüfungen mit vergleichbaren Aufgabenstellungen keine Angst zu haben. Vor allem gilt auch umgekehrt: Wer Bildungsstandards will, der braucht auch die Messlatte gemeinsamer Prüfungen als hilfreiches Instrument, um dies zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das war der Grund dafür, dass sich Baden-Württemberg auf den Weg gemacht hat, mit anderen Bundesländern ein Länderabitur zu erreichen. Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben sich der Mühe unterzogen, einen gemeinsamen Aufgabenpool für die Abiturprüfungen zu erarbeiten. In Ihrer Stellungnahme, Frau Ministerin, zu unserem Antrag steht, dass Sie sich seit September 2011 nicht mehr daran beteiligen, dass Baden-Württemberg nicht mehr den Weg zum Länderabitur verfolgt, dass Sie keine Mitglieder mehr in die Steuerungsgruppe zu dem Projekt „Länderabitur“ entsenden.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sang- und klanglos haben Sie diesen Weg eingeschlagen. Erst durch unseren Antrag ist dies öffentlich bekannt geworden. Das zeigt, dass Sie dabei zumindest ein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Dieses schlechte Gewissen haben Sie zu Recht; denn wir brauchen das Vorangehen von Ländern mit hohem Anspruch ans Abitur, um in der Diskussion über die Auswirkungen von Bildungsföderalismus nicht dazu zu kommen, dass bundesweit das Abitur den Ansprüchen, die wir hier stellen, nicht gerecht wird. Ohne diesen Druck, ohne diese Messlatte von gemeinsamen Prüfungsaufgaben sind Sie bei der Umsetzung, bei der Durchsetzung der Bildungsstandards nur ein zahnsloses Tigerweibchen, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD war jahrelang gegen Bildungsstandards. Das Vorangehen gerade aus Baden-Württemberg heraus hat die Bil-

(Volker Schebesta)

dungsstandards in Deutschland durchgesetzt. Wir sind mit vorangegangen für ein Länderabitur. Bleiben Sie auf diesem Weg. Wir fordern Sie dazu auf, den Weg zum Länderabitur weiterzuverfolgen und auch sonst alles zu tun, um das Niveau von Baden-Württemberg zu halten, es in anderen Bundesländern zu erreichen und in der Diskussion um die Vergleichbarkeit keine Abstriche zu machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Bei den Grünen hat das Thema aber einen hohen Stellenwert! – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Dort sind jetzt fast so viele anwesend wie von der FDP/DVP! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Aber nicht in die Richtung, in die Sie denken.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst einmal ein Blick nach Baden-Württemberg. Welche Ausgangslage gibt es in Baden-Württemberg? Wir haben neben den allgemeinbildenden Gymnasien die Möglichkeit, das Abitur am Abendgymnasium abzulegen, und wir haben starke berufliche Gymnasien, auf die man in der Vergangenheit gesetzt hat und auf die wir auch in der Zukunft setzen werden. Gerade die beruflichen Gymnasien bieten in Baden-Württemberg einen wichtigen Beitrag zu einem durchlässigen, anschlussfähigen Bildungssystem.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie holen aber weit aus!)

– Ja? – Knapp 30 % der Schulabgänger mit Hochschulreife erlangen hier ihre Qualifikation für die Hochschulreife.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Dadurch ergibt sich aber, dass wir in Baden-Württemberg unterschiedliche Abiturprüfungen haben. Es muss daher der erste Ansatz sein, dass man den Blick auf das eigene Bundesland richtet

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird es interessant!)

und hier einheitliche Standards und eine Vergleichbarkeit beim Abitur schafft.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja weltfremd!)

Bei der anstehenden Bildungsplanreform wird es daher ein wichtiges Ziel sein,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind die Abschlüsse für Sie nicht gleichwertig?)

hier eine bessere Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Ich halte es für einen richtigen Ansatz, dass wir in Deutschland über erweiterte Kooperationsmöglichkeiten im Bildungsbereich diskutieren, keine Frage. Es ist auch der richtige Ansatz, dass wir über einheitliche Prüfungsstandards und Bildungsstandards, die durch das IQB ermittelt werden, eine bessere Vergleichbarkeit auf den Weg bringen –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zustimmung!)

allerdings nicht mit dem Blick auf ein Kernabitur, wie es von einigen Bundesländern favorisiert wird, da hierbei offensichtlich übersehen wird, dass ein Kernabitur einige große Schwachstellen hat und viele offene Fragen hinterlässt.

Allein die Annahme, dass die Gesamtleistung beim Abitur in der schriftlichen Abiturprüfung erbracht wird, ist schlichtweg falsch. Wer das Abitur absolviert hat, hat daran zwei oder mehr Jahre gearbeitet. In jedem Halbjahr werden Teilleistungen und Leistungen erbracht, die in die Abschlussnote einfließen. Die Noten am Ende der Schulzeit machen insgesamt nur rund ein Drittel der Gesamtnote aus, die schriftliche Abiturprüfung sogar noch weniger – knapp 25 % –, da die mündliche Prüfung nicht vereinheitlicht werden kann. Das heißt, zwei Drittel der Abiturnote und mehr werden unabhängig von der bisher landesweit zentral erbrachten Leistung ermittelt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was haben Sie dagegen einzuwenden? – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist aber doch gar nicht Gegenstand des Länderabiturs!)

– Natürlich.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nein!)

Denn wenn man das Länderabitur einführt, muss man auch hier einheitliche Standards veranlassen. Dann muss man die Oberstufen in Deutschland an das Kernabitur anpassen. Dann hat man diese Profilbildung, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, nicht mehr so wie bisher im Blick.

Klausuren, Referate, mündliche Beteiligung, Methodenkompetenz und persönlicher Einsatz des Schülers im Unterricht bilden derzeit den Grundstock für das Abitur. Das wäre in der Folge, wenn man weiter über das Kernabitur diskutiert, nicht mehr der Fall.

(Abg. Helmut Rau CDU: Das stimmt doch nicht! Quatsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Wieso denn?)

Abgesehen davon wäre der organisatorische Aufwand enorm und bürokratisch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt müssen Sie aber schauen, wie Sie mit diesen Aussagen die Kurve kriegen!)

Wir wollen die Schulen von Bürokratie entlasten und ihnen mehr Raum für die Wahrnehmung der eigentlichen Aufgaben geben, statt sie mit Schwierigkeiten und Schnellschüssen zu überhäufen. Allein die Terminfindung für das zentrale Abitur

(Abg. Volker Schebesta CDU: Zentrales Abitur?)

(Sandra Boser)

wäre vermutlich ein gordischer Knoten. – Wenn Sie wollen, Herr Schebesta, dass einheitliche Prüfungsaufgaben gestellt werden, die im ganzen Land – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aufgabenpool war das Ziel! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Pool, dann können sie aussuchen!)

– Ja gut. Das kommt in Ihrem Antrag aber nicht – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Anfang!)

Ihr Antrag läuft am Ende auf das Kenabitur mit den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache hinaus. Bei einem Kernabitur in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache hat deutschlandweit jeder das gleiche Abitur. Dann müssen Sie schauen, wie Sie einen Termin finden, damit im Prinzip alle an einem Tag dieses Abitur ablegen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Annahme, dass Schulabgänger generell bei der Aufnahme in die Hochschule deshalb ungleich behandelt werden, weil sie ihr Abitur in verschiedenen Bundesländern abgelegt haben, ist zwar bedenkenswert, aber derzeit am Ende doch hinfällig. Selbst wenn die schriftliche Prüfung zentral wäre, so sagt die Note des Bewerbers doch nur relativ wenig über seine Eignung und Fähigkeit für den Studiengang aus. Immer mehr Universitäten, Fakultäten und Fachbereiche wählen bei knappen Studienplätzen ihre Studierenden gezielt durch Eignungsprüfungen aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da spricht nichts dagegen!)

Wer sich Sorgen macht, dass baden-württembergische Abiturienten keinen Studienplatz erhalten, der sollte sich um den Ausbau der Studienplätze sorgen und nicht um deren Verteilung.

(Beifall bei den Grünen)

Eines ist auch klar: Nicht nur die persönliche Fähigkeit und der Einsatz eines Abiturienten beeinflussen seine Abschlussnote, sondern auch die Qualität der Schule. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Qualität unserer Schulen weiterzuentwickeln und den Schülerinnen und Schülern dadurch eine bessere Vorbereitung auf ihr Hochschulstudium mit auf den Weg zu geben.

Ich halte es, wie gesagt, für einen richtigen Ansatz, dass man in Deutschland über erweiterte Kooperationsmöglichkeiten im Bildungsbereich diskutiert. Hier sollte auch die CDU-geführte Bundesregierung endlich eingestehen, dass es im Bildungsbereich einzelne gesamtstaatliche Aufgaben gibt. Aber wir halten die Zielrichtung im Antrag der CDU-Fraktion unter den bestehenden Voraussetzungen erst einmal für den falschen Ansatz, um das Schulsystem weiterzuentwickeln. Die Bestrebungen nach einheitlichen Bildungsstandards sollten jedoch weiterverfolgt werden, um auch für Baden-Württemberg die notwendigen Verbesserungen anzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich dieses Thema auf der Tagesordnung fand, habe ich mich erst einmal gewundert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben uns auch gewundert!)

– Jetzt geht das wieder los.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist ein Thema, über das ich mich prinzipiell gern in einem Fachausschuss mit Ihnen unterhalten hätte, denn da gehört es hin. Ich als Neuling fände es spannend, dass wir uns darüber einmal austauschen. Das kann man in einer Plenardebatte nicht so gut.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich hatte übrigens, Herr Schebesta, im Entwurf meiner Rede auch folgenden Satz stehen: „Auf der anderen Seite tut es der Debatte im Saal auch gut, wenn wir einmal auf einer sachlichen Ebene diskutieren, ohne permanente ideologische Gräben.“ Dann habe ich das vorhin gestrichen. Aber nach Ihrem Beitrag habe ich mir gedacht: Doch, das musst du sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum? Sie schaffen etwas ab, was auf dem Weg war! Dann müssen Sie auch sagen, warum Sie das tun!)

Zur Zukunft bundesweiter zentraler Abiturprüfungen: Darüber ist ja in den vergangenen Jahren einerseits unter der Überschrift „Sommertheater“ diskutiert worden, andererseits ist darüber auch wissenschaftlich fundiert diskutiert worden. Sie beziehen sich in Ihren Ausführungen sicherlich auf die bekannte Studie aus Bayern. Großer Treiber war der Aktionsrat Bildung mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, also einer Arbeitgebervereinigung, im Hintergrund. Die zentrale These lautet: Bis 2018 sollte so etwas ermöglicht werden. Verwiesen wird auch darauf, dass die länderübergreifende Abiturkomponente mit Blick auf die Fächer Mathematik, Englisch und Deutsch nur 10 % ausmachen soll. Dieser Hinweis auf 10 % ist eigentlich völlig daneben, weil er genau den Kernbereich betrifft, auf den an allererster Stelle geschaut wird.

Ich habe mir erlaubt, mich in dieser Woche mit diversen Rektoren in Mannheim über dieses Thema zu unterhalten. Da hat der eine so schön prägnant gesagt: „Dahinter steckt meines Erachtens auch eine stark ideologisch motivierte Debatte. Wir haben auch Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen in Hessen und Rheinland-Pfalz, die auch ein ordentliches Abitur vermitteln. Da muss man aufpassen, dass man an dieser Stelle nicht im Grunde zu sehr politisiert und ideologisiert.“

Diesem Rektor waren übrigens auch keine Nachteile bei der Studienplatzvergabe bekannt. Ich gehe immer ganz gern zu den Personen vor Ort und frage: Haben Sie Rückmeldungen von ehemaligen Absolventen? Aber die sagen: Nein, das ist nicht der Fall.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Relativierend sagt die Studie von Neumann et al. 2009 – Sie alle kennen sie sicher; es war auch in der „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“ nachzulesen –: Ja, es gibt wohl Bewertungsunterschiede im Blick auf Mathematik, aber in Englisch ist das z. B. wieder nicht der Fall, sodass man das Ganze auf einer etwas rationaleren Grundlage diskutieren kann.

Die GEW sagt – das ist auch unsere Position –: Vorgelegte Bildungsstandards sind hilfreich; das ist kein Thema. Da hat sich selbst die GEW an dieser Stelle bewegt und erkennt das an. Sie kritisiert aber, dass die vorgelegten Entwürfe zentraler Lernaufgaben die gesellschaftliche Relevanz nicht aufgreifen und zu den fachlichen Kompetenzen nicht ausreichend in Beziehung setzen und sich die Zusammenhänge zwischen Bildungsstandards auf der einen Seite und der Studier- und Berufsfähigkeit der Abiturienten auf der anderen Seite nicht automatisch erschließen.

Wenn wir gerade bei dem Thema sind, was Abitur eigentlich in Gänze bedeutet, auch an Fachlichkeit: Meines Erachtens wird – das ist schon ein wichtiger Hinweis – immer zu oft vergessen, dass wir zurzeit einen solchen Druck, gerade auch unter der Themenüberschrift G 8, haben – jetzt bitte nicht gleich wieder kontra reagieren –, dass Praktiker sagen: Wir müssen aufpassen, dass bei der Stofffülle das, was auch Abitur ausmacht – Fähigkeit zur Kritik, Fähigkeit zur Reflexion –, nicht zu sehr untergeht.

(Beifall bei der SPD)

Der Philologenverband gibt den ganz praktischen organisatorischen Hinweis, dass das mit Blick auf die Ferientermine problematisch sei. Man könnte sich im Ausschuss einmal zügig mit der Frage befassen, inwieweit organisatorische Probleme berührt wären.

Summa summarum kommt man zu dem Schluss: Wir halten es vor dem jetzigen Hintergrund und auch in Anbetracht des organisatorischen, bürokratischen Aufwands eigentlich nicht für sinnstiftend, die Sache weiterzuverfolgen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wissen Sie eigentlich, was Länderabitur bedeutet? Haben Sie eigentlich gelesen, was da drinsteht?)

Die einheitlichen Prüfungsanforderungen – was die Kultusministerkonferenz angeht – sind Standards, bei denen wir, glaube ich, völlig d'accord sind. Das ist die eine Sache. Aber insgesamt lehnen wir ein deutschlandweites Zentralabitur ab.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wer hat denn das gefordert? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat niemand gefordert!)

Ich darf Sie abschließend noch darauf hinweisen, dass wir an anderer Stelle auch nicht unbedingt zentrale Prüfungen haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Antworten geben auf Fragen, die nicht gestellt worden sind! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Zentralabitur gefordert!)

– Herr Schebesta, lassen Sie mich ausreden; ich habe Sie auch ausreden lassen –, dass wir an anderer Stelle, beispielsweise mit Blick auf die kaufmännischen AkA-Prüfungen, auch nicht

darauf zurückgreifen. Deshalb denke ich: Bildungsstandards ja, aber Ihren Ansatz können wir nicht mittragen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt ein Gymnasiallehrer! Erklären Sie es noch einmal!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Dilemma zwischen der notwendigen Vergleichbarkeit der Abiturleistungen auf der einen Seite und der Eigenständigkeit der Länder bei der Ausgestaltung ihrer Abituranforderungen auf der anderen Seite haben wir Liberalen stets aufzulösen versucht, indem wir uns für einheitliche Standards eingesetzt haben: erst in ganz Baden-Württemberg und nun auch bundesweit. Genau hierdurch helfen wir, die Eigenständigkeit der Länder in dieser Frage zu sichern. Wir versprechen uns viel von einem echten Wettbewerbsföderalismus, der die Bildungsangebote in den Bundesländern vergleicht, Erfolgsursachen transparent macht und so die Qualität kontinuierlich weiterentwickelt und damit sichert.

Eines der besten Beispiele hierfür ist übrigens das Zentralabitur. Traditionell eingeführt ist es in Bayern sowie seit den Sechzigerjahren auch in ganz Baden-Württemberg. Dabei wurde es lange stark kritisiert. Es hat sich als Qualitätssicherungsinstrument bewährt, sodass heute 15 von 16 Bundesländern zentral organisierte Abiturprüfungen durchführen.

Nun könnte natürlich die Schlussfolgerung naheliegen, da das Zentralabitur nun allgemein akzeptiert und geschätzt sei, könne man es auch bundesweit einheitlich einführen.

Noch einmal: Es spricht nichts gegen bundesweit einheitliche Standards. Aber gerade als Liberaler will ich unmissverständlich klarstellen: Hüten wir uns davor, das freie Spiel der Kräfte und den Wettbewerb um das beste Konzept zu ersticken. Wir sollten nicht den Fehler machen, uns gezwungenermaßen auf einen Abiturstandard zu einigen; denn dann ist schon vorprogrammiert, dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen wird. Damit hätten wir der Qualitätsentwicklung unseres Abiturs einen Bärendienst erwiesen.

Was die Bemühungen um eine bessere Vergleichbarkeit angeht, war die ursprüngliche Initiative von Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen zu einem gemeinsamen Aufgabenpool für die Abiturprüfungen vielversprechend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen Sie zum Thema!)

Zugegeben, für manches nördliche Bundesland ist die Vorstellung, ein Südatitur einzuführen, vielleicht nicht sehr einladend.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber abgesehen vom Namen verstand sich die Initiative als Pioniergruppe, die offen für weitere Mitreisende ist, und mittlerweile machen auch nördliche Bundesländer mit.

(Dr. Timm Kern)

Umso unverständlicher ist, warum sich die grün-rote Landesregierung aus dieser Initiative zurückgezogen hat. Denn diese Initiative ist geradezu die konkrete Entsprechung zu den bundesweiten Standards, die das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen entwickelt hat und gegen die Sie von Grün-Rot eigentlich auch nichts einzuwenden haben. Die einzige Erklärung für Ihren Ausstieg ist, dass das Südaditur wegen der Initiatoren – nämlich vor allem christlich-liberalen Regierungen – für Sie von vornherein das Etikett „Igitt – Schwarz-Gelb“ trug.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist ein schwaches Bild für eine Koalition, die sich als selbst ernannte Regierung des Zuhörens angeblich den Bildungsaufbruch auf die Fahnen geschrieben hat. Mich ärgert auch, mit welcher Leichtigkeit Sie die wirklich überlegenswerten Vorschläge zum Kernabitur vom Tisch wischen. Ich gehe einmal davon aus, dass das nichts mit der Bezeichnung „Kern“ zu tun hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Man muss ja nicht jede Einzelheit des recht detaillierten Vorschlags übernehmen. Aber sich einem solchen Denkanstoß zu verweigern, wie wir Vergleichbarkeit schaffen und dadurch den Wettbewerbsföderalismus im Bildungswesen erhalten können, ist schon bemerkenswert. Vielleicht ist Ihnen gar nicht daran gelegen, werte Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, an der Funktionsfähigkeit des Föderalismus und letztlich auch an seiner Akzeptanz in der Bevölkerung zu arbeiten. Denn so hat man immer jemanden parat, dem man den Schwarzen Peter zuschieben kann. Mal ist der Föderalismus schuld, wenn etwas nicht rund läuft, mal der Bund.

Das Einzige, was meines Erachtens hierbei weiterhilft, sind klare Zuständigkeiten. Diese haben wir mit der Föderalismusreform geschaffen, und diese liegen für die Bildung bei den Ländern. Also liegt es auch bei den Ländern, Lösungen für die Frage der Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu finden oder dafür, wie mit dem Schulwechsel von einem Bundesland in ein anderes umzugehen ist.

Dieses Problem stellt sich im Übrigen nicht nur beim Wechsel von einem Bundesland in ein anderes, sondern auch beim Wechsel von einer Schulart oder Schulform in eine andere, ja nicht selten sogar beim Wechsel zwischen zwei Schulen derselben Schulart. Warum gibt es nicht reguläre Kursangebote für Schulwechsler, insbesondere in den Kernfächern? Hier wären neue Wege gefragt und auch angebracht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ob aber gerade die Gemeinschaftsschule einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung zu leisten vermag, darf nun wirklich bezweifelt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Geradezu ängstlich und gebetsmühlenartig betonen Sie, in den heterogenen Lerngruppen würden auch immer alle KMK-Standards aller weiterführenden Schularten erfüllt. Da kann

man zunehmend den Eindruck gewinnen, Sie glaubten selbst nicht daran.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Kultusministerin Frau Warminski-Leitheußer das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über das Länder- oder auch Südaditur hat sich schlicht überholt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle ganz nüchtern, weil die Diskussion nun überhaupt nicht in die ideologischen Grabenkämpfe gehört, einfach einmal über den aktuellen Stand berichten.

Wir sind mittlerweile nämlich schon viel weiter in Deutschland. Wir brauchen die Diskussion über das Länderabitur nicht. Denn wir haben – diesen Prozess hat übrigens auch noch die ehemalige Landesregierung in der KMK mit angestoßen – in der Kultusministerkonferenz vereinbart, dass unter Leitung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen gemeinsame Bildungsstandards auch für den Gymnasialbereich erarbeitet werden. Das Ganze hat sich zunächst einmal aus gemeinsamen Prüfungsanforderungen, das heißt Rahmenbedingungen für Abiturprüfungen entwickelt, die wir auch angewandt haben. Daraus werden jetzt Qualitätsstandards entwickelt, und zwar für die wichtigsten Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache. Dazu gehört auch ein Aufgabenpool.

Wie ist der Stand? Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hat viel erarbeitet und einen Entwurf eingebracht. Das Ganze ist im Dezember 2011 einer Anhörung mit den Verbänden zugeführt worden. Die Ergebnisse liegen vor. Wie der Zufall es will: Gerade heute tagt in Berlin die Steuerungsgruppe und berät die Ergebnisse. An dieser Steuerungsgruppe ist ein hochrangiger Vertreter des Kultusministeriums von Baden-Württemberg beteiligt und wird unsere Interessen bei der Auswertung mit einbringen. Das ist der Stand.

Wir werden vermutlich im Herbst – vielleicht klappt es auch schon im Juni – diese gemeinsamen Standards in der Kultusministerkonferenz verabschieden und dann das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen damit beauftragen, den Aufgabenpool, der zunächst einmal nur mit Standards definiert ist, auch tatsächlich praktikabel den Ländern zur Verfügung zu stellen.

Das heißt, wir sind an diesem Punkt schon sehr weit und brauchen das, was unter dem sogenannten Süd- bzw. Länderabitur diskutiert worden ist, nicht mehr. Was ist das denn? Es haben sich insgesamt sieben Bundesländer zusammengesetzt. Bayern und Baden-Württemberg waren diejenigen, die diesen Prozess mit initiiert haben, um eben auch politischen Druck aufzubauen, um vergleichbare Qualitätsstandards zu sichern. Das halte ich übrigens gar nicht für verwerflich.

(Beifall des Abg. Matthias Präfrock CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Denn es ist unser legitimes Interesse, dass das Land Baden-Württemberg dafür sorgt, dass die Leistungen, die von unseren Abiturientinnen und Abiturienten erbracht werden, vergleichbar sind. Wir sind gut aufgestellt. Baden-Württemberg liegt, was den Abiturdurchschnitt betrifft, immer im oberen Drittel. Deshalb haben unsere Schülerinnen und Schüler und auch unsere Studienanfänger bundesweit gute Chancen. Wir tun also nichts Verwerfliches.

Diese Länder haben sich unter dem Titel „Südaabitur“ bzw. „Länderabitur“ auf den Weg begeben, um genau das zu machen, was dann auf Beschluss der KMK durch das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen endgültig abgearbeitet worden ist.

Es geht um das Entwickeln gemeinsamer Standards und eines gemeinsamen Aufgabenpools. Es wurde teilweise sogar darüber diskutiert, dass man eine zentrale Prüfung, praktisch eine Art Kernabitur, haben wollte. Davon hat man sich wegen des Verwaltungsaufwands verabschiedet.

Herr Schebesta und Herr Dr. Kern: Warum ist das Land Baden-Württemberg aus dieser Arbeitsgruppe ausgestiegen? Ganz einfach: Es ist nicht mehr erforderlich, an diesem Prozess weiter teilzunehmen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Heute oder schon im Herbst?)

weil wir auf der Bundesebene mittlerweile deutlich weiter sind. Wir haben es endlich geschafft, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz ganz offensiv bundesweit Standards für die Bildung definiert werden. Angefangen hat das mit den Standards für die Grundschulen. Das setzte sich mit den Standards für den mittleren Bildungsabschluss fort. Das wurde auch durch die Südländer immer sehr unterstützt. Aber jetzt sind wir so weit, dass wir endlich auch für die Gymnasien zu diesen Standards kommen. Also brauchen wir diesen Prozess nicht.

Ich sage Ihnen sehr deutlich, warum wir, warum die Kultusministerin kein Riesentatam daraus gemacht hat. Ganz einfach: An dieser Stelle ist solide Sachpolitik und kein plakatives Getöse gefragt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Veröffentlichung eines Ausstiegs ist kein plakatives Getöse! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn es geht darum, Bildungsstandards zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist das Allerwichtigste. Das haben wir endlich hinkommen, und das ist ein sehr gutes Ergebnis.

Zum sogenannten Kernabitur: Das hat selbstverständlich nichts mit Ihnen zu tun, Herr Dr. Kern. Da geht es im Ergebnis darum – –

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Das war ein Vorstoß aus Bayern im letzten Jahr, um noch einmal deutlich zu machen: Eigentlich brauchen wir bundesweit gleichsam an einem Tag unter gleichen Bedingungen die glei-

che Aufgabenstellung in den sogenannten Kernfächern. Kein Bundesland hat sich ernsthaft dafür interessiert. Denn damit würde man einen erheblichen Verwaltungsaufwand provozieren. Vor allem wäre dieser Weg auch ungerecht, weil man allein schon durch die Verschiebung der Ferien gar keine Gleichbehandlung hinbekäme. Es leuchtet jedem ein, dass dies nicht der richtige Weg ist.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb war klar: Das ist ein politischer Vorstoß. Es ist aber kein ernst gemeinter Vorschlag, um die Qualität beim Abitur zu verbessern, geschweige denn eine bessere Vergleichbarkeit herbeizuführen.

Das ist der Stand der Angelegenheit. Wir, die Landesregierung, werden diesen Weg weiter beschreiten. Das heißt, wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere baden-württembergischen Standards selbstverständlich erhalten bleiben.

Wir werden übrigens die Standards – um auch das noch einmal deutlich zu sagen –, die durch die KMK für den mittleren Schulabschluss formuliert worden sind, jetzt bei der Überarbeitung unserer Bildungspläne erst einmal einarbeiten. Das ist bisher noch nicht geschehen.

Wir werden diesen konstruktiven Prozess fortsetzen. Denn es kommt darauf an, dass wir immer sicher sind, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler auf einem sehr hohen Niveau fördern und dass sie vor allem auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt bzw. Hochschulmarkt tatsächlich die gleichen Chancen haben. Darum geht es, meine Damen und Herren.

Noch einen Satz zur Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule wird die Bildungspläne des Landes Baden-Württemberg anwenden. Die Gemeinschaftsschule wird die Bildungsstandards einhalten. Damit beantworten sich alle Fragen, die Sie gerade unterstellend aufgeworfen haben, ganz von allein. Selbstverständlich werden wir auch an dieser Schule das gleiche Niveau erzielen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bin ich! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Ministerin, vielen Dank, dass ich die Frage stellen darf.

Sie sprachen gerade von Ausstiegsszenarien. Dies haben Sie uns sehr anschaulich erklärt. Überzeugt hat mich das nicht, aber das ist ein anderes Thema.

Ich habe aber noch eine andere Frage, wenn wir schon bei der Ausstiegshematik sind. Wenn Sie Bildung in unserem Land auf hohem Niveau an allen Schularten wollen, warum haben Sie dann als eine Ihrer ersten Amtshandlungen die Diagnose-

(Karl-Wilhelm Röhm)

und Vergleichsarbeit nach Jahrgangsstufe 10 abgeschafft? Vielleicht können Sie uns das auch erklären.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wäre auch einmal interessant!)

Das sind die Arbeiten, die im Zweijahresrhythmus geschrieben werden mussten.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: In dieser Frage müsste ich mich erst einmal kundig machen. Das ist eine Angelegenheit, die ich nicht beurteilen kann. Bevor ich etwas Falsches sage, liefere ich das lieber nach.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wird schriftlich nachgereicht!)

Ich sage Ihnen deutlich: Es ist wichtig, dass wir uns immer vergewissern, dass wir mit dem, was wir an der Schule tun, die qualitativ gleichen Ergebnisse erreichen. Genau deshalb überarbeiten wir jetzt die Bildungspläne. Von diesem Grundsatz weichen wir auch nicht ab.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der Plan ist das eine, die Diagnose ist etwas anderes! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bekomme es ja schriftlich!)

– Ja.

Weitere Fragen gibt es nicht?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, keine weiteren Fragen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Dann bin ich am Ende meiner Ausführungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gesagt: Wir führen den Qualitätssicherungsprozess weiter fort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Rede davon gesprochen, dass sich die Diskussion überholt habe. Da kann der Eindruck entstehen, dass die Fragen nach dem Länderabitur, nach dem Aufgabenpool oder nach dem Kernabitur und alle anderen Vorschläge am Anfang der Diskussion darüber gestanden hätten, wie man die Qualität an den Gymnasien sichert, Frau Ministerin.

Das ist aber nicht so; denn am Anfang stand die Diskussion über Bildungsstandards. Die Frage nach der Durchsetzung von Bildungsstandards hat sich dann weiterentwickelt zur Diskussion darüber, ob man gemeinsame Aufgaben stellt. Es war nicht so, dass in der Diskussion der Aufgabenpool und das Länderabitur am Anfang gestanden hätten und durch Bildungsstandards ersetzt worden wären. Vielmehr begann die Diskussion mit den Bildungsstandards. Zum Erreichen der Bildungsstandards ist das Länderabitur ein möglicher Weg.

Im Herbst haben Sie den Ausstieg aus der Entwicklung gemeinsamer Prüfungsaufgaben erklärt. Das Ergebnis der Kul-

tusministerkonferenz, das Sie hier vortragen, ist nur deshalb erreicht worden – wie bei den Bildungsstandards –, weil einzelne Länder bei der Frage gemeinsamer Aufgabenstellungen vorangegangen sind.

Sie haben sich zu einem Zeitpunkt aus der Diskussion verabschiedet, zu dem das auf Bundesebene überhaupt noch nicht erreicht worden ist. Sonst würden es auch die anderen Bundesländer so sehen. Sie hätten im Herbst nicht aus der Diskussion über das Länderabitur aussteigen müssen.

Das ist mir aber noch immer zu wenig, weil es die Aufgabenpools noch nicht gibt. Wenn wir unseren Anspruch an die Aufgabenpools aufrechterhalten wollen, dann müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass diejenigen Länder, die gemeinsam mit uns einen hohen Anspruch an das Abitur haben, bei dieser Entwicklung mit voranschreiten, damit Marken gesetzt werden, hinter denen andere nicht mehr zurückbleiben können. Nur auf diesem Weg kommen wir zu etwas anderem als zu einem Mittelding, das unserem Anspruch an das Abitur nicht Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Herr Dr. Fulst-Blei, angesichts dessen, was wir jetzt hier diskutieren und was in der Öffentlichkeit über die Vergleichbarkeit von Abiturleistungen und über die Frage des Bildungsföderalismus diskutiert wird, finde ich es schon etwas befremdlich, dass Sie sagen, dies sei eigentlich keine Debatte für das Parlament. Es ist sehr wohl eine Debatte für das Parlament, wie wir bei all den Anforderungen für einen hohen Anspruch an das Abitur insgesamt sorgen.

Ich will Ihnen und Frau Boser ausdrücklich sagen, dass in unserem Antrag eine Frage zum Kernabitur gestellt wurde: Wie steht die Landesregierung zum Kernabitur? Doch weder hat unsere Fraktion im Antrag noch habe ich hier am Mikrofon die Forderung erhoben, dass wir das vom Aktionsrat Bildung geforderte Kernabitur einführen sollen oder dass wir als nächsten Schritt das Zentralabitur für ganz Deutschland einführen müssen. Was ich kritisiert habe, ist der Ausstieg aus der Diskussion über das Länderabitur.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das Länderabitur setzt überhaupt nicht voraus, dass wir einen gemeinsamen Prüfungstermin haben, dass wir Ferientermine verschieben oder dergleichen. Zum Länderabitur hätte ein Aufgabenpool auf hohem Niveau entwickelt werden sollen – hoffentlich wird dieses Niveau auch dann erreicht, wenn alle Bundesländer dies umsetzen –, ein Aufgabenpool, aus dem sich die Länder zu unterschiedlichen Abiturterminen hätten bedienen können, aber bei dem klar gewesen wäre: Das ist der Anspruch zum Erhalt eines Abiturs in diesen Bundesländern, und bundesweit darf man nicht dahinter zurückbleiben.

Sorgen wir weiter dafür, dass wir dem Anspruch an unsere Schülerinnen und Schüler gerecht bleiben können, weil der Anspruch nicht gesenkt wird, und setzen wir uns dafür ein, dass andere Bundesländer nachziehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr guter Abschluss!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der vorliegende Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Um 12:05 Uhr trifft sich der Ausschuss für Europa und Internationales im Eugen-Bolz-Saal zu einer Sondersitzung.

Die für 13:00 Uhr vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft entfällt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Schade!)

Die Landesregierung hat heute Mittag zu einem Narrenempfang eingeladen, und einige Abgeordnete möchten an dieser Veranstaltung teilnehmen. Daher setzen wir die Sitzung um 14:00 Uhr fort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein echter Mensch und so charmant heute, Herr Präsident!)

(Unterbrechung der Sitzung: 11:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald – für Mensch und Natur – Drucksache 15/904

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald – Drucksache 15/658

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben folgende Redezeiten vereinbart: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Über den Nationalpark Nordschwarzwald sprechen wir heute innerhalb von fast vier Monaten das zweite Mal. Das freut mich. In der Debatte der vergangenen Monate zu diesem Thema zeigte sich jedoch auch, dass ein entscheidender Aspekt ist: Wir müssen Missverständnisse ausräumen, wir müssen Sachinformationen geben. Das ist aus meiner Sicht im Augenblick für das Jahr 2012 die zentrale Botschaft für die Nationalparkdebatte.

Wenn ich mir anhöre und wenn ich lese, was zu dem Thema gesagt und geschrieben wird, dann zeigt sich doch, dass wir beim Thema „Nationalpark in Baden-Württemberg“ 100 Jah-

re hinter Schweden, 40 Jahre hinter Bayern und 20 Jahre hinter den neuen Bundesländern liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Da titelt beispielsweise eine auflagenstarke Sonntagszeitung tatsächlich auf der ersten Seite, dass die B 500 künftig ein Feldweg sein könne, um dann auf der zweiten Seite darzustellen, dass die Fläche des Naturparks mit seinen 375 000 ha tatsächlich der künftige Nationalpark sei. Ziemlich peinlich, aber leider auch eine Sachinformation, die gegeben und von vielen Menschen gelesen wird. Es gibt auch hochkarätige Referenten, die noch immer die Mär von einer Käseglocke aufstellen.

Nicht ohne Grund haben wir von der Fraktion GRÜNE mit unserem Fraktionsantrag beim Ministerium nachgefragt, wie in anderen Waldnationalparks die Situation hinsichtlich Betretungsrechten und im Einzelfall sogar hinsichtlich des Neubaus von Wegen aussieht. Ich kann Ihnen sagen: Nicht nur im Nationalpark Nordschwarzwald – Sie können es in der Drucksache lesen; ich muss das hier nicht wiederholen –, sondern auch in anderen Nationalparks, beispielsweise dem Wattenmeer, ist es sehr wohl möglich, dass in der Kernzone Besucherführungen stattfinden, dass in der Kernzone Tausende von Menschen gezielt geführt und darüber informiert werden, was es bedeutet, wenn die Natur Natur sein darf.

Bedenklich und bedauerlich finde ich, dass Nationalparkkritiker im Regelfall mehr mit Angst und Emotionen und weniger mit Argumenten und Erfahrung arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist bedauerlich. Denn Angst ist ein schlechter Ratgeber.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Einrichtungen für Besucherinnen und Besucher in Nationalparks für uns selbstverständlich integraler Bestandteil des Konzepts sind. Da kann auch einmal ein barrierefreier Weg von so großer Bedeutung sein, dass er in der Kernzone neu angelegt werden kann.

Auch deswegen wollen wir einen Nationalpark. Denn dies bietet sowohl für uns Menschen als auch für die Natur, für den Naturschutz Chancen. Ein Nationalpark ist eben ein Projekt für Mensch und Natur.

Was mich an dieser Stelle besonders freut, ist, dass es uns gemeinsam gelungen ist – ich bedanke mich ganz herzlich beim Kollegen Rapp von der CDU, beim Kollegen Reusch-Frey von der SPD und beim Kollegen Bullinger von der FDP/DVP –, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren – er liegt auf Ihren Tischen –, den Beschlussantrag der CDU etwas zu variieren – ich sage einmal, nochmals aufzuspecken –, um zu zeigen, dass es hier im Parlament ein gemeinsames Interesse an Sachinformation gibt. Deswegen werden wir selbstverständlich – wie die anderen Kollegen auch – diesem erweiterten Beschlussantrag zustimmen.

So weit für die erste Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer im Raum! Es freut mich, wenn die Debatte hier zum Anlass genommen wird, die Dinge etwas sachlicher darzustellen. Ich hoffe, dass uns das auch in der weiteren Diskussion gelingt.

Grundsätzlich besteht im Land Konsens, wenn es um die Einrichtung eines weiteren Großschutzgebiets in Baden-Württemberg geht. Da es sich aber um ein Großprojekt mit Auswirkungen auf eine ganze Region handelt, bei dem es auch um die Unterschutzstellung von über 10 000 ha Wald geht, aber auch um die Entwicklungsmöglichkeit von Gemeinden sowie von Betrieben und schlussendlich auch um Arbeitsplätze von Menschen, die vom Wald und mit dem Wald leben, ist es auch ganz wichtig, sich umfassend und vertieft mit der Materie auseinanderzusetzen.

Insofern ist es natürlich auch wichtig, sich nicht im Vorfeld in der Sache endgültig festzulegen, sondern unabhängig von Ablehnung oder Befürwortung bestimmte Verantwortlichkeiten zu tragen. Die Verantwortung sowohl der Parlamentarier als auch der Regierung gebietet es, die entsprechenden Fragen, aber auch die Widersprüche zu klären. Daher ist es ein erster richtiger Schritt, das entsprechende Gutachten auf den Weg zu bringen.

Es freut mich übrigens auch, Herr Kollege Rösler, dass mittlerweile anerkannt wird, dass die Umsetzung des Nationalparks nicht ohne den kompletten Rückhalt in der Bevölkerung möglich ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Allerdings gibt es einige Punkte, die an dieser Stelle vielleicht noch zu hinterfragen sind. Ich will einmal vier Punkte aufzählen.

Zum Ersten verwundert mich die etwas spekulative Einschätzung am Anfang, dass der Tourismus in der entsprechenden Region genau dann „hochschnellt“, wenn der Nationalpark ausgewiesen wird. Ich glaube, damit verspricht man etwas vorzeitig die blühenden Landschaften. Ein Faktum ist natürlich, dass es gerade bei Nationalparks den entsprechenden touristischen Ansturm nur dann gibt, wenn auch touristische Einrichtungen aufgebaut werden und wenn auch die Verkehrsinfrastruktur im betroffenen Gebiet stimmig ist. Da kann man vielleicht dem Verkehrsminister einen kleinen Gruß zujubeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Zweitens: In Sachen „Einbindung der Bevölkerung“ teilen Sie mit, dass Sie 120 000 Haushalte angeschrieben und informiert hätten und damit auch die Möglichkeit bestanden habe, sich schriftlich zum Projekt Nationalpark zu äußern. Abgesehen davon, dass das vor dem Hintergrund einer breiten Bürgerbeteiligung natürlich ein bisschen mager ist, muss man auch sagen, dass der Rücklauf von 1 200 Antworten auf dieses Schreiben unter dem Gesichtspunkt eines statistischen Hintergrunds etwas dürftig ist. Wer das nachrechnen will, kann sich gern

Herrn Schmiedels Taschenrechner leihen und dann einmal die Grundgesamtheit ausrechnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Damit besteht man keine statistische Prüfung! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wenn du einen Taschenrechner brauchst! Der wird jetzt berühmt! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Nur für große Zahlen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Entscheidend ist, dass man die richtigen Zahlen eingibt, sonst stimmt die Rechnung nicht!)

– Der hat ja bei Ihnen gar keine Tasten. – Aber Sie verweisen vonseiten des Ministeriums natürlich auch auf eine Livestream-Übertragung von dieser Infoveranstaltung in Bad Wildbad, die Sie ins Internet gestellt haben. Das ist schon einmal besser als nichts, aber mehr halt auch nicht.

Sie haben bisher – das ist zu kritisieren – weder das Gespräch mit den Holzurückern und den Forstunternehmen vor Ort gesucht, noch haben Sie den forstfachlichen Sachverstand abgefragt und einbezogen, der vor Ort durchaus vorhanden ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was? Das stimmt aber nicht! Das stimmt nicht!)

Man hört auch, dass der eine oder andere Forstbeamte im Hinblick auf seine Aussagen mit etwas Zurückhaltung bedacht wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Grünen und SPD: Einen Maulkorb habt ihr wahrscheinlich verhängt!)

Dritter Punkt: Etwas verwunderlich ist, dass momentan noch kein Konzept vorliegt – deswegen haben wir auch unseren Antrag gestellt –, wie mit den Folgen des Borkenkäferbefalls gerade in den angrenzenden privaten und kommunalen Wäldern umgegangen werden soll. Hier bitten wir eindringlich – aber, Kollege Rösler, Sie haben das auch gesagt –, den dazu erforderlichen Antrag heute auf den Weg zu bringen und das im Vergabeverfahren befindliche Gutachten entsprechend auszuweiten. Ich denke, hier besteht Konsens, und das ist auch gut und richtig so.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist eh drin!)

Dann – viertens – zum Thema Gutachten. Aus meiner Sicht gibt es zwei wesentliche Komponenten, auf die es noch einzugehen gilt. Zum einen müsste einem solchen Gutachten eigentlich dringend eine naturschutzfachliche und eine forstfachliche Begutachtung der entsprechenden Suchgebiete vorangestellt werden. Momentan stützt sich das Ministerium in seiner Stellungnahme auf über acht Jahre zurückliegende Anfragen an Forsteinrichtungswerke, doch ich meine, allem vorangestellt müsste zunächst einmal eine Untersuchung auf dieser Ebene stattfinden. Zum anderen fehlt – das halte ich für wesentlich eklatanter – ein stringentes Naturschutzkonzept für das Land Baden-Württemberg, in das wir ein Großschutzgebiet einbinden können.

Vor diesem Hintergrund sei auch die Frage gestattet, wieso ein Gebiet wie der Nordschwarzwald mit seiner Flora und Fauna erst über einen 30-Jahres-Zeitraum – Entwicklungs-nationalpark ist das Stichwort – künstlich umgebaut werden muss, damit es schützenswert ist.

(Dr. Patrick Rapp)

Ich bitte also darum, dass man hier etwas andere Entscheidungen trifft, etwas mehr Verantwortung in der Sache zeigt und dass man die bisherige politische Gestaltung am grünen Tisch zurückfährt, mehr mit den Bürgern spricht, mehr in die Verbände geht und den Menschen zuhört.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reusch-Frey das Wort.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für diejenigen, die sich im schönen Nordschwarzwald bewegen, dort unterwegs sind, drängt sich das Thema Nationalpark sichtbar auf. Unübersehbar sind die Aufkleber mit dem durchgestrichenen Schriftzug „Nationalpark“. Man findet sie an Pkws, an Lkws und an Straßen. Dies ist symptomatisch für die zunehmende Polarisierung bei diesem Thema. Es wird kräftig Stimmung gemacht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Woher kommt das nur?
– Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Die SPD setzt auf Dialog und auf Sachlichkeit.

Seit der Behandlung des Themas hier im Plenum hat die SPD-Fraktion – ihr Arbeitskreis für den ländlichen Raum – auch vor Ort getagt und vor Ort im Suchgebiet das Gespräch mit den Menschen gesucht, sowohl mit denen, die vom Holz leben, die also auch einen wirtschaftlichen Schaden durch den Nationalpark befürchten, als auch mit denen, die dem freien Lauf der Natur ein viel größeres Gebiet als bisher einräumen wollen. Ein offenes Ohr für beide Seiten zu haben, das zeichnet die Arbeit der SPD an dieser Stelle aus,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

denn im Dialog wird beispielsweise deutlich, dass die Sägewerke gar nicht so scharf auf das Holz sind, das in einer Höhe von über 900 m geschlagen wird, weil einfach die Qualität nicht stimmt. Das Holz aus dieser Höhe entspricht nicht den hohen Ansprüchen der verarbeitenden Betriebe. Wenn sich dann herausstellt, dass rund 90 % der Fläche des Nationalparks in dieser Höhe liegen werden, dann schwinden die Befürchtungen derer, die um die Wertschöpfung aus dem Wald besorgt sind.

Erhellend ist ein zweiter Umstand. Wenn man dann deutlich macht, dass wir einen Entwicklungsnationalpark wollen, das heißt, dass wir rund 30 Jahre einplanen, um dahin zu kommen, wo wir mit dem Nationalpark sein wollen, zeigt sich, dass man sich in dieser Zeit auf die neuen Gegebenheiten einstellen kann. In dieser Zeit bedarf es am Anfang einer Phase, in der sogar ein erhöhter Holzeinschlag nötig ist. Es gibt also in dieser Anfangszeit mehr Material für die Sägewerke, und es gibt in dieser Anfangszeit eben auch die Notwendigkeit, sich mit dem Argument Strukturprobleme auseinanderzusetzen. Dass nach dem Sturm Lothar Kapazitäten, ja Überkapazitäten aufgebaut wurden, lässt sich nicht leugnen. Auch dass es bei den Sägewerken einen sehr harten Konkurrenzkampf

gibt, wissen wir. Deshalb wird von manchem der Nationalpark als der Tropfen empfunden, der das Fass zum Überlaufen bringt, auch wenn das für die Zukunft der Sägewerke gar nicht wirklich entscheidend ist. Man sollte dieses Thema also an verschiedenen Stellen etwas niedriger hängen.

Niedriger hängen wollen wir nicht das Thema Borkenkäfer. Die entsprechenden Kontrollen, die damit verbunden sind, sind ein brisantes Thema. Damit sich der Borkenkäfer nicht ungehemmt im Wirtschaftswald ausbreitet, ist eine Managementzone vorgesehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

eine Zone als Puffer zwischen der Kernzone, also dem Nationalpark im eigentlichen Sinn, und dem Wirtschaftswald. Genau in dieser Pufferzone, der sogenannten Managementzone, findet eine besonders strenge Kontrolle statt. Hier werden all die Maßnahmen durchgeführt, die zur Schadensvermeidung im Wirtschaftswald nötig sind und die eine übergreifende Vermehrung des Käfers verhindern.

Selbstverständlich wird dieses Thema in dem Gutachten zum Nationalpark gewissenhaft aufgegriffen. Der vorliegende gemeinsame Beschlussantrag unterstreicht die Bedeutung dieses Themas.

Eine wichtige Anregung betrifft das Thema Suchgebiet. Der Fokus liegt bisher allein auf dem Staatswald. Hier kann man ein Fragezeichen setzen, wenn man mit den Menschen spricht. Denn damit wäre nämlich das hervorragend geeignete Gebiet der Hornisgrinde aus dem Suchgebiet ausgenommen. Besitzergrenzen sind nicht automatische Grenzen für biologisch sinnvolle Einheiten. Deshalb ist uns diesbezüglich an Flexibilität gelegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD wird die Diskussion über das Thema Nationalpark weiterhin mit Umsicht und auch mit Sorgfalt, mit Weitblick und im Dialog mit den Menschen vor Ort weiterführen. Das unterstreichen wir mit dem gemeinsamen Beschlussantrag, der einen Konsens über die Grenzen der Fraktionen hinweg darstellt.

Große Chancen sehen wir im Nationalpark Nordschwarzwald für den Tourismus, für den Naturschutz und auch für Wissenschaft, Forschung und die Umweltbildung.

Fazit: Sehr wichtig ist für uns, dass wir dieses Thema konstruktiv voranbringen wollen. Wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis des Gutachtens unter sorgfältiger Abwägung aller Chancen und Risiken. Arbeiten wir konstruktiv und gemeinsam an diesem Thema weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Damit sich der Minister auch hier im Plenum wie zu Hause fühlt, habe ich einmal ein Exemplar des Aufklebers mit der durchgestrichenen Aufschrift „Nationalpark“ mitgebracht.

(Der Redner hält einen Aufkleber hoch.)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Sie sehen es jeden Tag, wenn Sie nach Hause gehen. Diese Art und Weise der Meinungsäußerung kennen wir auch von einer anderen Seite her.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir möchten es auch sehen! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Schöne Farbe: Grün-Rot! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist die FDP/DVP bei dieser Bewegung dabei?)

– Herr Schmiedel, Sie haben schon beim letzten Mal immer wieder versucht, mich zu unterbrechen. Ich möchte Sie jetzt einfach einmal bitten, sich zu konzentrieren und zuzuhören. Vielleicht lernen Sie wirklich etwas beim Zuhören. Das würde helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat keine Lernhaltung! Er lernt nichts!)

Meine Damen und Herren, am 12. Oktober des vergangenen Jahres haben wir auf Antrag der FDP/DVP-Fraktion

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eine Aktuelle Debatte zu dem Thema „Nationalpark Nordschwarzwald – grünes Prestigeobjekt?“ geführt. Seither hat sich einiges geändert, und zwar vor allem der Protest vor Ort. Reden Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern, mit dem Mittelstand und mit den Kommunalpolitikern. Dieser Protest hat massiv zugenommen. Deshalb ist es ganz gut, wenn wir heute wieder über dieses Thema sprechen. Danach sollten wir zunächst abwarten, bis das Gutachten vorliegt und wir über dessen Inhalt diskutieren können.

Den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 31. Januar war u. a. zu entnehmen – ich zitiere –:

Der Nordschwarzwald erlebt sein Stuttgart 21. Je konkreter die Pläne für den ersten Nationalpark im Land werden, umso lauter wird der Protest.

Kollege Rösler, Sie sagen immer, wie einfach und praktikabel das alles werde. Ich bin der Auffassung, die kleinen Dinge, die nach einem Beschluss kommen, sind meist die, die besonders wehtun.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Oder besonders schön sind! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber Stuttgart 21 kommt!)

– Da haben diejenigen aber etwas anderes vorgehabt.

Meine Damen und Herren, werte Kollegen, die Menschen wollen ihre Kulturlandschaft, die über Hunderte von Jahren gewachsen ist, erhalten. Sie befürchten, dass diese Kulturlandschaft mit dem Nationalpark kaputtgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Auch die Feriengäste, die Touristen, die Unternehmer, Gastronomen und Handwerker schätzen das Biotop Kulturlandschaft. Darum frage ich Sie: Wollen Sie das aufgeben?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na, na! „Aufgeben“!)

Die Menschen wollen eine Kulturlandschaft und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, meine Damen und Herren,

(Abg. Alfred Winkler SPD meldet sich.)

die übrigens auch mit Blick auf die Energiewende ganz gut wäre. Statt Totholz, Borkenkäfer und Vorschriften durch Parkaufseher möchte ich den Touristen und den Menschen vor Ort das erhalten, was in Jahrhunderten geschaffen wurde.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich wurde aufgeklärt, Herr Präsident – –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Lassen Sie mich doch auch einmal ausreden. – Jetzt.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich gestatte sie am Ende meiner Rede. Denn das wird ja nicht angerechnet; die Uhr läuft weiter.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das ist in Ordnung.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Meine Damen und Herren, das in Auftrag gegebene Gutachten – das vermuten Fachleute – wird zeigen, dass es nach dem vorgesehenen Umbau weniger Vielfalt gibt als zuvor.

Herr Minister, viele der Fragen, die in Bad Wildbad angesprochen wurden, wurden dankenswerterweise in den Fragenkatalog für das Gutachten aufgenommen. Dafür herzlichen Dank. Ich finde es auch gut, dass Sie eine Synopse erstellen ließen; auch dafür herzlichen Dank. Aber wir wissen auch: Wer bestellt, zahlt, und wer liefert, wird bezahlt, und zwar in der Regel für das, was er liefert. Das ist in der Regel auch das, was der Besteller erwartet. Daher bin ich wirklich gespannt, ob auch kritische Fragen, die nicht für den Nationalpark sprechen, ideologiefrei beantwortet werden. Danach sollten wir in diesem Haus, aber vor allem vor Ort wieder darüber sprechen.

Meine Damen und Herren, wenn ich ein bestehendes Biotop, wie z. B. die Kreidefelsen auf Rügen, ohne Umbau zum Nationalpark mache, ist das für mich nachvollziehbar und hervorragend. Aber warum soll ich etwas, was ich weiterentwickeln kann – in der Art und Weise, wie es § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes eigentlich vorsieht –, umbauen? Da frage ich auch, ob auf den Flächen eventuell eine Vegetation entsteht, die wir gar nicht wollten. Denn da brauchen wir, glaube ich, ein bisschen länger, Herr Kollege Rösler, als bei dem von Ihnen betreuten Biosphärenpark auf der Schwäbischen Alb, der hervorragend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Betreut“ ist gut!)

Warum also nicht Waldwirtschaft weiterentwickeln, meine Damen und Herren, warum nicht hin zum Biosphärenpark Nordschwarzwald, so wie auf der Schwäbischen Alb, wo das sehr erfolgreich ist? Dort steht die Bevölkerung dahinter. Es ist dort, glaube ich, sehr schön, wie sich die Natur entwickelt.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Wir sollten also nicht irgendeinem Phantom hinterherrennen, sondern versuchen, diese Gebiete mit den Menschen vor Ort weiterzuentwickeln.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ohne Gutachten, oder was?)

Meine Damen und Herren, die Touristen wollen wie gewohnt wandern, Freizeit gestalten, Rad fahren, Sport treiben – und mit Sicherheit nicht Totholz beobachten

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Doch, gerade!)

oder sich in bestimmten Dingen noch stärker einschränken lassen.

Auch die Borkenkäferproblematik – der Kollege hat es angesprochen – muss man sehr ernst nehmen. Ich bin überzeugt, dass sich die Borkenkäfer nicht an bestimmte Richtlinien halten. Wer den Bayerischen Wald besucht, sieht dieses Armenhaus und sieht auch, welche Probleme so etwas mit sich bringt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dem Bayerischen Wald geht es besser als den anderen! – Weitere Zurufe)

– Das wollen Sie jetzt dort haben? Also gut, das nehmen wir zur Kenntnis, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, nach der Diskussion über dieses Gutachten sollen die Bürger der Gemeinden, die davon betroffen sind, die Chance bekommen, in einem Bürgerentscheid darüber zu befinden, ob sie das wollen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Sie wollen die Bürgerbeteiligung, auch ich will sie. Sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort darüber entscheiden, ob sie das wollen oder nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Bullinger, bleiben Sie bitte noch hier, falls Kollege Winkler seine Frage noch stellen will. – Er will es.

Bitte, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Lieber Kollege Dr. Bullinger, Sie sind mit mir sicher einig, dass Aufklärung seit 200 Jahren ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft ist. Sie sind mit mir vielleicht auch einig, dass Aufklärung auch in solchen wichtigen Fachfragen notwendig ist.

Sie haben gerade gesagt – ich zitiere Sie –: „Touristen schätzen die Kulturlandschaft.“ Würden Sie mir zustimmen, wenn ich ergänzend sage: „Touristen schätzen auch Naturlandschaft“?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Um sozusagen jetzt die Klammer zu setzen: Die FDP hat bisher immer bestehenden Nationalparks zugestimmt, sowohl in Bayern als auch auf Rügen. Welche Argumente sprechen gegen einen Nationalpark im Schwarzwald, wenn die Aufklärung erfolgt ist? Unterstützen Sie einen Nationalpark, oder unterstützen Sie die Nichtaufklärung darüber?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zunächst einmal: Die Frage, ob ich eine Aufklärung unterstütze, ist natürlich abwegig. Das ist doch selbstverständlich. Dafür gibt es die Gespräche vor Ort. Auch ich war mit dem zuständigen Arbeitskreis und örtlichen Vertretern unterwegs, habe mir das angeschaut und habe diskutiert. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass man das Gutachten zu diesem Fragenkatalog – er ist sehr weit ausgedehnt worden und schon sehr breit – jetzt abwartet und dann darüber spricht.

Grundsätzlich gilt: Auch wir wollen mehr Ökologie. Wir sind allerdings der Ansicht, dass wir dies mit einer ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung und Landbewirtschaftung, mit einer hervorragenden Kulturlandschaft am besten bekommen. Da kann man durchaus sehr viel weiterentwickeln; wir wollen aber kein Darüberstülpen eines § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes. Denn ich habe hinsichtlich der Ausführung vor Ort Angst. Es geht nicht um den Beschluss; man kann ja alles schön versprechen. Aber ich befürchte das, was hinterher im Tagesgeschäft daraus wird.

Herr Präsident, ich gehe schon.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, nein. – Ich habe noch eine weitere Fragestellerin. Würden Sie auch eine Frage der Frau Kollegin Böhlen beantworten? – Bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich kann Ihnen das Schild nachher auch mitgeben, wenn Sie keines haben.

(Heiterkeit)

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Herr Kollege Bullinger, vielen Dank, dass ich meine Frage noch stellen darf.

Wie Sie bestimmt wissen, beträgt der jährliche Holzeinschlag in Baden-Württemberg bis zu 9,1 Millionen Festmeter. So viel kann eingeschlagen werden. Auch unter Ihrer Landesregierung ist man bis zu 250 000 Festmeter unter der Nachhaltigkeitsgrenze geblieben. Wenn wir jetzt unterstellen, dass in 30 Jahren 50 000 Festmeter weniger eingeschlagen werden können, habe ich die Frage an Sie, ob Sie wirklich glauben, dass die Holzwirtschaft dann zusammenbricht.

Zweite Frage: Haben Sie einmal ein Waldstück beobachtet, wo man mit einem Vollernter hineingegangen ist und die ganzen Fichtenholzreste dann einfach liegen geblieben sind? Ist dort auch eine Borkenkäferproblematik zu beobachten?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zunächst darf ich Ihnen eines sagen: Über Waldwirtschaft brauchen Sie mich nicht aufzuklären. Ich bin Bauernsohn; ich weiß, was Waldwirtschaft heißt. Ich weiß darüber Bescheid.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie hat eine Frage gestellt! – Unruhe)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Deshalb darf ich Ihnen eines sagen: Es spricht für die Forstwirtschaft Baden-Württembergs, dass sehr genau auf die Nachhaltigkeit geachtet wurde und nicht über diese Grenze gegangen wurde, sondern etwas darunter geblieben worden ist. Wir haben seit Neuem – darüber sind wir alle uns einig – eine Energiewende. Dazu brauchen wir jede Kilowattstunde, die der Herrgott mit seiner Sonne auf den Boden bringt, egal, in welcher Art. Deshalb ist es richtig und wichtig, nicht 10 000 ha aus der Nutzung herauszunehmen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

sondern dass die Flächen ökologisch nachhaltig bewirtschaftet und genutzt werden. Das ist, glaube ich, der richtige Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen:
Die zweite Frage wurde nicht beantwortet! – Zuruf:
Keine Frage beantwortet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke für die Gelegenheit, Sie nach unserer Debatte von neuem zum Thema „Möglicher Nationalpark im Nordschwarzwald“ heute noch einmal über den weiteren Stand des Verfahrens zu informieren.

Vorab möchte ich mich bedanken, weil Sie uns mit einem fraktionsübergreifenden Antrag, den alle vier Fraktionen gemeinsam vorlegen, hinsichtlich des gewählten Verfahrens der Diskussion in der Region deutlich unterstützen und uns auch darin bestätigen, dass wir frühzeitig eine breite Beteiligung der Bevölkerung an diesem Projekt ermöglicht haben.

Ich freue mich auch, dass Sie unser weiteres Vorgehen – wir wollen die Bevölkerung weiter breit in die Diskussion einbeziehen – mit dem heute vorliegenden Antrag unterstützen und eine zentrale Frage ansprechen, die für viele Menschen eine Sorge beinhaltet, nämlich die Frage nach dem Borkenkäfermanagement. Dieser wichtige Punkt in einer Konzepterstellung für einen möglichen Nationalpark ist Bestandteil der Ausschreibung für das Gutachten. Es ist gut, dass der Landtag das heute in einem gemeinsamen Beschluss auch noch einmal festhalten will.

Ich will Ihnen kurz berichten, wie der Stand des Vergabeverfahrens ist. Wir hatten beim letzten Mal hier sehr ausführlich berichtet, weshalb wir, die Landesregierung, zu einem frühen Zeitpunkt alle vorliegenden Informationen und Planungen, die weitestgehend noch aus der Zeit der Vorgängerregierung stammen, veröffentlicht haben, sie breit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und sie in einer Serie von Fachveranstaltungen und öffentlichen Diskussionen vorgestellt haben.

Herr Kollege Dr. Rapp, natürlich gab es auch Veranstaltungen gezielt für die Firmen aus dem Bereich der Holzindustrie, bei denen natürlich auch die Rücker mit einbezogen waren. In dieser breiten Serie von Veranstaltungen haben wir Fragen gesammelt, ebenso bei verschiedenen Veranstaltungen, die Gemeinden angeboten haben, wie auch in dem genannten Ver-

fahren, bei dem wir 120 000 Haushalte der Region angeschrieben haben, um ihre Fragen, Anregungen, Kritikpunkte geben zu haben, um auf der Basis der Fragen aus der Region gemeinsam mit der Region das Gutachten in Auftrag zu geben.

Wir haben zwischenzeitlich die Auswertung und Zusammenstellung dieser Fragestellungen. Wir haben sie gemeinsam mit den gewählten Vertretern der Region, also mit dem Oberbürgermeister des potenziell betroffenen Stadtkreises Baden-Baden, mit den Landräten der Kreise Calw, Freudenstadt, Ortenau und Rastatt und mit den beiden Regierungspräsidenten Kühner für Karlsruhe und Würtenberger für Freiburg,

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben die noch Ihr Vertrauen? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

im Lenkungskreis zusammengestellt. Wir haben diese Fragestellungen dann in einem Auftragsentwurf gebündelt

(Abg. Peter Hauk CDU: Waren Sie denn mit den beiden Regierungspräsidenten zufrieden? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und gemeinsam ein europäisches Vergabeverfahren eingeleitet. Inzwischen ist das Interessenbekundungsverfahren beendet, bei dem sich renommierte Firmen, groß wie klein, zu den verschiedenen Teilen des Gutachtens beworben haben. Einstimmig, also mit den Vertretern der Region, wurde in dem Lenkungskreis ausgesucht, welche drei Firmen jeweils für die unterschiedlichen Lose jetzt zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Das wird dazu führen, dass wir noch im März gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Region die Auftragsvergabe vornehmen und dann Ende des Jahres vom unabhängigen Gutachter, der gemeinsam mit der Region in einem transparenten Verfahren ausgesucht wurde, mit den Antworten auf die gestellten Fragen in der Region eine Basis bekommen, um dann in eine Entscheidungsfindung und eine Auswertung des Gutachtens vor Ort gehen zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, Sie haben den Lenkungsausschuss und die Beteiligung der beiden Regierungspräsidenten erwähnt. Waren Sie denn mit der Arbeit der beiden Regierungspräsidenten zufrieden?

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du fragst den Falschen!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Hauk, ich war mit der Arbeit der Regierungspräsidenten in dieser Frage zufrieden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In dieser Frage!)

genauso wie ich mit der Zusammenarbeit mit den Landräten und dem Oberbürgermeister zufrieden bin, von denen Sie wissen, dass sie Ihnen politisch näher stehen als uns.

(Zurufe der Abg. Tanja Gönner CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Alexander Bonde)

Wir haben da eine breite Einbindung der Region organisiert. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt, weil das genau die Fragen aufgreift, die Sie hier thematisiert haben, nämlich den Punkt: Wie wird da in einer Region diskutiert? Da erleben wir natürlich, dass es Fragen gibt. Zum Teil gibt es aber auch falsche Vorstellungen – sie sind zum Teil genannt worden – über die Größe. Wir reden über eine Planung, die zum Schluss eine Fläche von 10 auf 10 km in Höhenlagen betrifft, nicht über einen gesamten Naturpark.

Herr Bullinger, wenn Sie sagen: „Wir wollen weiterhin Kulturlandschaft haben“, möchte ich Ihnen antworten: Wir haben weiterhin Hunderttausende Hektar Kulturlandschaft, die von dem Projekt nicht betroffen sind. Wir reden beim Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord über eine Fläche von 375 000 ha. Diese wird weiter als Kulturlandschaft bestehen. Auf einer kleinen Fläche von 10 000 ha, einem Areal von 10 auf 10 km, wollen wir etwas anderes machen. Da wollen wir Natur Natur sein lassen, Arten zum Zug kommen lassen, die in unseren Kulturlandschaften mit hoher Bewirtschaftung keine Chance haben, und den Menschen die Möglichkeit geben, auch ein anderes Naturerlebnis zu erfahren. Insofern stellt das die Kulturlandschaft nicht infrage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben gesagt, dass Sie die Bevölkerung aufklären wollen und mitnehmen wollen. Eine ganz entscheidende Frage für die Menschen in Baiersbronn, in Freudenstadt, teilweise auch in Loßburg oder in Seewald ist: Wenn es in diesen Gemeinden am Ende eines Diskussionsprozesses zu einer Volksabstimmung kommen wird, werden Sie die Meinung, die dort zum Ausdruck kommt, werden Sie die Ergebnisse der Volksabstimmungen dort akzeptieren und respektieren?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Volksabstimmung ist auf Landesebene!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Kern, eine Volksabstimmung, wie Sie es formulieren, kennt unsere Landesverfassung auf Landesebene.

(Heiterkeit des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Ich bin mir mit Ihnen, glaube ich, einig, dass es nicht sinnvoll ist, die Frage eines Nationalparks, über dessen Einrichtung zum Schluss per Landesgesetz entschieden werden soll, in dem von Ihnen genannten Verfahren, nämlich einer landesweiten Volksabstimmung, so, wie unsere Verfassung sie kennt, zu beantworten. Deshalb wählen wir bewusst ein Verfahren, bei dem es in der jetzigen Phase darum geht, zu klären: Was sind die Vor- und Nachteile eines solchen Verfahrens? Was bringt es der Region letztlich? Was gibt es an realen Ein-

schränkungen, aber auch an positiven Chancen? Deshalb machen wir jetzt ein Verfahren mit einer breiten Einbindung. Da geht es im Moment nicht um eine Abstimmung, sondern darum, herauszuarbeiten, was eigentlich die Fakten sind, um auf einer Faktenebene hinterher gemeinsam entscheiden zu können.

Da will ich jetzt einfach noch einmal sagen, Herr Bullinger, weil Sie das Thema Biosphärengebiet angesprochen haben: Die Landesregierung muss respektieren, dass sich die Landkreise, nachdem sie das Thema Biosphärengebiet studiert haben, entschieden haben, dass sie nicht in diese Richtung weitergehen wollen. Wenn Sie von uns die Einbindung der Region fordern, müssen Sie auch mit akzeptieren, dass die Region mit ihren gewählten Vertretern entschieden hat, dass sie ein Biosphärengebiet nicht für den richtigen Entwicklungsweg hält.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Naturpark ist die Alternative!)

– Den Naturpark haben damals viele bekämpft. Dabei gab es Auseinandersetzungen, wie wir sie heute beim Nationalpark erleben. Der Naturpark hat sich etabliert; er ist gut. Ich bin stolz auf die Arbeit unserer Naturparke.

(Beifall der Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Deshalb haben wir, die grün-rote Koalition, im Haushalt die Mittel für die Naturparke deutlich erhöht – gegen die Stimmen der Opposition. Das will ich noch einmal deutlich sagen.

Insofern ist das eine Arbeit, die sich wunderbar ergänzt. Der Nationalpark wäre, wenn wir uns zum Schluss gemeinsam entscheiden, ihn einzurichten, eine tolle Aufwertung für den Naturpark. Er würde eine zusätzliche Schutzkategorie, einen zusätzlichen Vorteil im Bereich des Artenschutzes, aber auch in strukturpolitischen Fragestellungen bringen.

Erlauben Sie mir zum Schluss – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich würde jetzt gern einmal etwas im Zusammenhang darstellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie sind der Herr des Verfahrens – ja oder nein?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Nein.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Also.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich will noch einmal kurz darstellen, gerade auch für die FDP/DVP, was in der Naturschutzstrategie der Vorgängerregierung zum Thema Nationalpark geschrie-

(Minister Alexander Bonde)

ben wurde, was die politische Einschätzung war, die Ihre Vertreterinnen und Vertreter im Kabinett mit beschlossen haben. Da steht nämlich:

Sowohl Nationalpark als auch Biosphärengebiet betonen das Alleinstellungsmerkmal einer Region, sind international anerkannt und stärken in besonderer Weise Tourismus und regionale Wertschöpfung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und können geprüft werden! Den Kabinettsbeschluss kenne ich!)

Diese Position von Ihnen vom März 2011 teilen wir. Nichtsdestotrotz wollen auch wir genau diese Fragen vom Gutachter überprüfen lassen

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und uns auch in unserer Einschätzung am Ergebnis der Arbeit des Gutachters messen lassen. Dann wollen wir gemeinsam mit der Region in eine Auswertung des Gutachtens gehen. Wenn wir an dieser Stelle gemeinsam der Meinung sind, dass die Vorteile überwiegen, stellt sich die Frage nach einer Entscheidung und einem Verfahren.

Lassen Sie uns diese Debatte bitte gemeinsam konstruktiv führen. Ich finde, die heutige Stimmungslage hier zeigt, dass es einen konstruktiven Umgang damit gibt. Das gilt übrigens, Herr Bullinger, auch für die überwiegenden Teile der Bevölkerung vor Ort, die auch ein Interesse an einer ruhigen Diskussion hat und nicht an schrägen Tönen, wie Sie sie hier mit eingebracht haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP steht an einem Saalmikrofon.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Kern, er hat Nein gesagt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Während der Rede!)

– Nein. Er hat Nein gesagt – nicht während der Rede. Vielmehr hat er gesagt, dass er keine Zwischenfragen zulässt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da liegt ein Missverständnis vor!)

Er hat Nein gesagt. Das war laut und deutlich, Herr Dr. Kern. Das konnte man auch hinten hören.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe es auch nicht verstanden, Herr Präsident!)

Für eine weitere Runde erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler für die Fraktion GRÜNE das Wort.

(Zurufe)

– Er hat entschieden und hat Nein gesagt. Das können Sie als Redner auch so machen.

(Zurufe von der CDU)

– Entschuldigung. Das hat jeder gehört.

(Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU)

– Ich bin aber nicht der Hilfsdienstleister von Einzelnen, Herr Rau.

(Vereinzelt Beifall)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und werde Kollegen!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine Kritik am Präsidenten!)

Lieber Kollege Bullinger, einen Punkt muss ich schon einmal ausräumen. Sie sind maximal auf dem Stand von 1995. Wenn Sie schon einen Biosphärenpark als Alternative ins Spiel bringen, muss ich Ihnen Folgendes sagen – ich habe Ihnen das schon beim letzten Mal erklärt –: Das ist so, als wenn Sie den Auftrag bekommen würden, die Eisbären am Nordpol zu schützen, und dann Schutzgebiete am Südpol einrichten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dort ist es auch kalt!)

Das sind Äpfel und Birnen. Das sind zwei verschiedene Sachen. Das sind unterschiedliche Ziele. In einem Nationalpark gibt es andere Prozesse und andere Arten. Deswegen ist das ein anderes Objekt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie verwenden den Begriff „Biosphärenpark“. Biosphärenparke gibt es in Österreich. In Deutschland waren diese im Referentenentwurf des Bundesnaturschutzgesetzes bis zum Jahr 1995 enthalten. Seither gibt es diesen Begriff in Deutschland überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausführungsverordnung!)

Was Sie dann noch bezüglich weniger Vielfalt gesagt haben, ist genau der Punkt. Herr Bullinger, es geht nicht darum, ob man in einem Nationalpark mehr Vielfalt oder weniger Vielfalt hat. Es geht nicht um den Schutz bestimmter Arten. Das ist nicht das Ziel eines Nationalparks. Das habe ich schon einmal gesagt. Es geht nicht darum, bestimmte Arten zu schützen. Vielmehr geht es darum, Prozesse zu schützen und zu schauen, was passiert, wenn der Mensch seine Griffel heraushält. Darum geht es.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Rösler, ich schätze Ihren Sachverstand. Deshalb hätte ich gern von Ihnen gewusst, wie Sie den Umbau einer solch großen Fläche bewerten. Heißt das für Sie auch, jährlich eine Fläche von 250 ha abzuholzen, um danach eine Fläche von 7 500 ha zu bekommen, die sich dann entwickelt? Wenn ja, in welchem Zeitraum und mit welchen Zwischenstufen? Das würde mich interessieren; denn das ist mit entscheidend für die Begleitmaßnahmen.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist eine gute Frage, auf die ich im Laufe des Referats sowieso noch eingegangen wäre.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Entschuldigung!)

– Nein. Die Frage ist völlig gerechtfertigt.

Zunächst zu den Zahlen. Angenommen, man hätte einen Nationalpark mit 10 000 ha Fläche. Schon jetzt sind 1 000 bis 3 000 ha außerhalb der Nutzung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Die Managementzone wird 2 500 ha umfassen. Das heißt, man hat noch eine Restfläche von vielleicht 6 000 ha. Diese Fläche ist innerhalb von 30 Jahren entsprechend zu entwickeln. Dies sind etwa 200 ha pro Jahr.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Sie abholzen müssen!)

– Nein. Wir haben ein Landeswaldgesetz. Wir haben schon jetzt eine PEFC-Zertifizierung. In Kürze werden wir eine FSC-Zertifizierung haben. Somit sind Vorschriften gegeben, gemäß denen Kahlhiebe – diese werden übrigens leider von bestimmten Kollegen angeführt, die den Nationalpark kritisch sehen – gar nicht zulässig sind.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Natürlich wird sich die Frage stellen, ob man in einem Nationalpark die Forsteinrichtung nicht alle zehn, sondern alle fünf oder drei Jahre durchlaufen lässt, also den Prozess etwas intensiviert, den unsere Förster, die früher Schwarz-Gelb an der Spitze hatten und heute Grün-Rot an ihrer Spitze haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die sind immer grün!)

sowieso schon eingeleitet haben.

Das sind übrigens im Zusammenhang mit dem Bayerischen Wald und dem Schwarzwald die Äpfel und Birnen, die man nicht vergleichen darf, was aber häufig gemacht wird. Im Bayerischen Wald gab es 1970 großflächige Fichtenmonokulturen. Im Schwarzwald haben wir schon jetzt, im Jahr 2012, einen zum Teil über viele Jahre vorangegangenen Waldumbau, sodass die Gefahr eines großflächigen Borkenkäferbefalls geringer ist.

Wenn ich nun 30 Jahre lang, wie es die IUCN und die deutschen Kriterien vorschreiben – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich empfehle eine Vor-Ort-Besichtigung, Herr Rösler!)

– Das ist kein Problem, Herr Hauk. Am vergangenen Freitag war ich bei 120 Waldbesitzern vor Ort und habe mich mit diesen unterhalten. Das war sehr konstruktiv.

Ich war auch mit Herrn Kollegen Hammer vor Ort. Ich war auch mit anderen Personen dort im Wald. Ich kenne die Ecke gut.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer ist Kollege Hammer?)

– Entschuldigung, wenn ich Herrn Hammer fälschlicherweise als Kollegen bezeichnet habe. Er ist der ehemalige Forstamtsleiter von Baden-Baden.

Ich war oft dort im Gelände. Herr Hauk, das können Sie mir ruhig glauben. Ich kenne diese Gebiete. Ich war auch viel mit den Förstern im aktiven Dienst unterwegs, u. a. in Rastatt.

(Zuruf: Er kennt fast schon jeden Baum!)

Innerhalb von 30 Jahren müssen wir sehr wohl für große Teile eine naturnahe Entwicklung befördern und uns mit einer Verminderung der Gefahren des großflächigen Borkenkäferbefalls befassen. Ich finde, es ist wichtig, dass wir offen und fachlich – Sie sind ja vom einschlägigen Fach, Herr Hauk –

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie nicht!)

über die Frage debattieren. – Wenn Sie das so einschätzen, bitte. Herr Kollege Bullinger hat es gerade anders eingeschätzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nehmen Sie es nicht persönlich! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich schätze manches anders ein, aber richtig! Das ist halt so!)

Ich habe es doch gar nicht persönlich aufgefasst. Ich bin da völlig entspannt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir müssen ernsthaft darüber reden, was mit den Flächen passiert, die nach 30 Jahren noch nicht genügend umgebaut sind. Das ist eine wichtige fachliche Frage, die wir und auch ich persönlich erst in der letzten Woche wieder mit den Förstern vor Ort debattiert haben. Das ist eine interessante Frage. Sie wird mit Sicherheit Bestandteil des Gutachtens sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie wollen Sie das angehen?)

– Ich kann auf Ihren Zuruf nicht mehr eingehen, denn ich habe jetzt leider nur noch 39 Minuten Redezeit.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sekunden! 39 Minuten muss nicht sein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich hätte eine Fachfrage gestellt!)

– Entschuldigung. Es sind leider nur noch Sekunden.

Zum Schluss ist es mir wichtig, noch einmal einen Punkt hervorzuheben. Herr Kollege Dr. Bullinger, Sie haben gesagt, die Menschen wollten kein Totholz beobachten. Lesen Sie doch die Antwort des Ministeriums auf die letzte Frage in unserem

(Dr. Markus Rösler)

Antrag. Inzwischen sind diese Wildnispfade touristische Highlights. Zum Lotharpfad kommen jährlich 75 000 Besucher,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wahrscheinlich wegen des Namens!)

nur um zu beobachten, was passiert, wenn der Mensch seine Finger heraushält. Diese Menschen besuchen den Pfad deswegen, um zu sehen, was in einem kleinen Nationalpark geschieht. Das ist ein touristisches Highlight im Nordschwarzwald.

Ich glaube, wir können schon jetzt stolz darauf sein, dass es uns im Jahr 1999 gelungen ist, diesen Pfad überhaupt einzurichten – auch den Wildnispfad –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! Nichts dagegen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

um zu zeigen, was dort dann geschieht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Dies auf größerer Fläche und unter dem Eindruck der Stille erleben zu können ist ein Bestandteil des umweltpädagogischen Konzepts.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So wie hier im Plenarsaal!)

– Im Plenarsaal fehlt sie manchmal, wenn du dich zu viel äuserst.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stille ist ein Bestandteil dessen, was Umweltbildung bedeutet. Aus meiner Sicht ist es eine zentrale Bildungsaufgabe. Schade, dass die Kultusministerin gerade nicht anwesend ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie ist selten da! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hätte sie das verstanden? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber ihr sollten Sie das auch einmal erklären!)

Aus meiner Sicht ist es eine zentrale Bildungsaufgabe des Landes, zu vermitteln, was es bedeutet, wenn die Natur sich selbst überlassen wird.

Auch in diesem Sinn gilt das, was ich in meiner letzten Rede formuliert hatte: Es geht um Verantwortung für die Schöpfung, es geht um Verantwortung für unser Naturerbe und um die Frage, was passiert, wenn wir diese Prozesse sich selbst überlassen und die biologische Vielfalt, die nur dort und nicht im Biosphärenreservat vorkommt, beobachten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber gern doch.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stille wäre ein gutes Rezept! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wäre etwas völlig Neues für Sie, Herr Kollege!)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Dr. Rösler, Sie wissen, dass ich in dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb wohne. In diesem Hohen Haus habe ich mich auch schon als ein Stückchen Biosphäre bezeichnet. Der Unterschied zwischen einem Biosphärengebiet und einem Nationalpark ist mir sehr wohl bewusst.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das müssen Sie Herrn Kollegen Dr. Bullinger einmal sagen.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Beim Nationalpark liegt der Schwerpunkt auf der Natur, und beim Biosphärengebiet liegt der Schwerpunkt auf der Interaktion von Mensch und Natur. Ich glaube, dass wir den Unterschied schon verstanden haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Teilen Sie meine Auffassung, dass Sie gerade Äpfel mit Birnen verglichen haben, als Sie gesagt haben, den Wildnispfad besuchten 75 000 Touristen im Jahr? Können Sie im Gegenzug konkrete Zahlen nennen oder zumindest eine Schätzung geben, wie viele Touristen pro Jahr das Biosphärengebiet Schwäbische Alb besuchen?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zuerst einmal möchte ich entschieden zurückweisen, dass ausgerechnet ich als „Oberstreuobstler“ Äpfel und Birnen verwechseln würde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist das beim Obstler auch so?)

Zweitens: Um Interaktion geht es im Nationalpark und im Biosphärenreservat. Der Unterschied ist, dass es beim Biosphärenreservat – ich unterstelle, dass Sie das wissen – zusätzlich um regionale Wirtschaftskreisläufe, um Wirtschaftskraft und Wirtschaftsförderung im Sinne der Nutzung geht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und dort nicht! – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Entschuldigung! Sie sagen, dass beim Nationalpark die Griffel draußen gelassen werden! Das bedeutet eben gerade nicht Interaktion!)

– Das bedeutet nicht, in der Kommunikation und in der Interaktion die Griffel herauszuhalten, im Gegenteil. Es bedeutet aber, dass eine wirtschaftliche Nutzung in der Kernzone eines Nationalparks gemäß den Kriterien eines Entwicklungsnationalparks, die so seit 2002 im Bundesnaturschutzgesetz enthalten sind, nach einer Übergangszeit von maximal 30 Jahren weltweit nicht mehr stattfinden darf.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Interaktion ist da sehr wohl möglich und gewünscht, und Besucher sind erwünscht. Ich hatte an dieser Stelle schon gesagt, dass ich mir sehr gut vorstellen kann, dass in einer Kernzone gegebenenfalls neue, insbesondere barrierefreie Wege dazu kommen können. Es ist Bestandteil eines Nationalparks, dass die Menschen in den Nationalpark hineinsollen. Ich sage sogar bei Naturschützern, bei denen ich nicht immer ungeteilte Zustimmung finde: so viele wie möglich. Entscheidend ist natürlich, dass der Schutzzweck nicht gefährdet wird. Aber das Ziel eines Nationalparks ist sehr wohl, dass möglichst viele Menschen hineingehen, um erleben zu können, was dort passiert. Das ist Interaktion, auch im Nationalpark.

(Dr. Markus Rösler)

Zu Ihrer zweiten Frage: Biosphärengebiet. Sie wissen selbst, dass die Zahlen der touristischen Übernachtungen für das Biosphärengebiet theoretisch vorliegen. Wir müssten die Zahlen für die 29 Gemeinden, die Sie auch kennen, jetzt addieren. Ich glaube, es liegt noch keine Gesamtzahl vor. Aber aufgrund des Tourismusberichts 2011 wissen wir, dass die Schwäbische Alb – so lautete eine Meldung auf der entsprechenden Messe – inzwischen ein Renner geworden ist und dort eine Zunahme des Tourismus festzustellen ist, was uns alle freut.

Ich kann nur sagen: Hören Sie auf die der FDP angehörende Wirtschaftsministerin in Bayern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein Minister! Sie meinen die Staatssekretärin!)

– Die Staatssekretärin. Entschuldigung. – Hören Sie auf die der FDP angehörende Staatssekretärin in Bayern, die sagt, der Nationalpark Bayerischer Wald sei ein Tourismusmagnet und eine gute Einrichtung für den Freistaat Bayern. Ich würde mir wünschen, dass die FDP – vielleicht nach einigen Monaten, am Ende des Prozesses – auch sagen wird: Der Nationalpark ist eine gute Idee für Mensch und Natur.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe „Biosphäreteilhaber“ oder auch nicht!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jeder lebt in einer Biosphäre, auch Sie, Herr Kollege! – Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Kollege Glück hat dies eben so formuliert.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nachdem ich inzwischen auch einschlägig informiert bin und dies zur Kenntnis genommen habe, gibt es doch ein paar Punkte, die man vielleicht geraderücken sollte. Das ist zum einen nach wie vor die Frage – dies muss man den Menschen erklären –, warum erst über 30 Jahre hinweg ein Umbau stattfinden muss und der Wald nicht sofort unter Schutz gestellt werden kann.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE holt sich das Wasserglas vom Rednerpult.)

– Jetzt stiehlt er mir noch mein Wasser.

(Heiterkeit – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Nachschub kommt!)

Das ist eine Widersprüchlichkeit, die es aufzuklären gilt.

In Bezug auf die Stille, die im Wald herrscht – die auch hier manchmal herrschen sollte –, muss man sagen: Auch im Wirtschaftswald findet nicht dauernd Holzeinschlag statt. Insofern findet der Bürger auch dort Stille.

Zum Biosphärengebiet Schwäbische Alb, lieber Kollege Rösler: Natürlich hat es dort einen Anstieg beim Tourismus gegeben, sogar einen exorbitanten Anstieg. Vorher war es ein Truppenübungsplatz; da gab es keine Besucher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt jetzt aber nicht! Der Truppenübungsplatz hat keine 10 % von dem Gebiet ausgemacht!)

Auch vorher war auf der Schwäbischen Alb nicht so viel Tourismus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt zum Thema Holzversorgung, Herr Reusch-Frey. Dieses Problem mit Blick auf die Holzverarbeitenden Branchen so niedrig zu hängen ist der falsche Weg. Wenn man in diesem Zusammenhang die ehrliche Diskussion sucht, dann muss man zwischen Holzversorgung auf der einen Seite und der entsprechenden Unterschutzstellung auf der anderen Seite abwägen. Wenn Sie 10 000 ha Wald aus der Bewirtschaftung nehmen, dann fehlen in der Folge ungefähr 50 000 Festmeter Holz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Und wo sind die Kapazitäten?)

Man muss der Ehrlichkeit halber auch sagen, dass das Holz – dafür steht die neue Regierung – jetzt natürlich vermehrt genutzt werden soll, und zwar sowohl für bauliche als auch für energetische Zwecke. Das heißt wiederum, dass nun die Menge Holz, die fehlt, irgendwoher kommen muss. Ich gebe mich nicht mit der Aussage zufrieden: Man kann es halt irgendwoher importieren. Das halte ich auch vor dem Hintergrund der CO₂-Problematik für nicht gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Aber gern doch.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Lieber Kollege Dr. Rapp, die Kollegin hat es vorhin schon gesagt: Wir haben in den letzten Jahren Jahr um Jahr festgestellt, dass das Land Baden-Württemberg nicht das Potenzial an Holzentnahme ausgeschöpft hat, das eigentlich zur Verfügung stand.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Energiewende kam doch erst jetzt! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Seit Jahren haben wir in Baden-Württemberg weniger Holz entnommen, als laut den Forstwirtschaftsplänen theoretisch möglich gewesen war, vielleicht mit Ausnahme des „Käferjahrs“ und der nachfolgenden Jahre; dies erklärt sich eben aufgrund des Schädlingsbefalls. Das heißt, was jetzt fehlt, ist marginal und würde keinesfalls zu einer energetischen Problematik führen, da wir ja schon bisher freiwillig auf ein Vielfaches verzichtet haben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Winkler, wo ist die Frage?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war eine Kurzintervention!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Stimmen Sie zu?

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Kollege Winkler, ich beantworte es ganz einfach: Nein, ich stimme nicht zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wir haben zum einen seit März letzten Jahres veränderte Bedingungen, was den Holzeinsatz angeht. Wir wollen auf regenerative Energien umstellen; das ist gesellschaftlicher Konsens. Das halte ich auch für richtig. Da muss man aber auch so fair sein, zu sagen: Dann haben wir aber auch einen höheren Holzverbrauch als in den Jahren davor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo kommt es her?)

Wenn Sie jetzt die Forsteinrichtungswerke vergangener Jahre anschauen, dann wissen Sie genauso gut wie ich, dass darin nicht nur Fichte und Tanne stehen, sondern auch Buche, Eiche und andere Baumarten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn wir jetzt wiederum die Holznutzung anschauen – man könnte auch einmal die Nutzerseite anschauen –, dann stellen wir z. B. fest, dass der Markt für Buche, für Eiche und für andere Laubhölzer in Baden-Württemberg bzw. in Deutschland, in Mitteleuropa eigentlich eher der geringere ist und dass Fichte und Tanne den Hauptanteil der geschlagenen Bäume ausmachen. Das ist das Holz, das nachgefragt wird. Da sind wir bis jetzt – da können Sie alle Forsteinrichtungswerke und Hiabsätze anschauen – eigentlich immer am Limit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Der kennt sich aus! – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Mit Blick auf die sich zum Ende neigende Redezeit vielleicht noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Minister. Sie haben gesagt, wir hätten der Erhöhung der Mittel für die Naturparke nicht zugestimmt. Das ist falsch. Ich erinnere an die Haushaltsrede des Herrn Kollegen Locherer.

(Abg. Paul Locherer CDU: Ausdrücklich zugestimmt!)

Die Naturparkmittelerhöhung ist von uns nicht abgelehnt worden. Das Einzige, was wir abgelehnt haben, ist der Gesamthaushalt, und zwar einfach vor dem Hintergrund, dass noch kein Naturschutzgesamtkonzept für Baden-Württemberg besteht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das kommt bis Sommer! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wann?)

– Das haben Sie im letzten Jahr auch schon gesagt. – Im Prinzip ist es dann eigentlich eine ziellose Festlegung irgendwelcher Kenngrößen. Da gilt es, einfach ein bisschen mehr Fleisch an die Knochen zu bringen.

Ansonsten bedanke ich mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 15/904, ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/658. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann.

Zu Abschnitt II liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1277, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es einstimmig so beschlossen. Dadurch ist auch Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/658, erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land – Drucksache 15/532

Die Fraktionen haben für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Rolland das Wort.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen sind sicherlich noch die Bilder der brennenden Müllberge in Neapel in Erinnerung. Das ist das Negativbeispiel dafür, wie öffentliche Daseinsvorsorge nicht geregelt werden sollte.

Wie dies besser geschehen kann, zeigen wir deutlich in unserem Land. Wir sind Weltmeisterinnen und Weltmeister im Sammeln, Trennen, Verwerten und Beseitigen von Abfall. Wir haben eine Tonne für Papier, meist eine für Biomüll, eine für Restmüll, haben Container für Glas, haben Recyclinghöfe, Grünschnittplätze und Sammelstellen für Schadstoffe.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Für Batterien!)

– Genau, Herr Bullinger: Batterien, Leuchtstoffröhren werden zurückgenommen. Wir sammeln Textilien, Kork und Aluminium.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: CDs!)

(Gabi Rolland)

Die neueste Art, sich Dingen zu entledigen, ist, sie einfach auf den Bürgersteig zu stellen und mit dem Hinweis „Zu verschenken“ zu versehen. Wir sind also echt gut. Das nennt sich Kreislaufwirtschaft und ist super.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Was gut ist, kann aber noch besser werden. Hundertprozentige Verwertungsmöglichkeiten sind vorhanden. Eine mir gut bekannte Anlage des Zweckverbands Abfallverwertung Kahlenberg zeigt, wie mit moderner innovativer Technik erstaunlich hohe Verwertungsquoten möglich sind – und das, wie die letzten Jahre zeigen, bei stabilen Gebühren. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kreislaufwirtschaft zahlt sich aus. Sie ist nicht teurer, und sie ist gut für den Geldbeutel der Gebührenzahlerinnen und -zahler.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Fazit: Kommunale Müllbeseitigung und Müllentsorgung ist bürgernah, effizient und kostengünstig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht immer!)

Wir haben hier in unserem Land nicht die Fehler anderer gemacht; wir haben nicht auf teure Verbrennungsanlagen gesetzt, die heute nicht ausgelastet sind.

Wir sind aber in einem Punkt nicht gut. Sie alle kennen die gelben Säcke, die auf dem Bürgersteig liegen und die oft einen roten Punkt tragen, weil nicht immer das darin ist, was dort hineingetan werden soll. Die stoffliche Verwertung im Kunststoffbereich hat noch viel Spielraum nach oben. Deswegen ist der Vorschlag mit der Wertstofftonne durchaus richtig. Dadurch kann die Recyclingquote bei Weißblech, Aluminium und Kunststoff hervorragend verbessert werden. Das heißt: dann weniger Verbrennung und mehr Stoffkreislauf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der SPD-Fraktion ist natürlich klar, dass die Einführung der Wertstofftonne sehr eng begleitet werden muss. Es ist ein neues System. Auch muss natürlich im Auge behalten werden, dass dabei die Gebühren stabil bleiben.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, Ressourceneffizienz ist die Herausforderung der kommenden Jahre. Sie wissen auch: Wir haben nur eine Erde und keine zweite im Kofferraum.

Ich glaube, wir werden demnächst sogar zu einer Goldgräberstimmung kommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Altdeponie Meiningen!)

– Genau, Herr Bullinger. Das Beispiel Meiningen zeigt, was heute schon praktiziert wird: Unsere Rohstoffe sind vergraben, und alte Deponien werden wahrscheinlich wieder aufgemacht, um genau an diese teuren Rohstoffe wie seltene Erden oder Gold, die im Handy verarbeitet sind, zu kommen.

Ziel und Zweck unserer Anfrage war erstens, dass wir heute genau über das Thema Kreislaufwirtschaft mehr erfahren. Dafür einen herzlichen Dank an das Ministerium und an Sie, Herr Untersteller. Die Anfrage wurde wirklich vollumfänglich beantwortet.

Der zweite Punkt aber war die Frage: Wie gehen wir denn mit dem neuen, auf Bundesebene zu verabschiedenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht um? Da zeigt sich deutlich: Es war richtig, dass wir hier auf Bundesebene agiert haben. Wir sind erleichtert, dass jetzt im Vermittlungsausschuss endlich das festgeschrieben wurde, was richtig ist: Müllbeseitigung gehört in die öffentliche Trägerschaft und in die Verantwortung der Kommunen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, es ist richtig – und wir sind froh darüber –, dass dem Prinzip, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, eine Absage erteilt worden ist. Die Kommunen sind zuständig und verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von Ihnen hätte ich mir gewünscht, dass Sie gar nicht erst auf diesen Zug aufspringen, sondern deutlich sagen: Rosinenpickerei zulasten der Bürgerinnen und Bürger ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen gilt für uns, die SPD: Die Daseinsvorsorge, die elementaren Dinge des Lebens müssen in der Kommune, bei den Bürgerinnen und Bürgern erledigt werden. Wir stehen an der Seite der Kommunen. Das Motto „Stadt und Land Hand in Hand“ hat eine neue Qualität bekommen. Wir stehen an der Seite der Städte und Gemeinden in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Willi Stächele CDU: „Stadt und Land Hand in Hand“!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reuther.

Abg. Wolfgang Reuther CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte zur Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land findet vor einem aktuellen Hintergrund statt. Es wurde gerade angesprochen: Vor einer Woche ist es im Vermittlungsausschuss im zweiten Anlauf gelungen, die große Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts zu verabschieden. Der Grundsatz, mehr Wachstum mit weniger Ressourcen zu erreichen, ist ein ganz wesentliches Leitmotiv des neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Die Vorgängerregelung, die nun schon 16 Jahre alt ist, war die Grundlage hierfür. Die neue Regelung fußt auf drei Kerngedanken, wovon zumindest einer neu ist, nämlich erstens der Abfallvermeidung, zweitens der Wiederverwertung und Wiederverwendung von Abfall und drittens dem Recycling.

Noch Anfang der Neunzigerjahre wurden nur 30 % der Siedlungsabfälle wiederverwertet und recycelt. Mit der neuen gesetzlichen Grundlage soll ein Anteil von zwei Dritteln, nämlich 65 %, erreicht werden. Das ist natürlich ein neuer, hoher Anspruch und eine Vorgabe an Verbraucher, Unternehmen und Kommunen.

(Wolfgang Reuther)

Das heißt aber nicht, dass es insbesondere hier im Land nicht auch bis jetzt schon noch besser gegangen wäre. Denn es gilt gleichwohl festzuhalten: Wir sind, wie auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervorgeht, in Baden-Württemberg in allen diesen drei Punkten, nämlich der Abfallvermeidung, der Wiederverwertung und dem Recycling, bereits heute sehr gut aufgestellt. Allein schon bei der getrennten Erfassung von Wertstoffen liegt Baden-Württemberg in allen Bereichen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Insofern übernehmen Sie, Herr Minister Untersteller, auch in diesem Punkt, denke ich, ein ganz gut bestelltes Haus. Wir hoffen, dass Sie dies erfolgreich weiterführen können.

Zurück zum Kreislaufwirtschaftsgesetz: Im Verlauf der langen und kontroversen Gesetzgebung ging es vor allem um die ganz schwierige Frage – sie wurde von Frau Rolland schon angesprochen –: Wie soll möglichst kostengünstig der Grundkonflikt zwischen Daseinsvorsorge und Sicherheit auf der einen Seite und dem privatwirtschaftlichen Wettbewerb auf der anderen Seite gelöst werden? Denn es geht hier immerhin um 50 Milliarden € Gesamtumsatz per annum in der Abfallwirtschaft. Bei diesem Müll kann man schon kräftig stinken.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich meine, dass in Berlin eine ganz brauchbare Lösung für alle Beteiligten innerhalb dieses Spannungsfelds gefunden wurde. Unser Kollege Ulrich Lusche hat Sie, Herr Minister, vor Ihrer Reise nach Berlin noch einmal aufgefordert, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass ein Konsens gefunden wird. Wir können diesen Konsens begrüßen und hoffen, dass er standhalten wird.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Suche nach einer ordnungspolitischen Balance und einem fairen Interessenausgleich muss dabei immer eines im Blick haben: Wenn es mit der Müllentsorgung nicht funktioniert, wird der betroffene Bürger sich nicht an das private Entsorgungsunternehmen wenden – welches vielleicht von der Gemeinde beauftragt wurde –, sondern er wird gleich zur Gemeinde selbst kommen; denn diese trägt in den Augen der Öffentlichkeit stets die Verantwortung hierfür. Das heißt, es geht hier ganz klar um den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Da kommen unsere Kommunen natürlich nicht aus der Pflicht heraus.

Es war von Anfang an festgelegt, dass Müllentsorgung und Abfallwirtschaft kommunale Aufgabe und Pflicht sind und zur Daseinsvorsorge gehören. Deswegen sieht das neue Recht vor, dass eine Kommune, die diese Aufgabe gut und zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt, sie auch in Zukunft wahrnehmen kann.

Die Organisationshoheit und die wirtschaftlichen Belange der Kommunen werden geschützt. Die Gebühren bleiben verlässlich und stabil. Wir müssen festhalten, dass wir in Baden-Württemberg die bundesweit niedrigsten Müllgebühren zu verzeichnen haben. Das ist sicherlich ebenfalls ein Erfolg der vorherigen Landesregierung.

Richtig ist aber auch: Der Schutz der kommunalen Belange gilt natürlich nur dann, wenn Wertstoff- und Reststoffsammlungen bestmöglich durchgeführt werden. Wenn also eine Gemeinde dies heute nicht selbst tun will oder tun kann, kann sie private Unternehmen hiermit beauftragen. Dann haben wir

hier eben die Möglichkeit, diese einzubinden und somit dem Wettbewerb die Tür zu öffnen.

Diese sinnvolle Balance zwischen Gewährleistung und Erfüllung dieser Aufgaben durch die Kommune zu stabilen Preisen einerseits und, wie gesagt, der Öffnung hin zu mehr Wettbewerb in diesem Bereich andererseits war die große Aufgabe. Denn dies ist zum einen europarechtlich durch die Abfallrahmenrichtlinie vorgeschrieben, zum anderen ist es auch ordnungspolitisch richtig. Dass die FDP sich mit ihrer radikalen Forderung nicht durchsetzen konnte, ist vielleicht ganz in Ordnung so.

(Beifall bei den Grünen)

Wir müssen aber auch anmerken, meine Damen und Herren: Es könnte auf uns zurückkommen; denn der bvse geht jetzt schon zur Kommission und klagt. Vielleicht können wir also damit rechnen, dass noch etwas zu novellieren ist. Es wäre fatal, wenn das neue Gesetz schon mit dem Wirksamwerden in die Tonne getreten werden müsste; das wäre nicht unser Ziel.

Damit sind wir bei der Wertstofftonne. Ab 2015 wird es verbindlich, dass Bioabfälle, Papier, Metall, Kunststoff und Glas getrennt werden. Hierzu werden wir wahrscheinlich wieder auf Bundesebene in einem weiteren gesetzlichen Schritt die Wertstofftonne einführen. So kann die Wiederverwertungs- und Recyclingquote deutlich erhöht werden, und wir werden die gelben Säcke ablösen, ohne dass wir die FDP/DVP auflösen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gelbe Säcke haben wir nicht! Die schwarzen Säcke!)

Wir werden oft als Weltmeister im Mülltrennen bezeichnet. Das ist sicher richtig. Die Hingabe, mit der Grün und Rot manchmal im Müll fremder Menschen wühlen, bleibt uns aber hoffentlich weiterhin erspart.

Ich denke, mit dieser Wertstofftonne können wir der Rohstoffknappheit, die von der Kollegin Rolland angesprochen wurde, begegnen. Seltene Erden und sonstige Rohstoffe werden immer teurer. Nachdem wir heute bereits 13 % dieser natürlichen Rohstoffe aus der Wiederverwertung als Sekundärrohstoffe herausholen, sind wir da auf einem guten Weg. Mit diesem neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz werden wir das noch weiter intensivieren.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schoch das Wort.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, wie wir es bisher kannten, war erfolgreich. Trotzdem war es dringend notwendig, es zu novellieren. Die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes hat das Kreislaufwirtschaftsgesetz hervorgebracht, und das Kreislaufwirtschaftsgesetz hat die Abfallhierarchie neu geordnet; das war gut so.

So haben wir jetzt eine fünfstufige Hierarchie. Diese soll dazu beitragen, dass Vermeidung bzw. Wiederverwendung im

(Alexander Schoch)

Vordergrund stehen. Wenn diese Abfallhierarchie gut umgesetzt wird, kann sie auch dazu beitragen, dass Klima- und Umweltschutzziele vernünftig realisiert werden.

Ich danke dem Ministerium für die Intervention im Bundesrat, insbesondere für das Zustandekommen des Kompromisses im Vermittlungsausschuss. Dieser Kompromiss hat dazu beigetragen, dass die kommunale Entsorgungswirtschaft im Vordergrund steht. Denn wir haben in den letzten Jahren durch die Strukturen, die insbesondere in Baden-Württemberg von den Kommunen aufgebaut wurden, positive Erfahrungen gemacht. Diese Strukturen gilt es zu erhalten. Sie haben dazu beigetragen, dass wir Sammel- und Verwertungsweltmeister sind. Das bringt die Antwort des Ministeriums auf die Große Anfrage deutlich zum Ausdruck.

Ich denke, der Kompromiss, der aus dem Vermittlungsausschuss hervorging, hat dazu beigetragen, dass keine Rosinenpickerei – die im Endeffekt zulasten der Gebührenzahler und insbesondere zulasten der Kommunen gegangen wäre – stattfinden wird. Dieser Kompromiss trägt weiter dazu bei, die Kommunen abzusichern, der kommunalen Abfallwirtschaft eine Zukunftsperspektive zu geben und für die Beschäftigten in der Entsorgungswirtschaft Arbeitsplatzsicherheit zu erhalten.

Daher ist es, denke ich, wichtig, dass dieser Kompromiss zustande gekommen ist. Er ist im Interesse der Kommunen wichtig, und er ist, wie schon gesagt, im Interesse der Beschäftigten sowie auch im Interesse einer zielführenden, umweltgerechten Abfallwirtschaft wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Abfallwirtschaft dient im Endeffekt der Daseinsvorsorge, und die Daseinsvorsorge darf meiner Meinung nach nicht privatisiert werden. Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge hat – das hat die Vergangenheit gezeigt, und das erleben wir auch wöchentlich bei der Entsorgung des gelben Sackes – beispielsweise dazu geführt, dass in den gelben Säcken problematische Produkte entsorgt werden, die dort eigentlich gar nicht hineingehören, und die Verwertungsquoten sehr schlecht sind. Deshalb dient der gelbe Sack leider Gottes bisher nur dazu, privaten, kommerziellen und gewinnorientierten Interessen von Entsorgungsunternehmen gerecht zu werden.

Wir haben also mit diesem Kompromiss wirklich ein gutes Ergebnis erzielt. Dieses Ergebnis trägt dazu bei, dass eine umwelt- und sozial verträgliche Abfallwirtschaft in der Zukunft gesichert werden kann.

Es bleibt anzumerken – auch an die Adresse des Ministeriums –, dass wir in Richtung Bundesrat und in Richtung Bundesregierung auch hinsichtlich der Verpackungsverordnung endlich eine Novellierung anregen sollten. Denn wir benötigen eine Novellierung, die im Endeffekt auch die Kommunen stärkt und dadurch dazu beiträgt, das Abfallsystem umweltgerechter und sozial gerechter werden zu lassen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vermittlungsausschuss hat am vergangenen Freitag mit einer geringfügigen Änderung in Artikel 1 § 17 Absatz 3 den Weg für eine Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes frei gemacht. Ich glaube, es wurde hier schon an mehreren Stellen darauf eingegangen, dass dies richtig, wichtig und gut ist.

Mit der Novelle soll der Müll angesichts knapper werdender Ressourcen verstärkt als Rohstoffquelle genutzt werden. Insgesamt muss man sagen, dass mittlerweile bereits 13 % der Rohstoffe durch das Recyceln von Abfällen gewonnen werden. Ich möchte speziell noch einmal die Rolle Baden-Württembergs hervorheben. Baden-Württemberg als Hightechstandort ist natürlich auf bestimmte Ressourcen angewiesen, aber selbst nicht im Besitz beispielsweise von seltenen Erden.

Die Kommunen wollten, dass die privaten Sammler dieser wertvollen Abfälle nicht zu viel Einfluss bekommen, weshalb die Länder den Gesetzentwurf im November 2011 im Bundesrat abgelehnt haben. Das Problem ist jetzt nur: Der Regierung könnte ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission drohen. Man muss auch sagen, dass der bvse e. V. mittlerweile bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht hat. Die Frage ist also, ob dieser Kompromiss so, wie er geschlossen wurde,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der ist noch nicht in trockenen Tüchern!)

wirklich in trockenen Tüchern sein wird.

Es ist wichtig, dass die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden kann. Gleichzeitig wird die Aufgabenteilung zwischen Kommunen und Privatwirtschaft in der Entsorgung präzisiert und dadurch Rechts- und Planungssicherheit geschaffen. Das heißt, wir brauchen auf jeden Fall eine gesetzliche Regelung.

Jetzt zu dem, was im Sinne eines Kompromisses besprochen wurde: Es wäre wichtig, sich einmal anzuschauen, was ein Kompromiss ist. Vorhin kam ein bisschen Schadenfreude in Richtung FDP/DVP auf. Ich glaube, ein Kompromiss lebt einfach davon, dass er allen Seiten ein bisschen wehtut. Laut Duden ist ein Kompromiss eine gegenseitige Übereinkunft, beispielsweise vor Gericht oder in einem anderen laufenden Verfahren.

Dazu möchte ich jetzt doch ein paar Zitate anführen. Peter Götz von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte dazu:

Endlich ist im Vermittlungsausschuss ein Weg gefunden worden, wie die von der Koalition im Bundestag beschlossene Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umgesetzt werden kann.

Die CDU ist damit also zufrieden.

Bei der SPD ist es so:

Mit dieser Regelung hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit kommunalen Spitzenverbänden, öffentlich-rechtlichen Entsorgern, Umweltverbänden und der Gewerkschaft ver.di den Angriff der privaten Entsorger auf die Zuständigkeit der Kommunen bei der Haushaltsammlung und somit eine Rosinenpickerei abgewehrt.

Das ist ihre Position.

(Andreas Glück)

Herr Untersteller, Sie darf ich mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten ebenfalls zitieren:

Fairer Ausgleich zwischen privatem Wettbewerb und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Und die FDP im Bundestag sagt:

Die FDP war beim Kreislaufwirtschaftsgesetz die treibende Kraft für verbesserten Wettbewerb und mehr Recycling. Die Bundesratsmehrheit wollte mit den Stimmen von Rot-Grün und Schwarz-Rot den privaten Unternehmen den Zugang zum Altpapiermarkt verbieten.

Wir sind also mittlerweile an einem Punkt angelangt, an dem wir gesagt haben: Es gibt einen Konsens. Es wurde ein Kompromiss geschlossen. Darüber freuen wir uns alle; auch wir freuen uns.

Ich sage aber auch noch einmal ganz klar dazu: Natürlich wäre es uns lieber gewesen, wenn man dabei doch noch einen Schritt weiter in Richtung Privatwirtschaft gegangen wäre, zumal jetzt eine Klage bei der EU-Kommission droht.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Kommunen die immer lukrativer werdenden Teile der Abfallwirtschaft an sich binden wollen. Das geschieht durchaus auch zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger. Trotzdem sollte man da noch geschwind einen Blick in die Gemeindeordnung werfen. Bevor die Gemeinde eine Aufgabe wahrnimmt, die sie auch extern vergeben könnte, muss nachgewiesen werden, dass ein Privater dies nicht genauso gut oder günstiger machen kann. Das ist bei dem Kompromiss, den man jetzt gefunden hat, leider nicht der Fall.

Wie es mit diesem Kompromiss weitergeht, wird man sehen. Nach einem Jahr soll evaluiert werden. Im Übrigen wird natürlich auch noch die Frage sein, wie die EU-Kommission darauf reagiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Untersteller das Wort.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Große Anfrage der SPD-Fraktion hat in meinem Haus zu einer umfangreichen Datenerhebung geführt. Der Versuch, vorhandenes Wissen sinnvoll zusammenzuführen, hat aber auch deutlich gemacht, wie sehr die Abfallwirtschaft mittlerweile globalisiert, europäisiert ist, wie sehr sie gesamtdeutsches Recht betrifft. Er hat deutlich gemacht, dass die länderscharfe Betrachtung und die Erhebung von Daten eines einzelnen, wenn auch großen Bundeslands immer schwieriger wird, wie sehr das dann entgleitet und wie sehr man auch auf Abschätzungen angewiesen ist.

Die Abfall- und Wertstoffströme laufen von den Haushalten und Betrieben zum Teil bis China und in Form von recyceltem PET in Sporttrikots heutzutage wieder zurück. Ich glaube, die Antwort der Landesregierung kann sich vor diesem Hintergrund durchaus sehen lassen, auch wenn manche Zah-

len, wie bereits erwähnt, auf Abschätzungen beruhen und nur noch schwer auf das Land zu übertragen sind.

Es ist mittlerweile unstrittig und längst in den Köpfen aller Handelnden angekommen, dass die meisten Abfälle viel zu wertvoll sind, um einfach nur noch beseitigt zu werden. Abfall als Ressource ist heutzutage kein Strategiethema mehr, sondern ein Alltagsthema geworden, um das täglich konkret geworben und gerungen werden muss. Das gilt vor allem im Privathaushalt, bei dem das Bewusstsein für die Werthaltigkeit von Abfällen aufgrund der relativ geringen Mengen zwar hoch ist, in der Breite aber noch deutlich gesteigert werden kann.

Wir werden, ganz konkret beginnend im Haushalt bei den Bürgerinnen und Bürgern, noch in vielen Bereichen der Abfallwirtschaft gemeinsam erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen. Beispielsweise werden wir nach der neuen EU-Richtlinie über die Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten in wenigen Jahren die zweieinhalbfache Menge an Elektroschrott von den Haushalten einsammeln müssen. Das ist gut so und richtig. Hier wird Abfall letztendlich konkret zur Ressource. Das ist auch bereits in den einzelnen Beiträgen meiner Vorredner angeklungen.

In der Wirtschaft hat man im täglichen Betrieb bereits klar erkannt, dass und wie man mit Abfällen prächtig Geld sparen, aber auch prächtig Geld verdienen kann. Auch wenn der Marktpreis schwankt, können z. B. mit einer Tonne Altpapier heute zwischen 40 und 120 €, mit sortenreinem PET rund 400 bis 800 € je Tonne verdient werden. In unserem Müll steckt also jede Menge Geld, man kann auch sagen: Gold.

Ein praktisches Beispiel dazu: Nehmen Sie eine Tonne Handys, die heute gesammelt werden. Darin sind rund 250 g Gold enthalten. Wenn Sie das umrechnen, dann stellen Sie fest, dass Sie auf die sagenhafte Summe von 10 000 € kommen. Außerdem sind darin Silber und sogenannte seltene Erden enthalten.

Damit wissen Sie auch, warum in Deutschland und in anderen europäischen Ländern heutzutage Handys gesammelt werden. Sie werden allerdings nicht bei uns verwertet, sondern gehen per Container wieder zurück nach China, nach Taiwan, nach Südkorea. In den ostasiatischen Ländern werden diese mittlerweile noch auf Halde gelegt. Aber ich gehe davon aus: In wenigen Jahren wird man dort das bereits zitierte Urban Mining betreiben. Die Aufgabe von uns – in Europa, auch hier in Deutschland – wird es sein, diese Ströme nicht auslaufen zu lassen, sondern in den kommenden Jahren selbst Strategien zu entwickeln,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wertstoffstrategie!)

um diese Ströme und diese Wertstoffe in Deutschland oder auch in Baden-Württemberg nutzen zu können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Abfall, meine Damen und Herren, ist lohnend geworden. Das macht deutlich, warum der Kampf um den Abfall durch einen Teil der privaten Entsorgungswirtschaft insbesondere im vergangenen Jahr geradezu verbissene Züge – so kann man sagen – angenommen hat.

(Minister Franz Untersteller)

Gegen uns läuft – das ist vorhin schon angeklungen – auch eine Beschwerde in Brüssel. Sie lief zunächst bei der GD Umwelt, mittlerweile läuft sie bei der GD Wettbewerb. Sie läuft übrigens nicht erst seit dem vergangenen Jahr, sondern bereits seit zwei Jahren, und zwar im Zusammenhang mit der sogenannten Autarkieverordnung, die es in Baden-Württemberg seit Ende der Neunzigerjahre gibt. Diese Verordnung besagt im Kern, dass wir unsere entsorgungspflichtigen Körperschaften verpflichten, ihre Abfälle den hochwertigen Abfallbehandlungsanlagen in Baden-Württemberg anzudienen.

Das hat mehrere Vorteile: Zum einen konnten wir hier über Jahre hinweg die hohe Qualität der Entsorgungsinfrastruktur gewährleisten. Zum Zweiten waren diese Anlagen auch ausgelastet. Wir hatten auch keine Überkapazitäten. Drittens führt das dazu – das ist vorhin schon erwähnt worden –, dass wir in diesem Land im Vergleich zu anderen Bundesländern trotzdem niedrige Entsorgungsgebühren haben.

Die Situation ist mittlerweile die, dass wir in anderen Teilen der Bundesrepublik über Überkapazitäten reden. In Norddeutschland, in Westdeutschland, aber auch in Ostdeutschland gibt es Überkapazitäten. Was machen manche Herrschaften der privaten Wirtschaft? Sie gehen nach Brüssel, um zu sehen, wie sie Zugriff auf die Abfälle von elf Millionen Einwohnern bekommen, die eigentlich über die Jahre hinweg, und zwar im Konsens aller Fraktionen – das muss ich hier auch einmal deutlich sagen –, eine, wie ich finde, sehr vernünftige Entsorgungsstruktur aufgebaut haben.

Ich kann Sie nur bitten, mich in dieser Auseinandersetzung mit der EU-Kommission in Brüssel zu stützen und zu unterstützen. Dabei geht es im Kern um die Autarkieverordnung, die sowohl im Hinblick auf eine hohe Qualität unserer Entsorgung als auch im Hinblick auf die Sicherung niedriger Gebühren Sinn macht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe in Brüssel bereits Gespräche mit Abgeordneten aller vier Fraktionen des Europäischen Parlaments geführt. Ich habe dort für unsere Position geworben und habe den Eindruck, dass das auch verstanden wird. Aber noch einmal: Ich möchte auch an Sie von den Fraktionen appellieren, mich in diesem Kurs zu unterstützen, damit wir hier an dieser sinnvollen Lösung, die vor Jahren gefunden wurde, festhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zurück zu dem, was schon in den verschiedenen Reden angesprochen wurde, nämlich zu der Auseinandersetzung über das Kreislaufwirtschaftsgesetz und zu dem langen Weg, den der Arbeitsentwurf genommen hat und auch durch den Vermittlungsausschuss nehmen musste. Seien Sie mir nicht böse, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ich finde, wir von den Fraktionen haben da allesamt, wie wir hier sind, unter Ihnen gelitten. Auch die CDU-Kollegen haben, was ich so höre, in Berlin erheblich

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nicht unter der Landtagsfraktion gelitten!)

unter Ihnen und Ihrer Verweigerungshaltung, auch im Vermittlungsausschuss, gelitten. Schauen wir uns einmal an, was Sie da vorhatten. Im Grunde ging es darum, der privaten Entsor-

gungswirtschaft hier einen Markt von Wertstoffen zu öffnen. Was wäre die Folge gewesen? Die Gebühren wären letztlich gestiegen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

weil die Abfallbehandlungsanlagen ihre Kosten durch Gebühren und den Erträgen aus den Wertstoffen nicht mehr hätten decken können. Die Bürgerinnen und Bürger hätten daheim weiter getrennt gesammelt. Das Sammelergebnis wäre in die Hände der privaten Wirtschaft geflossen. Die Folge davon wäre letztlich gewesen, dass die entsorgungspflichtigen Körperschaften gezwungen gewesen wären, die Gebühren anzuheben. Das wäre die Folge gewesen.

Ich sage einmal ganz selbstbewusst: Es ist uns in Baden-Württemberg mit zu verdanken, dass dieses Ergebnis im Vermittlungsausschuss so zustande gekommen ist. Wir hatten zum Schluss die Verhandlungsführerschaft unter den A-Ländern. Jetzt wurde die Lösung gefunden, dass es nicht mehr um eine Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Sammelsysteme geht – so, wie es ursprünglich im Entwurf stand –, vielmehr muss jetzt ein wesentlich leistungsfähigeres System nachgewiesen werden, bevor ein Privater zum Zuge kommen kann. Ich glaube, dass wir ein sehr gutes Ergebnis gefunden haben, das den entsorgungspflichtigen Körperschaften hier im Land und in Deutschland weiterhin eine gute Position sichert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe mich von Anfang an uneingeschränkt für die Beibehaltung einer kommunalfreundlichen Gestaltung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes eingesetzt. Ich bin sehr froh über dieses Ergebnis, wie es sich jetzt darstellt. Ich glaube, dieses Ergebnis liegt auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Wenn sie sich zu Hause schon der Mühe unterwerfen, Abfälle zu trennen, dann sollten sie in Form niedriger Gebühren auch den Erfolg dieser Trennaktivitäten einfahren können.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. In der kommenden Auseinandersetzung um die Frage der Einführung der Wertstofftonne wird diese Diskussion weitergehen. Dabei werden wir darüber diskutieren, wer zukünftig Zugriff auf die Wertstoffe hat, ob das weiterhin die kommunale Ebene sein wird oder ob die private Abfallwirtschaft den Zugriff auf diese, wie ich finde, wichtigen Stoffe haben wird.

Ich versichere Ihnen, dass wir hierbei konsequent eine kommunalfreundliche Haltung einnehmen werden. Wir werden weiter dafür sorgen, dass diejenigen, die in der Vergangenheit für den Aufbau einer guten und ökologisch hochwertigen Entsorgungsinfrastruktur in Baden-Württemberg verantwortlich waren, auch weiterhin die Früchte ihrer Arbeit der vergangenen Jahre ernten und damit auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land daran partizipieren können.

Zum Abschluss noch ein paar Bemerkungen. In den vergangenen Jahren war die Abfallpolitik kein großes Kampffeld zwischen den Fraktionen im Landtag mehr. Das war in den Achtziger- und Neunzigerjahren anders. Diejenigen, die schon länger in der Politik sind, wissen um die Auseinandersetzungen über die Abfallverbrennungsanlagen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Franz Untersteller)

über die Sondermüllverbrennungsanlagen usw. Ich glaube, man hat damals die richtigen Konsequenzen daraus gezogen.

Im Kern muss man sagen: Hinsichtlich der Grundzüge der Abfallpolitik in diesem Land herrschte in den vergangenen Jahren Einigkeit. Ich möchte an die neue Opposition appellieren, dass sie auch weiterhin an der Einigkeit hinsichtlich der Grundzüge festhält und uns insbesondere dann, wenn es um Autarkieregelungen geht, bei diesem kommunalfreundlichen Kurs unterstützt, an dem wir festhalten wollen und den die Vorgängerlandesregierung in den vergangenen Jahren konsequent eingeschlagen hat, sodass wir auch in den kommenden Jahren gemeinsam vorangehen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bedanke mich bei der SPD-Fraktion für diese Große Anfrage, weil sie uns damit die Möglichkeit gegeben hat, unsere Positionierung in dieser wichtigen Frage, die die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret betrifft, darzulegen.

Außerdem bedanke ich mich beim Haus insgesamt. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg – Drucksache 15/865

Die Fraktionen haben für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

*Das schönste Land in Deutschlands Gau'n,
das ist das Badner Land.
Es ist so herrlich anzuschau'n
und ruht in Gottes Hand.*

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

– Vielen Dank.

Ich habe mit Absicht nicht gesungen, weil ich nicht wusste, ob Sie dann auch geklatscht hätten.

Meine verehrten Damen und Herren, bei dem boomenden Tourismus könnten wir dieses Lied als Lobeshymne anstimmen, weil es natürlich zuerst unser Land ist, das die Basis für die günstige Entwicklung des Tourismus darstellt.

(Unruhe)

Dabei muss ich als gebürtiger Württemberger natürlich deutlich sagen, dass auch dieser Teil des Landes seinen Beitrag dazu leistet, uns aber leider eine entsprechende Hymne fehlt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Übertreiben Sie es nicht!)

Erstmals über 45 Millionen Gästeübernachtungen im Land.

Diese Schlagzeile erfreute in der letzten Woche alle im Tourismus Beschäftigten in Baden-Württemberg. Sie macht deutlich, dass der heimische Tourismus seine Aufwärtsentwicklung in verstärktem Umfang fortsetzt. Das Land hat in den letzten zehn Jahren seine touristische Leistungsfähigkeit gesteigert und die Bedeutung des Tourismus innerhalb des Wirtschaftsgefüges weiter ausgebaut.

Die Zahlen, die in der Antwort der Landesregierung genannt werden, sprechen eine deutliche Sprache. Die Ausgaben der Übernachtungs- und Tagesgäste wurden schon 2007/2008 auf ca. 15,5 bis 17,9 Milliarden € geschätzt. Dies zeigt, dass der Tourismus von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist, aber nicht nur das. Der Tourismus bietet auch 280 000 Menschen einen sicheren Arbeitsplatz. Das sind gut 5 % aller Beschäftigten in Baden-Württemberg.

Der Tourismus erfüllt damit vor allem im ländlichen Raum eine wichtige Funktion als Jobmotor. Dass dies so ist, kommt nicht von ungefähr: Die große Stärke des baden-württembergischen Tourismus ist ein breites Angebot, das es nirgendwo sonst in solch großer Vielfalt gibt: Natur- und Kulturlandschaften, historische Städte und Gemeinden mit ganz besonderem Charme, Schlösser, Gärten, Museen, Bäder und Heilbäder. Dazu kommen eine hervorragende Gastronomie und natürlich der Weinbau.

Von diesem bunten Strauß an Angeboten erfreut sich der Städtetourismus zunehmender Beliebtheit. Kurzreisen in die Städte sind das touristische Boomsegment des letzten Jahrzehnts. In diesem Bereich konnten die Übernachtungszahlen um fast ein Drittel gesteigert werden.

Im Bereich des Kulturtourismus ist es schwierig, Zahlen zu ermitteln. Aber klar ist, dass die Dichte der Schlösser, Burgen, Gärten und vieler Sehenswürdigkeiten mehr überregional wahrgenommen wird. Sie sind touristische Magnete, von denen allein die landeseigenen Kultureinrichtungen jährlich über sechs Millionen Besucher anziehen.

Hier geht es darum, einen Blick auf die Bedeutung der Denkmalpflege zu legen. Dies zeigen z. B. die Aktivitäten am jährlich stattfindenden Tag des offenen Denkmals, der sich einer starken Besucherresonanz in den jeweiligen Regionen erfreut.

Baden-Württemberg kann sich auch als Bäderland bezeichnen. Rund ein Viertel der Übernachtungen werden in den Heilbäderstandorten verbucht. Diese generieren sich vor allem aus dem Gesundheitstourismus. Auch wenn der Markt der ambulanten und stationären Vorsorgeleistung derzeit schrumpft, besteht in diesem Bereich enormes Potenzial.

Laut Markt- und Trendforschern kann der Gesundheitstourismus zu den entscheidenden Konjunkturmotoren der Tourismusbranche gehören. Diese Chance möchten die Heilbäder und die Kurorte in den nächsten Jahren nutzen.

(Hans-Peter Storz)

Man könnte nun vermuten, die von mir aufgezeigten positiven Entwicklungen würden sich selbsttragend fortsetzen. Allerdings ist das nicht der Fall: Die Tourismusdestinationen im Land stehen im Wettbewerb mit vielen anderen national und international bedeutsamen Destinationen. Die Akteure in der Tourismusbranche stellen sich dieser ständigen Herausforderung und geben ihr Bestes, damit der Tourismus in Baden-Württemberg als Wirtschaftszweig weiter expandieren kann.

Hierbei sind sie jedoch auf die Unterstützung des Landes angewiesen. Deshalb haben wir, die neue Landesregierung, die institutionelle Förderung für die Tourismus-Marketing GmbH erstmals seit 2002 endlich wieder erhöht. Konkret sind es eine halbe Million Euro, die die TMBW jährlich mehr bekommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Die Mittel sollen schwerpunktmäßig für Social Media und Auslandsmarketing verwandt werden, um Baden-Württemberg als Tourismusdestination international zu bewerben. Aber auch die regionalen Tourismusverbände profitieren von der höheren Förderung der TMBW, da diese einen Teil der Mittel für die örtliche Tourismusmarketingwerbung weiterleitet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als Politikerinnen und Politiker sind wir in der Pflicht, unsere Förderungsinstrumente immer wieder zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen. Das gilt natürlich auch hinsichtlich des Tourismusmarketings und der Tourismusinfrastruktur. Mit unserer Zielsetzung, den Tourismus nachhaltig auszurichten, haben wir einen Rahmen für unser Handeln in dieser Legislaturperiode definiert: Die SPD-Fraktion ist gern bereit, den Begriff „Nachhaltigkeit im Tourismus“ mit Leben zu füllen, und steht einer Weiterentwicklung der Tourismusförderung offen gegenüber.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Zuruf: Jetzt „rappelt“ es!)

– Heute „rappelt“ es in Baden-Württemberg.

Lieber Herr Kollege Storz, Ihnen ein herzliches Dankeschön. Sie haben richtigerweise die Erfolgsgeschichte des Tourismus in Baden-Württemberg und damit auch die richtigen Entscheidungen der Vorgängerregierung ausführlich und sachlich dargestellt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür ein Dankeschön. Sie konnten das auch sehr gut mit Zahlen belegen. Insofern kann ich hier einige Punkte überspringen.

Was die kontinuierliche Steigerung der Ausgaben für Tourismusmarketing angeht, führen Sie auch das fort, was in den

vergangenen Jahren gut und recht war. Daher an dieser Stelle noch einmal ein Dankeschön.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war kontinuierlicher Stillstand in den letzten Jahren! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Sind Sie nie in Urlaub gefahren?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Im Marketing! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn man sich jetzt die Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg anschaut, dann darf man bei aller politischer Diskurshaltung in manchen Politikfeldern doch ein Lob aussprechen. Zumindest bis zum heutigen Tag konnten die Angehörigen der Branche auf die Fortführung einer erfolgreichen Politik bauen. Persönlich halte ich es übrigens für eine absolut richtige Entscheidung, dass die Zuständigkeit für den Bereich Tourismus dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz übertragen wurde. Man muss also sagen: hohes Lob.

Dass die bisher eingeschlagenen Wege im Tourismus richtig und gut waren, hat Herr Kollege Storz vorgestellt. Es sind immerhin bis zum heutigen Tag rund 5,1 % der erwerbstätigen Personen vom Tourismus abhängig oder arbeiten im Bereich des Tourismus. Das ist eine Sprache, die für sich spricht.

Grundlage für die künftige Tourismuspolitik müssen aber auch der Erhalt und der Ausbau der Vielfalt der touristischen Angebote sein. Ich denke, dass es gerade deswegen wichtig ist, die Fördermittel nicht einseitig zu vergeben, sondern sie sowohl für die Tourismusinfrastruktur, für das Marketing als auch für Sonderprogramme, wie sie in der Vergangenheit schon existiert haben – nachhaltige Tourismusinfrastruktur und auch der sanfte Tourismus in Baden-Württemberg seien genannt –, zur Verfügung zu stellen.

Es sind aber auch die indirekten Mittel, Bürgschaften, die wichtig sind, die in den ländlichen Räumen Tourismusprojekte anstoßen und anschieben. Ich denke an die entsprechenden LEADER-Programme. Beispielhaft sei nur eine Zahl genannt: Seit 1998 sind rund 68 Millionen € für die Infrastruktur im Tourismus aufgewendet worden und damit Gesamtinvestitionen in Höhe von 232 Millionen € ausgelöst worden.

Bei aller Einigkeit über den bisherigen Erfolg komme ich jetzt zur oppositionellen Arbeit. Es gibt auch kritische Aspekte. Sie haben den Nachhaltigkeitscheck für die besucherstärksten Tourismusdestinationen angesprochen und haben Nachhaltigkeit im Tourismus damit in Verbindung gebracht. Wenn man jetzt die Antwort des Ministeriums und Ihre Linie nachliest, dann stellt man fest, dass bei Ihnen bisher unter dem Begriff der Nachhaltigkeit die Barrierefreiheit, aber auch energetische Punkte im Vordergrund stehen.

Als gelernter Förster sieht man die Nachhaltigkeit etwas umfassender und nicht so einseitig. Es sind nicht nur die Barrierefreiheit, die Emissionsminderung, das Flächensparen oder auch das Energiesparen wichtig, sondern es muss auch eine Nachhaltigkeit im Hinblick auf den Arbeitsplatz- und den Ausbildungsplutzerhalt, eine Nachhaltigkeit im Hinblick auf die

(Dr. Patrick Rapp)

Qualität im Tourismus, aber auch eine Nachhaltigkeit in der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe in Baden-Württemberg und eine Nachhaltigkeit im Bereich der Vielseitigkeit sein.

Da ist der DEHOGA Baden-Württemberg mit seinen Nachhaltigkeitsprogrammen momentan einige Schritte weiter als die jetzige Landesregierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: So ist es!)

Gestatten Sie mir eine Frage, um deren Beantwortung ich nachher bitte: Was passiert mit den Betrieben, die jetzt die Nachhaltigkeit so, wie Sie sie definiert haben, nicht erreichen und durchfallen? Werden sie dann gestempelt, gebrandmarkt, aus dem Verkehr gezogen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Selektiert werden sie! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Guillotiniert! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Welche Folgen wird das haben?

Der zweite Punkt – ich halte ihn auch für nicht uninteressant – ist die Infrastruktur als Grundlage für touristische Einrichtungen. Sie schreiben, dass Sie vorhandene Infrastruktur stärken wollen. Sie richten den Fokus auf den Ausbau des ÖPNV, des SPNV, wollen dies angehen. Das ist auch richtig. Aber damit die Verkehre und damit auch die Individualverkehre ihre Destinationen erreichen, denke ich, gehört auch der Ausbau der Straßen dazu – auch im ländlichen Raum.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das machen wir doch auch! Herr Kollege Herrmann hat doch gesagt, dass ich Straßen baue! – Gegenruf von der CDU: Bauen will!)

– Die B 31 wäre z. B. ein klassischer Fall, wo Sie Straßen bauen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie sieht es mit dem ÖPNV aus? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat er doch schon gesagt! Zuhören!)

– Dazu sage ich gleich noch etwas. – Es ist klar, dass die Verkehre in der heutigen Zeit eigentlich nach wie vor vorhanden bleiben werden. Es sind lediglich die Antriebstechnologien, die sich in Zukunft ändern werden. Wenn Sie die privaten Verkehre auf der Straße so verdammen, dann bitte ich Sie einmal, das Gespräch mit jungen Elternpaaren aufzunehmen, wenn sie auf dem Weg in den Urlaub sind

(Glocke der Präsidentin)

oder Ferien auf dem Bauernhof machen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rapp, bitte kommen Sie zum Ende Ihrer Rede.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Aber gern. – Ich denke, dass es ganz wichtig ist, auf bestimmte Dinge einen Fokus zu legen. Ich würde gern den viel zitierten Verkehrsminister einmal in eine Schulung zu Herrn Bonde schicken, was die Bedeutung des Verkehrs und des Tourismus betrifft.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: ÖPNV!)

Auch hier bitte ich Sie: weg von der Planung am grünen Tisch, hin zu nachhaltigem Erhalt, Vielseitigkeit, Bädertourismus, Städtetourismus

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

und Einbau von Agrotourismusbestandteilen und -modellen mit Vermarktung regionaler Produkte. Ich glaube, dass auch das richtige Wege sind. Aber auch dorthin muss man kommen und braucht Straßen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön, dass man ihn auch einmal wieder sieht!)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ich hatte mich schon auf die Präsidentin eingestellt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich übernehme nun wieder weiter die Sitzungsleitung.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ihnen natürlich sehr dankbar, Herr Kollege Rapp, dass Sie jetzt in die Tiefen der Tourismusbranche eingedrungen sind und erklärt haben, wie sich die Probleme aus Ihrer Sicht darstellen.

Ich wollte eigentlich mit der Feststellung beginnen, dass ich bisher immer den Eindruck hatte, wir seien uns in Sachen Tourismus partei- und fraktionsübergreifend im Wesentlichen einig. Aber gerade Ihre Rede hat mir jetzt doch Anlass zu gewissen Bedenken gegeben. Sie hat gezeigt, dass Sie noch immer von diesem altbackenen Tourismus ausgehen und überhaupt nicht kapiert haben – das bedaure ich –,

(Zuruf von der CDU: Was ist „altbackener Tourismus“?)

was eigentlich der Zeitgeist ist, wie die Trends, die Megatrends sind und wohin es geht.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Können Sie zur Sache reden? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht so ein altbackener Tourismus aus?)

Es geht nicht in die richtige Richtung, sondern führt in eine Sackgasse, wenn Sie meinen, Sie müssten die Tourismusinfrastruktur mit mehr Straßenbau verbessern. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn wir haben einen gesellschaftlichen Wandel – nicht nur einen Klimawandel, sondern auch einen gesellschaftlichen Wandel. Diesen gesellschaftlichen Wandel kann Frau Kollegin Gurr-Hirsch immer besonders nett zitieren, wenn sie von

(Reinhold Pix)

„LOHAS“ spricht – da spiegelt sich das sehr gut wider –, nämlich von „Lifestyles of Health and Sustainability“.

(Oh-Rufe)

– Ich kann das auch ohne Zettel. – Das bedeutet, dass man eben nicht mehr individuell in den Urlaub fährt, dass man nicht seine Familie ins Auto packt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit dem Rollator! – Zuruf: Fahrrad!)

sondern dass man nach Möglichkeit mit dem ICE, mit der Regionalbahn, mit der KONUS-Gästekarte, mit Bus oder Fahrrad sein Urlaubsziel ansteuert. Dabei zeigt sich, dass man seinem Bedürfnis, nämlich schöne Naturlandschaften zu erwarten, auf diese Art und Weise viel besser nachkommt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auf der Alb gibt es keinen ICE!)

Vor allem aber führt dies dazu, dass der CO₂-Fußabdruck, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachhaltig und verträglich ist.

Genau das sind die Unterschiede, und genau da hat sich einiges geändert. Das hat Gott sei Dank – deswegen ist uns das so wichtig – unsere Tourismus-Marketing GmbH erkannt, die jetzt Trends aufgreift und Marken entwickelt, die etwa heißen – nicht deshalb, weil ich jetzt hier stehe –: „Grüner Süden“. Unsere Landesregierung hat hierfür im Haushalt 500 000 € draufgepackt und gibt 700 000 € für Nachhaltigkeitschecks aus. Das soll übrigens keine Eintagsfliege sein, sondern nur eine Auftaktveranstaltung, weil wir weit, weit hinter dem sind, was etwa in Südtirol oder in Bayern haushaltsmäßig erbracht wird, und weil unser Potenzial wesentlich größer ist – sowohl in Baden als auch in Württemberg –, als es im Moment zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Ihres auch! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Pix, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Zum Schluss gern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass der Städtetourismus boomt. Stuttgart liegt ganz vorn; es folgt nicht Heidelberg, sondern natürlich Freiburg, die Stadt, aus der ich komme.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Deswegen! Die Pix-Attraktion! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wegen des Papstbesuchs!)

Wir hatten 2011 einen Zuwachs von 3,7 Millionen Übernachtungen im Jahr 2011; das ist eine historisch einmalige Steigerung von 7 %. Das, was wir im ländlichen Raum an Wirtschaftskraft und an Wertschöpfung generiert haben, lässt sich ebenfalls sehen; im Landesdurchschnitt stiegen die Übernachtungszahlen um 5 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Papst kommt aber nicht jedes Jahr!)

Sehr wichtig ist die Tatsache, dass sich selbst in einer Wirtschaftskrise, wie wir sie erst vor Kurzem erlebt haben, die Tourismuszahlen verstetigt und inzwischen auch wieder aufwärtsentwickelt haben. Der Städtetourismus allerdings brach während der Krise ein, und zwar gewaltig. Warum?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Zahl der Geschäftsreisen ist eingebrochen!)

Weil wir im Land Baden-Württemberg mit unserer Automobilindustrie und unserem Maschinenbau unglaublich exportabhängig sind. Im Vergleich zu anderen Ländern ist diese Abhängigkeit bei uns am stärksten. Genau da hat sich gezeigt, dass wir mit 280 000 Arbeitsplätzen im Tourismusbereich sehr stabile Verhältnisse haben; vor allem in ländlichen Räumen wird Wertschöpfung generiert. Deswegen müssen wir diese Trends weiterentwickeln, und deswegen brauchen wir diese Nachhaltigkeitschecks, damit auch in Zukunft, wenn die nächste Flaute kommen sollte,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Was ist „Nachhaltigkeit“?)

unsere ländlichen Räume nicht ausbluten, Herr Kollege Rapp. Damit können wir unsere ländlichen Räume unterstützen. Diese sind nämlich die tragende Säule Nummer 1, zusammen mit unserer Landwirtschaft, zusammen mit dem DEHOGA, unserer Gastronomie und Hotellerie.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb müssen wir genau auf diesem Weg weitergehen. Daher bin ich auch sehr froh – daran habe ich noch keine Kritik gehört; ich glaube, ich werde sie auch jetzt nicht hören –, dass wir uns bei der Regierungsbildung entschieden haben, den Tourismus dort ressortieren zu lassen, wohin er gehört, nämlich im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war gut! Das bestätigen wir! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bloß wirkt es noch nicht!)

Ich höre dazu nur Komplimente. Darüber freue ich mich. Den Naturschutz haben wir hinzugenommen. Deswegen glaube ich, dass wir im Sinne einer nachhaltigen Tourismusentwicklung in Baden-Württemberg auch in Zukunft gut aufgestellt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Pix, Sie hatten zugesagt, eine Frage des Kollegen Müller zuzulassen. – Herr Abg. Müller, bitte.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Kollege Pix, die folgende Frage stellt sich mir auch vor dem Hintergrund meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Bodensee Tourismus GmbH: Sie haben ein beredtes Plädoyer für einen grünen Tourismus gehalten und haben beschrieben, was die Betriebe angeht, wie man anfahren soll usw.

Vor dem Hintergrund des Umstands, dass 90 % der Touristen – –

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sie müssen nur aufpassen, dass Ihre Frage nicht länger wird als meine Rede.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Müller, Sie haben noch das Fragerecht. Bitte.

Abg. Ulrich Müller CDU: Danke schön. – Wahrscheinlich fürchten Sie die Frage schon.

(Heiterkeit)

Vor dem Hintergrund des Umstands, dass 90 % der Touristen mit dem Auto unterwegs sind, gerade auch innerhalb Baden-Württembergs – beispielsweise am Bodensee –, frage ich Sie: Sind Sie jetzt eigentlich an Tourismusförderung interessiert,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja!)

oder sind Sie an der Umerziehung der Menschen zulasten des Tourismus interessiert?

(Beifall bei der CDU – Abg. Matthias Präfrock CDU:
Gute Frage! – Zuruf von den Grünen: Oi, oi!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Pix.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wenn ich Ihnen nur eine Antwort geben darf: Sie wissen, dass die Bodenseeregion im ländlichen Tourismus an zweiter Stelle, hinter dem Südschwarzwald, steht. Der Südschwarzwald ist bekannt durch seinen höchsten Berg, den Feldberg. Da hat ein Wettergott, der dort Bürgermeister ist und mit seinen Schneekanonen das Wetter bestimmt,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Oha!)

vor Kurzem sein Lieblingsspielzeug Parkhaus verloren. Dieses Spielzeug haben wir ihm weggenommen,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Gemein!)

weil wir ganz anders aufgestellt sind. Jetzt wird es interessant:

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jetzt wird es niveaulos!)

Bei unserem letzten Vieraugengespräch, das einer nachhaltigen Entwicklung der Region Feldberg dienen sollte, sind Herr Wirbser und ich übereingekommen, dass wir gemeinsam ein CO₂-freies Skigebiet entwickeln wollen und die Frage der Mobilität anders als mit Parkhäusern lösen wollen.

Ich hoffe, das reicht Ihnen als Antwort.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Stoch SPD – Abg. Ulrich Müller CDU begibt sich erneut zu einem Saalmikrofon.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Müller, da Herr Kollege Pix das Rednerpult verlassen hat, gehe ich davon aus, dass er keine Fragen mehr beantworten will.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

– Das ist so.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Er antwortet auf die Fragen ja eh nicht!)

– Das ist egal. Das ist eine andere Frage.

Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die vielen Zahlen, die hier genannt worden sind, die die Erfolge der Tourismuswirtschaft, des Bäder- und Tourismuslands Baden-Württemberg belegen, nicht alle wiederholen. Allerdings ist es, glaube ich, schon wichtig, dass man vor allem eines richtigstellt: Wir haben keinesfalls einen altbackenen Tourismus, sondern wir sind sehr erfolgreich unterwegs; das belegen die Zahlen.

Dieser Erfolg besteht nicht erst seit dem 27. März letzten Jahres. Das dürfen Sie mir abnehmen. Von 1998 bis 2006 habe ich das alles in meinen beruflichen Funktionen sehr nah miterlebt, nämlich die Investitionen in tolle Projekte, den Auf- und Ausbau gerade im Tourismusbereich, in der Gastronomie, im Bäderbereich, auch im Bereich des Aufenthalts auf bäuerlichen Betrieben – sprich „Ferien auf dem Bauernhof“ – und Ähnliches. Dort ist Enormes geschehen. Deshalb, meine Damen und Herren, kann ich auch ganz getrost sagen, dass ich positiv in die Zukunft schaue.

Jetzt sind – Herr Minister, ich wiederhole diese Aussage aus meiner Haushaltsrede – alle Zuständigkeiten in diesem Bereich unter einem Dach. Da erwarte ich auch, dass die Aktivitäten noch stärker gebündelt werden.

Der Tourismus in Baden-Württemberg umfasst über 280 000 Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sind nicht exportierbar, sie sind vor Ort. Sie stärken die Wirtschaft vor Ort, sie stärken das Handwerk vor Ort, und das ist das Wichtige bei diesem Dienstleistungsgewerbe. Das ist der wichtigste Faktor der Dienstleistungswirtschaft in unserem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Tourismus war auch einer der stärksten Motoren bei der Erholung der Konjunktur. An den über 45 Millionen Übernachtungen hat sich gezeigt, dass man in Baden-Württemberg Tourismus und Freizeit versteht, und das auch nachhaltig und umweltverträglich. Baden-Württemberg gehört damit zur Spitzengruppe des Tourismus.

Eines allerdings muss man hinterfragen: Warum sind nur 22 % der Touristen in Baden-Württemberg ausländische Gäste? Hier sehe ich eine Schwäche. Hier sehe ich vor allem auch noch Aufholbedarf. In diesem Bereich müssen wir mehr tun.

Ein wichtiger Faktor ist auch, dass man im Hinblick auf die Übernachtungszahlen hinterfragt, wie lange die Gäste hier sind. Auch da zeigt sich meines Erachtens eine Schwäche. Hier muss man daran arbeiten, dass sich die Übernachtungsdauern verlängern.

Der Städtetourismus ist gerade angesprochen worden. Auch das ist, wenn man es im europäischen Vergleich sieht, ein boomender Markt. Auch hier haben wir noch Nachholbedarf. Al-

(Dr. Friedrich Bullinger)

lerdings haben einzelne Städte sehr früh mit entsprechenden Begleitmaßnahmen, ob in den Bereichen Natur, Kultur oder Kunst – ich denke nur an meine Heimatstadt Schwäbisch Hall –, ein gutes Umfeld geschaffen. Das sieht man daran, wie diese Zahlen ansteigen, wenn das Angebot stimmt.

Deswegen ist es wichtig, dass man in Ihrem Haus, Herr Minister, den Bereich der Städte- und Kurzreisen besonders im Auge hat. In diesem Bereich war unsere Politik in den letzten 15 Jahren sehr segensreich, nämlich durch die Städtebausanierung. Die Investitionen, die dort getätigt worden sind, um die Städte attraktiv zu machen, haben mitgeholfen, die Gastronomie und die Bäderlandschaft attraktiv zu machen.

Das Gleiche gilt, meine Damen und Herren, auch in ländlichen Räumen. Viele aus dem Ausland beneiden uns, wenn sie durch Baden-Württemberg fahren und sehen, wie die Dörfer ausschauen, wie die Landschaft, die Kulturlandschaft ausschaut. Auch in der Gastronomie haben wir sehr viel Gutes – von den vielen Häusern mit Sternküche bis zum Landgasthof – vorzuweisen. Das gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die begleitende Landwirtschaftspolitik in den letzten 15 Jahren hat – auch das ist wichtig – mit dafür gesorgt, dass wir eine flächendeckende Landbewirtschaftung und Kulturlandschaft haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen: Der Gast hat bei uns im Süden gastronomisch und kulinarisch ein Riesenangebot: „Schmeck den Süden – komm nach Baden-Württemberg“.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Eines sollte man auch nicht vergessen, meine Damen und Herren: Auch beim Tourismus gilt es, Natur und Mensch zusammenzuführen, Ökonomie und Ökologie verträglich miteinander zu verbinden, so wie bisher, und dies weiterzuentwickeln.

Noch ein Punkt, der schon angesprochen wurde, nämlich die Infrastruktur: Bahn, Rad, Bus und Auto, das gehört zusammen, und das muss man auch zusammen weiterentwickeln.

Herr Minister Bonde, nachdem der Tourismus nun in Ihrem Haus ressortiert, habe ich auch noch den Wunsch, dass Sie vor allem dort, wo das Land im In- und Ausland auftritt und unterwegs ist – sei es bei Delegationsreisen, Auslandsmessen oder auch bei der Tourismusmesse CMT oder der Grünen Woche in Berlin –, dafür sorgen, dass noch mehr für dieses schöne Land geworben wird.

Ein Weiteres: Es ist, glaube ich, auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass in der gesamten Branche im letzten Jahr über 8 270 junge Menschen in Ausbildung waren. Auch das ist ein Riesenbeitrag und eine Chance, vor allem für junge Menschen, einen attraktiven Beruf zu ergreifen.

Herr Minister Bonde, noch eine Bitte zum Schluss: Sorgen Sie mit dafür, dass beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum oder beim Existenzgründungsprogramm oder im Bereich der Betriebsübernahmefinanzierung die Gastronomie weiterhin unterstützt wird. Sie hat es insgesamt nicht leicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tourismus ist einer der bedeutendsten Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche des Landes. Ich bin froh, dass wir aufgrund der Anfrage der SPD-Fraktion heute die Möglichkeit haben, dies noch einmal in aller Deutlichkeit darzustellen und auch die Linien der Tourismuspolitik nachzuzeichnen.

Es ist ein ganz wichtiger Faktor für uns – die Zahl wurde schon genannt –: 280 000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg im Tourismus. Neben den Tourismusverbänden ist das Rückgrat dieser erfolgreichen Arbeit das Gastgewerbe, also Gastronomie und Hotellerie, die zudem ganz entscheidende Faktoren auf dem Ausbildungsmarkt sind.

Mit Beginn dieses Jahres haben wir zwei tourismuspolitische Highlights in Baden-Württemberg geradezu feiern dürfen: die Urlaubsmesse CMT und die Intergastra, wo deutlich wurde, welches wirtschaftliche Potenzial die Branche hat und wie erfolgreich sie im letzten Jahr in Baden-Württemberg gewirtschaftet hat. Über 45 Millionen Übernachtungen in Baden-Württemberg im Jahr 2011 – das ist ein Rekordwert –, 4,8 % mehr. Das macht eines deutlich: Mit unserer Aufstellung als Genießerland mit einer Gastronomie, die sich sehen lassen kann, mit einer Sternegastronomie, die im Trend zulegt und ein Leuchtturm für uns in Baden-Württemberg ist, mit unserer Position als Bäderland sowie auch in vielen anderen Bereichen sind wir gut aufgestellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Genau anschauen müssen wir uns, welche regionalen Unterschiede diese positiven Trends aufweisen. Die Schwäbische Alb hat um 8,8 % zugelegt – ein toller Beleg dafür, wie dort das Biosphärengebiet gewirkt hat und wie man über eine gezielte politische Entwicklung eindrucksvolle touristische Impulse gesetzt hat. Der Südschwarzwald hat um 4,1 % zugelegt, der Nordschwarzwald hängt deutlich hinter dem Landestrend zurück.

Deutliche Zuwächse haben wir im Städtetourismus. Die Region Stuttgart hat um 9,4 % zugelegt, so wie wir im städtischen Bereich insgesamt deutliche Zunahmen bei den Übernachtungszahlen verzeichnen. Die Städte sind attraktiv mit ihren Angeboten sowohl im Business-tourismus als auch im Kulturtourismus. Von 2001 bis 2010 stiegen die Übernachtungszahlen um 29 %. Das macht deutlich: In den Städten ist richtig viel passiert. In diesem Markt haben wir wettbewerbsfähige Betriebe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein spannender Aspekt der Bilanz 2011 ist die deutliche Zunahme der Zahl der Gäste aus dem Ausland, und zwar sowohl aus dem europäischen als auch aus dem außereuropäischen Ausland. Die Schweiz liegt mit 1,7 Millionen Übernachtungen in Baden-Württemberg vorn. Das ist eine Steigerung von 17,5 %. Dabei wird aber auch deutlich, dass die Kursentwick-

(Minister Alexander Bonde)

lung des Schweizer Franken einen Sondereffekt mit ausgelöst hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Siehe Weihnachtmarkt!)

Bei Touristen aus den Niederlanden verbuchen wir mit 1,15 Millionen Übernachtungen ein Plus von 5,4 %. Zu erwähnen sind aber auch Überseemärkte wie China und Indien mit einer Zunahme von jeweils 38 % oder auch die Golfstaaten mit einer Zunahme von 14 %. Das macht deutlich: Baden-Württemberg hat im internationalen Tourismusmarkt noch erhebliche Potenziale, die wir noch nicht alle vollständig erschlossen haben.

Das ist einer der Gründe, weshalb wir uns entschieden haben, nach einer langen Durststrecke die Mittel für das Tourismusmarketing wieder aufzustocken. Wir hoffen, dass wir in diesem Bereich noch weitere Schritte machen können.

Tourismusbearbeitungsplätze sind standortgebundene Arbeitsplätze mit einer hohen regional-, aber auch strukturpolitischen Bedeutung. Das gilt sowohl für die Städte als auch und vor allem für den ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Landesregierung den Politikansatz, den der Ministerpräsident als das magische Dreieck bezeichnet, nämlich das Zusammendenken von Landnutzung, Naturschutz und Tourismus, das Zusammendenken von Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus, also das Zusammenführen von Branchen, die voneinander leben und miteinander leben und die gerade auch in der Frage, wie wir die Potenziale unserer Kulturlandschaften und Naturlandschaften noch besser im Tourismus nutzen können, zusammengedacht werden müssen. Das steckt auch hinter dieser Idee einer Bündelung der Bereiche in einem Ministerium. Ich freue mich, dass inzwischen alle Fraktionen dies als einen richtigen Schritt bewerten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Tourismus gibt es bei all den beschriebenen Erfolgsfaktoren einen neuen Trend, nämlich den klaren Trend, dass Menschen ihre Urlaubsorte sehr viel stärker als authentische Orte erleben wollen und dass die Frage des Naturerlebnisses und der Nachhaltigkeit einen immer größeren Stellenwert einnimmt, wenn sich Menschen entscheiden, wo sie ihre knappe Freizeit verbringen wollen und welche Urlaubsziele sie buchen. Das zeigt neben anderen Studien zum Umweltbewusstsein der Deutschen beispielsweise auch eine Studie aus dem Jahr 2010.

Wir haben hier in Baden-Württemberg die besten Voraussetzungen, diesen Trend am Markt offensiv anzugehen. Unsere abwechslungsreichen Natur- und Kulturlandschaften sind optimal dafür geeignet, hier genau um diese Menschen zu werben und genau für diese Menschen ein noch attraktiveres Urlaubsland zu sein. Mit der Kampagne „Grüner Süden“ hat die Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg den Trend zu umweltfreundlichen Reisen bereits früh mit aufgegriffen. Wir sind das erste Bundesland, das offensiv eine Vermarktung mit einer solchen Strategie betreibt. Denn wir sehen neben dem Städte- und Kulturtourismus vor allem touristische Potenziale im ländlichen Raum, bei den attraktiven Landschaften, verbunden mit hochwertigen regionalen Spitzenprodukten und einer hochwertigen Gastronomie, die wir hier in Baden-Württemberg haben.

Natürlich spielen dabei auch Fragen des Naturschutzes eine Rolle. Das Biosphärengebiet, das ein wichtiger Impulsgeber für die regionale Tourismusindustrie war, habe ich bereits genannt; eine vergleichbare Funktion könnte, so glauben wir, einem Nationalpark im Nordschwarzwald zukommen. Darüber haben wir gerade lange diskutiert, und das werden wir im Gutachten auch untersuchen lassen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Wir, das Land, sind ein starker Partner für diejenigen, die im täglichen Marktgeschehen mit ihren Betrieben im Tourismus kein einfaches Geschäft haben und die erheblich dazu beigetragen haben, dass Baden-Württemberg im Jahr 2011 so erfolgreich war. Der Haushalt, der heute verabschiedet wurde, macht auch deutlich, dass wir da weiter als starker Partner an der Seite der Unternehmen stehen. Das, was wir beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wieder an Landesmitteln einsetzen, kann sich sehen lassen, und wir wissen, dass dieses Programm in den letzten Jahren und Jahrzehnten von enormer Bedeutung für die Tourismusindustrie, aber auch für die Steigerung der Tourismusinfrastrukturförderung war.

Ich erwähne auch unser klares Bekenntnis zum Erhalt unserer Kulturlandschaft, aber auch zum Erhalt der regionalen Spezialitäten. Wir haben mit dem Zusammendenken von Gastronomie und Landwirtschaft deutlich gemacht: Grün-Rot steht zu diesem Bereich und weiß, was Baden-Württemberg an ihm hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will zum Schluss noch kurz auf die Nachhaltigkeitschecks eingehen, weil Sie, Herr Dr. Rapp, das thematisiert haben. Uns geht es darum, den Menschen, die sich bewusst entscheiden wollen, nachhaltige Tourismusangebote zu suchen, Hinweise an die Hand zu geben, wo sie da in Baden-Württemberg gut aufgehoben sind. Wir wollen, dass die Tourismusziele in unserem Land, die in dieser Hinsicht etwas vorzuweisen haben, das auch zertifizieren lassen und vorzeigen können. Hier geht es nicht darum, jemanden zu brandmarken, sondern deutlich zu machen, was es gibt und was wir haben. So, wie ein Michelin-Stern nicht eine Brandmarkung eines Restaurants ist, das keinen hat, sondern herausstellt, wo es besondere Küche zu genießen gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

so gehen wir mit den Nachhaltigkeitschecks vor, um deutlich zu machen, was Baden-Württemberg an naturnahen Tourismuszielen zu bieten hat. Aber wir wollen damit natürlich auch einerseits einen Impuls geben, das besser darzustellen, und andererseits unseren Unternehmen etwas an die Hand geben, um sich da weiterzuentwickeln, um nachhaltiger zu werden und den Trend, den es bei den Menschen gibt, offensiv anzugehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Minister, eine kurze Nachfrage: Was verbinden Sie in diesem Fall mit dem Begriff Nachhaltigkeit?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herzlichen Dank für die Frage. Wir sind auch im Tourismusbeirat über die Frage der Nachhaltigkeitsdefinition intensiv miteinander im Gespräch,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einmal im Jahr!)

weil es darum gehen muss, nicht nur die Frage der ökologischen Nachhaltigkeit, sondern auch Fragestellungen von sozialer Dimension adäquat in diesen Check einzubauen.

Wir haben schon im Ausschuss berichtet, dass wir im Moment in der sogenannten Designphase für den Nachhaltigkeitscheck sind, in der es genau darum geht, diese Instrumente zu definieren und herauszuarbeiten, um dann in einer ersten Phase mit ausgewählten Tourismuszielen als Modellprojekten diesen Check zu entwickeln, dieses Zertifizierungsmodul zu entwickeln, und dieses System dann allen Betrieben und Urlaubsorten in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen, damit deutlich werden kann, wo besondere Leistungen in puncto Nachhaltigkeit in ihrer breiten Definition erbracht werden und Nachhaltigkeit suchende Urlauberinnen und Urlauber die Angebote am Markt in Baden-Württemberg finden.

Ich glaube, es ist auch gut, dass wir im Tourismusbeirat wie auch im Fachausschuss in einer sehr einmütigen Diskussion unterwegs waren. Ich will Sie alle gern einladen, uns in diesem Prozess auch weiter konstruktiv zu begleiten.

Zum Abschluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Baden-Württemberg ist eines der großen Tourismusländer in Deutschland. Der Markt ist gewachsen. Unsere Unternehmen sind gut aufgestellt. Ich glaube, wir sind als Politiker gut beraten, diese Entwicklung weiter aktiv zu begleiten und voranzubringen. Das ist gut für das Land. Deshalb machen wir es.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Ach nein! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bis auf die letzte Minute durchhalten!)

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Rapp, zu einer Äußerung von Ihnen: Wenn Sie sich die Leistungen im Tourismus auf die Fahnen schreiben, frage ich mich schon, warum Sie nie die Förderung erhöht haben, wie wir es getan haben. Ich denke, das passt nicht ganz zusammen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wichtig ist, dass man sie auch im Geiste unterstützt!)

Aber ich möchte noch etwas ganz anderes ansprechen. Der „Südkurier“, eine regionale Tageszeitung, hat die Deutschen zu ihrem Urlaubsverhalten 2012 befragt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nach Parteien!)

Das Ergebnis trug die Überschrift: „Urlaub wird zum Luxus“. Es hat deutlich gemacht, dass immer mehr Menschen lange sparen müssen, um sich einige Tage Erholung leisten zu können, und für viele Menschen eine Reise ganz unbezahlbar ist.

Was sagt uns das?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Man kann sich auch daheim erholen!)

Es können eben nicht alle auf exklusive oder teure Angebote setzen. Tourismusbetriebe und Regionen, die dauerhaft Gäste und Besucher haben wollen, dürfen nicht nur zahlungskräftige Kunden im Blick haben, sondern müssen sich um alle Einkommensgruppen bemühen, also auch Angebote entwickeln, die für Geringverdiener bezahlbar sind.

Unsere Debatte hat gezeigt: Tourismuspolitik ist Wirtschaftspolitik. Es geht um Umsätze, es geht um Wertschöpfung für unser Land.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht um Arbeitsplätze!)

Es ist also auch kein Zufall, dass wir auf wirtschaftspolitische Dauerthemen stoßen, beispielsweise das Thema Arbeitsplätze. Die Betriebe der Tourismuswirtschaft müssen auf lange Sicht auch für Arbeitnehmer attraktiv sein. Sonst haben sie nur wenig Chancen im künftigen Wettbewerb um gute Arbeitskräfte.

Wenn die Einkommenschancen gering und die Arbeitszeiten ungünstig sind – so, wie es zurzeit oft der Fall ist –, wird es den Betrieben auf Dauer eben nicht gelingen, gute Mitarbeiter zu gewinnen und diese auch zu halten. Ein Signal dafür ist, dass im Gastgewerbe 2011 schon viel mehr Ausbildungsplätze angeboten wurden, als Nachfrage bestand. Es ist richtig, dass das zuständige Ministerium Informations- und Nachwuchskampagnen fördert, über die Werbung für Auszubildende in diesem Bereich betrieben wird.

Tourismuspolitik ist Umweltpolitik. Das haben wir auch gehört. Naturschutz ist kein Gegensatz zur touristischen Entwicklung, sondern eine wichtige Bedingung dafür.

Ferienregionen brauchen intakte Landschaften. Ihre Entwicklung muss sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren. Das ist zwar angekommen, aber noch nicht überall. Wir geben durch den Nachhaltigkeitscheck – darauf komme ich noch einmal – für die besucherstärksten Tourismusziele wichtige Impulse für die weitere Entwicklung.

Die Landesregierung betont in ihrer Antwort auf die Große Anfrage mehrfach den Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit. Sie benennt dabei das wichtige Prinzip der Barrierefreiheit, das Menschen mit Behinderungen Teilhabe ermöglicht. Soziale Nachhaltigkeit, wie wir sie verstehen, ist jedoch weit mehr, als aus der Antwort der Regierung hervorgeht. Wenn wir den Tourismus in unserem Land mit Steuergeldern unterstützen, müssen wir im Auge behalten, dass die Zuschüsse des Landes der gesamten Bevölkerung und nicht nur zahlungskräftigen Gruppen nützen müssen.

Der Tourismus steht gut da. Doch wir stellen uns weiter der Aufgabe und der Herausforderung, einen sozialen und nachhaltigen Tourismus in unserem Land zu entwickeln.

(Hans-Peter Storz)

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt wohl am Ende der Aussprache angelangt. Der Empfang der Narren heute Mittag hat gezeigt,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass gerade auch die fünfte Jahreszeit, vor deren heißer Phase wir stehen, zum Tagestourismus wesentlich beiträgt. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen eine glückselige Fastnacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön!
Ebenfalls!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 15/865, besprochen und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. Januar 2012 – Konstanz, Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 4642, Gemarkung Konstanz – Drucksachen 15/1123, 15/1147

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 7. März 2012, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:17 Uhr